

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
jährlich 36 Mk., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
oder deren Raum 10 Pf., für
zweistellige und dreistellige Anzeigen 20 Pf.,
für viertellige Anzeigen 30 Pf.,
für fünfstellige Anzeigen 40 Pf.,
für sechstellige Anzeigen 50 Pf.,
für siebentellige Anzeigen 60 Pf.,
für achttellige Anzeigen 70 Pf.,
für neuntellige Anzeigen 80 Pf.,
für zehntellige Anzeigen 90 Pf.,
für elfstellige Anzeigen 1.00 Mk.,
für zwölfstellige Anzeigen 1.10 Mk.,
für dreizehntellige Anzeigen 1.20 Mk.,
für vierzehntellige Anzeigen 1.30 Mk.,
für fünfzehntellige Anzeigen 1.40 Mk.,
für sechzehntellige Anzeigen 1.50 Mk.,
für siebzehntellige Anzeigen 1.60 Mk.,
für achtzehntellige Anzeigen 1.70 Mk.,
für neunzehntellige Anzeigen 1.80 Mk.,
für zwanzigstellige Anzeigen 1.90 Mk.,
für einundzwanzigstellige Anzeigen 2.00 Mk.,
für zweiundzwanzigstellige Anzeigen 2.10 Mk.,
für dreiundzwanzigstellige Anzeigen 2.20 Mk.,
für vierundzwanzigstellige Anzeigen 2.30 Mk.,
für fünfundzwanzigstellige Anzeigen 2.40 Mk.,
für sechsundzwanzigstellige Anzeigen 2.50 Mk.,
für siebenundzwanzigstellige Anzeigen 2.60 Mk.,
für achtundzwanzigstellige Anzeigen 2.70 Mk.,
für neunundzwanzigstellige Anzeigen 2.80 Mk.,
für dreißigstellige Anzeigen 2.90 Mk.,
für einunddreißigstellige Anzeigen 3.00 Mk.,
für zweiunddreißigstellige Anzeigen 3.10 Mk.,
für dreiunddreißigstellige Anzeigen 3.20 Mk.,
für vierunddreißigstellige Anzeigen 3.30 Mk.,
für fünfunddreißigstellige Anzeigen 3.40 Mk.,
für sechsunddreißigstellige Anzeigen 3.50 Mk.,
für siebenunddreißigstellige Anzeigen 3.60 Mk.,
für achtunddreißigstellige Anzeigen 3.70 Mk.,
für neununddreißigstellige Anzeigen 3.80 Mk.,
für vierzigstellige Anzeigen 3.90 Mk.,
für einundvierzigstellige Anzeigen 4.00 Mk.,
für zweiundvierzigstellige Anzeigen 4.10 Mk.,
für dreiundvierzigstellige Anzeigen 4.20 Mk.,
für vierundvierzigstellige Anzeigen 4.30 Mk.,
für fünfundvierzigstellige Anzeigen 4.40 Mk.,
für sechsundvierzigstellige Anzeigen 4.50 Mk.,
für siebenundvierzigstellige Anzeigen 4.60 Mk.,
für achtundvierzigstellige Anzeigen 4.70 Mk.,
für neunundvierzigstellige Anzeigen 4.80 Mk.,
für fünfzigstellige Anzeigen 4.90 Mk.,
für einundfünfzigstellige Anzeigen 5.00 Mk.,
für zweiundfünfzigstellige Anzeigen 5.10 Mk.,
für dreiundfünfzigstellige Anzeigen 5.20 Mk.,
für vierundfünfzigstellige Anzeigen 5.30 Mk.,
für fünfundfünfzigstellige Anzeigen 5.40 Mk.,
für sechsundfünfzigstellige Anzeigen 5.50 Mk.,
für siebenundfünfzigstellige Anzeigen 5.60 Mk.,
für achtundfünfzigstellige Anzeigen 5.70 Mk.,
für neunundfünfzigstellige Anzeigen 5.80 Mk.,
für sechzigstellige Anzeigen 5.90 Mk.,
für einundsechzigstellige Anzeigen 6.00 Mk.,
für zweiundsechzigstellige Anzeigen 6.10 Mk.,
für dreiundsechzigstellige Anzeigen 6.20 Mk.,
für vierundsechzigstellige Anzeigen 6.30 Mk.,
für fünfundsechzigstellige Anzeigen 6.40 Mk.,
für sechsundsechzigstellige Anzeigen 6.50 Mk.,
für siebenundsechzigstellige Anzeigen 6.60 Mk.,
für achtundsechzigstellige Anzeigen 6.70 Mk.,
für neunundsechzigstellige Anzeigen 6.80 Mk.,
für siebenundsechzigstellige Anzeigen 6.90 Mk.,
für einundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.00 Mk.,
für zweiundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.10 Mk.,
für dreiundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.20 Mk.,
für vierundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.30 Mk.,
für fünfundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.40 Mk.,
für sechsundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.50 Mk.,
für siebenundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.60 Mk.,
für achtundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.70 Mk.,
für neunundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.80 Mk.,
für neunundachtundsechzigstellige Anzeigen 7.90 Mk.,
für einundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.00 Mk.,
für zweiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.10 Mk.,
für dreiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.20 Mk.,
für vierundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.30 Mk.,
für fünfundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.40 Mk.,
für sechsundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.50 Mk.,
für siebenundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.60 Mk.,
für achtundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.70 Mk.,
für neunundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.80 Mk.,
für einundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 8.90 Mk.,
für zweiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.00 Mk.,
für dreiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.10 Mk.,
für vierundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.20 Mk.,
für fünfundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.30 Mk.,
für sechsundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.40 Mk.,
für siebenundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.50 Mk.,
für achtundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.60 Mk.,
für neunundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.70 Mk.,
für einundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.80 Mk.,
für zweiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 9.90 Mk.,
für dreiundneunundachtundsechzigstellige Anzeigen 10.00 Mk.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 26. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Der Minister des Bergherrenschatzes.

Den preussischen Handelsminister hört man bisweilen den Bergwerksminister nennen. Offiziell existiert eine solche Benennung nicht und ihre inoffizielle Anwendung ist ein Irrtum oder mindestens eine Ungenauigkeit.

Die Verhandlungen des preussischen Dreiklassenhauses über die Interpellationen, die das Massenunglück auf der Redengrube behandelten, haben das auf neue erwiesen.

Offen, ohne jedes Bedenken, hat Herr Dr. Delbrück, der Nachfolger des langen Möller, vor den Vertretern der beiden oberen Wählerklassen Preußens als leitenden Grundsatz seiner Amtsführung proklamiert, daß den Besonderen keine Maßregel zum Schutze der Bergarbeiter aufgedrängt werden darf, mit der sie nicht einverstanden sind!

Das ist in der Tat, so unglaublich es klingen mag, die Quintessenz der Ministerreden in den Verhandlungen des Dreiklassenhauses über die Reden-Interpellationen. Wir setzen zum Beweis die betreffenden Stellen aus den Reden, die Herr Delbrück am Sonnabend im Abgeordnetenhause hielt, nach dem ausführlichen Berichte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hierher:

„Ob das Institut der Vertrauensmänner im Wege des Gesetzes und des Zwanges einzuführen sei, erscheint mir doch zweifelhaft. Diese Dinge lassen sich nur bei gegenseitigem Vertrauen machen. Solange ein solches Vertrauen zwischen Verwaltung und den Arbeitern vorhanden ist, wird das Institut gut funktionieren. Wird es zur politischen Agitation, zur Erörterung von Angelegenheiten benutzt, die mit dem Betriebe der Grube nichts mehr zu tun haben, dann muß es schaden, und ich meine, daß die Arbeiter sich dieses Recht der Beteiligung an der Beaufsichtigung der Baue dadurch verdienen können, daß sie auch ihrerseits mit Ruhe, Vertrauen und Interesse für den Betrieb an ihre Arbeit herangehen. Dann wird das, was die Herren wollen, ganz von selbst kommen. Nach meinen Erfahrungen bin ich nicht in der Lage, mit einem gesetzlichen Zwange nach dieser Richtung vorzugehen. Dies ist auch eine Frage der Entwicklung des geistigen und ethischen Bewußtseins. Die Verhältnisse sind auch in einem großen Teile unseres Vaterlandes total verschieden. Was am Harz und an der Saar paßt, paßt noch nicht in anderen Gegenden. Es ist gewünscht worden, den Arbeitern ein gewisses Maß von Selbstverwaltung zu geben. Doch man den Arbeitern nicht einen Einfluß auf die Verwaltung, vor allem die finanzielle Verwaltung, geben kann, ist selbstverständlich. Eine jede Selbstverwaltung erfordert ein ungewöhnliches Maß von Selbstzucht, von Intelligenz bei denen, die in der Selbstverwaltung sind. In dem Maße, wie sich diese Selbstzucht, das Verständnis für den Betrieb und die richtige Beurteilung der Betriebsverhältnisse bei den Arbeitern entfalten, werden die Arbeitgeber nicht zögern, ihren Wünschen weiter und weiter entgegenzukommen. Ich kann aber zurzeit auch unter dem Eindruck des Bedauerns, das ich mehr als irgend eine Beklage, nicht die gesetzliche Regelung der Arbeiterkontrolleure in Aussicht stellen.“

„Mißbräuchen können die Arbeiterausschüsse ihre Stellung nicht, wenn ihre Tätigkeit beschränkt wird auf die Punkte, die im Saarrevier in ihr Bereich gezogen sind. Wenn dagegen die Vertrauensleute einfahren können, wann und wo sie wollen, wenn sie nach ihrem Ermessen prüfen und in Abwesenheit der Beamten sich recht andächtig mit der Belegschaft unterhalten können, wie soll das verhindert werden, daß dabei auch andere als in den Geschäftsbereich der Vertrauensmänner gehörende Sachen besprochen werden. Nach meinen Erfahrungen bin ich überzeugt, daß, wenn die Vertrauensmänner auch selbst verständlich genug sind, sich derartigen Mißbrauch zu enthalten, sie auf die Dauer genötigt werden würden, derartigen Mißbrauch zu dulden.“

„Was das Vertrauen der Arbeiter betrifft, so habe ich, soweit ich als Minister für Handel und Gewerbe etwas zu sagen habe, ebenso wie meine Vorgänger den Versuch gemacht, die Arbeiter an der Aufsicht der Baue teilnehmen zu lassen. Aber die Art, wie der Arbeiter glaubt, seine berechtigten Wünsche bei dem Arbeitgeber durchzusetzen, ist falsch, solange er annimmt, daß er es nur dadurch erreicht, daß er seine Macht herauskehrt, alles, was der Arbeitgeber tut, schlecht macht, und in den Kreisen der Arbeiter und Belegschaften Unzufriedenheit erregt, die unberechtigt ist. (Sehe richtig! rechts und bei den National-Liberalen.) Das ist der wunde Punkt und der Grund, weshalb

ich im vorigen Jahre die christlichen Gewerkschaften nicht gescholten, wie man angenommen hat, sondern gewarnt habe. Wenn es beispielsweise passiert ist, daß im Saarrevier in einer Versammlung gesagt wurde, die Art, wie der Fiskus die Gebirge feststellt, ist Diebstahl, so ist das eine Kritik, die sicher über das berechnete Maß hinausgeht, und die nicht dazu geeignet ist, in dem Arbeitgeber das Vertrauen zu erwecken, das notwendig ist, wenn er den Arbeitern an seinem Betriebe eine Beteiligung geben soll. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Je mehr auf Seiten der Arbeiter die Kunst gelernt wird, ihre berechtigten Wünsche in der geeigneten Weise vorzutragen und den Arbeitgeber nicht von vornherein als einen schlechten Kerl hinzustellen, der nur darauf ausgeht, die Arbeiter auszubeuten und schlecht zu behandeln, in dem Maße wird sich das Vertrauen finden, das die Voraussetzung für eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist. Ich halte mich nicht für berechtigt, dem Arbeitgeber eine derartige Einrichtung wie die Bestellung von Vertrauensmännern aus den Kreisen der Arbeiter zu oktroyieren. Im Saarrevier und im Ruhrrevier wird es sich zeigen, ob wir uns bei dieser Institution getäuscht haben, und ob und wie weit diese sich auf andere Reviere übertragen läßt.“ (Weisfall.)

Daß diese Ausführungen des Ministers unsere Zusammenfassung des Wesentlichen seiner Rede in den oben angeführten Sätzen rechtfertigen, bedarf keines weiteren eingehenden Nachweises. Es ist schon so: nach der Ansicht des preussischen Handelsministers hängt die Erfüllung einer Forderung, die von den organisierten Bergleuten aller Richtungen, ohne Unterschied der Partei und der gewerkschaftlichen Verbände, als eine der besten Vorbeugemittel gegen Unfälle betrachtet wird, nicht von der inneren Berechtigung dieser Forderung, nicht von der Notwendigkeit und der Wirksamkeit der geforderten Maßregel ab, sondern davon, ob die Bergleute das Vertrauen der Besenbesitzer durch artiges Verhalten erwerben! Nicht ob die Bergleute die Maßregel fordern, sondern ob die Bergherren damit einverstanden sind, ist für Herrn Delbrück entscheidend. Und nach seiner Meinung verdienen die Bergleute zurzeit das nötige Vertrauen der Bergherren noch nicht, weil sie sich erlauben, mit ihren Arbeitsverhältnissen des öfteren unzufrieden zu sein und ihrer Unzufriedenheit bisweilen in Worten Ausdruck geben, deren Verheerung ein Ministergemüt unangenehm berührt. Konnte Herr Delbrück doch schauernd mitteilen, daß im Saarrevier in einer Bergarbeiterversammlung die Gedingfestsetzung durch die königlichen Steiger „Diebstahl“ genannt worden ist. Und es waren christliche, nicht etwa sozialdemokratische Verbände, die sich so despektierlich ausdrückten, wie Herr Delbrück schmerzbehaftet konstatieren mußte. Wenn dergleichen am grünen Holze der Christlichen passiert, was muß dann erst am dürren Holze der Sozialdemokraten möglich sein, die ja zudem noch viel zahlreicher sind als jene! Wer kann da noch bestreiten, daß die geistige und sittliche Reife der preussischen Bergleute noch auf sehr tiefem Niveau steht, gemessen an der sittlichen und intellektuellen Höhe eines preussischen Ministers und preussischer Bergherren! Wer kann leugnen, daß die Bergleute noch einer gewaltigen Sebung ihres geistigen und ethischen Niveaus bedürfen, ehe Regierung und Besenbesitzer ihnen das größtmögliche Maß von Schutz gegen Unfälle zubilligen dürfen!

Denn was nützte es den Bergleuten, wenn sie diesen Schutz gewinnen, aber Schaden litten an ihrer Seele! Mögen die Bergleute warten und sich bessern! So sprach Delbrück, der Minister der Besenbarone, der Bergherren, der würdige Nachfolger des langen Möller! Er arbeitet er für den Schutz der Bergherren vor den Forderungen der Bergarbeiter!

Die russische Revolution.

Verhaftung der Konferenz der Sozialrevolutionäre in Petersburg.

Das offiziöse Informationsbureau“ versendet an die russischen Zeitungen die Mitteilung von der Verhaftung der Konferenz der Sozialrevolutionäre in Petersburg. Der Inhalt dieser Mitteilung, deren Richtigkeit wir der Verantwortung des „Informationsbureau“ überlassen, lautet:

Am 17. Februar, um 11 Uhr morgens, sollte in der Petersburger Universität die städtische Konferenz des Petersburger Komitees der Sozialrevolutionären Partei stattfinden. An der Konferenz sollten teilnehmen: das genannte Komitee in voller Zahl, der Rat des Arbeiterverbandes, je drei gewählte Vertreter von jedem Mahon, ein Vertreter vom Bauernverband, ein Vertreter von der militärischen Organisation und drei Vertreter vom Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei. Die Konferenz war einberufen zur Wahl der Vertreter zum Parteikonfere (ein Vertreter vom Rat des Arbeiterverbandes, einer vom Petersburger Komitee und einer von den an der Peripherie der Stadt gelegenen Rayons). Sowohl auf der Konferenz als auch auf dem Parteikonfere sollten die folgenden Fragen erörtert werden:

- 1. Bildung einer selbständigen Dumafraktion oder gemeinsame Arbeit mit anderen Parteien; 2. Taktik der Partei in der Duma, außerhalb derselben und nach ihrer Auflösung; 3. Ausarbeitung der Frage, ob der Terror verstärkt oder eingestellt werden soll; 4. Wahl des Zentralkomitees und Ausarbeitung der Organisationsfragen.

Um 2 Uhr wurde die Konferenz verhaftet. Von den 60 Verhafteten haben 20 die Angabe der Personalien verweigert; 33 haben Name und Adresse genannt; 19 haben zwar ihre Namen genannt, sind aber im Adreßbuch nicht verzeichnet. Beim Weg-

gang der Polizei haben die Verhafteten begonnen, die in ihrem Besitze befindlichen Papiere und Notizen, die scheinbar auf die Konferenz Bezug hatten, zu vernichten. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar 1907.

Die neue Aera.

Der Silvesterbrief des Reichskanzlers an den Generallittimus des Reichsverbandes wurde heute im Reichstag bei der ersten Beratung des Etats von seinem Urheber zum Programm der Regierung gestempelt.

Was man von einer Beratung des Etats in erster Linie verlangt: eine durchsichtige, aufhellende Darstellung der Finanz- und Geschäftslage des Reiches, das ward den Zuhörern heute nicht zuteil; denn das vom Staatssekretär des Reichsschatzamt, Herrn v. Stengel, vorgetragene Exposé über den Etat war nicht nur des trockenen Tones wegen zur Information über die Finanzlage ungeeignet, es entbehrte völlig eines finanzpolitischen Juges und jener sachlichen Darstellung, die einen Gesamtüberblick zu bieten vermag. Inbes, es liegt Reithode darin, die Finanzlage einmal grau in grau, das andre Mal mit glühenden Farben zu malen, je nach den innerpolitischen Notwendigkeiten der wechselreichen Regierungskastell. — So schwächte der Schatzsekretär heute die vor zwei Monaten erfolgte offiziöse Ankündigung eines Defizits von zirka 55 Millionen durch die Mitteilung ab, daß die Erträge aus den neuen Steuern so „erfreulich“ gestiegen seien, daß sie nur noch etwa 25 Millionen hinter den erwarteten Einnahmen zurückblieben. Aber seine Ausführungen über die Matricularbeiträge ließen deutlich erkennen, daß das Defizit im Reichshaushalt groß ist; denn von den 62 Millionen Matricularbeiträgen sollen den Einzelstaaten 38 Millionen gestundet werden! Der Schatzsekretär erhofft von der noch anhaltenden günstigen wirtschaftlichen Konjunktur ein weiteres Steigen der Einnahmen des Reiches, und er gab darum die Versicherung ab, daß er in diesem Jahre noch keine neuen Steuern fordern werde. Diese Erklärung ist aber wertlos, denn im Herbst dieses Jahres, resp. in der zweiten Session werden mit neuen Forderungen auch neue Steuerforderungen erscheinen.

Auch der Etatsredner des Zentrums, Abg. Spahn, ließ eine instruktive Darlegung der Finanzlage des Reiches, eine übersichtliche Erläuterung des Etats völlig vermiffen. Es kam dem Zentrumsredner offensichtlich nur darauf an, eine agitatorisch wirkende Rede für die Zentrumswähler zu halten.

Herr Spahn ist kein paßender Redner; seine einförmige, fast temperamentlose Rhetorik ist mehr auf die Defensiv gestimmt, und es machte einen deprimierenden Eindruck, den Redner der stärksten Partei des Reichstages eine Reihe von Initiativanträgen titelmäßig ablesen zu hören, um nur den Lesern der Rede außerhalb des Parlamentes zu zeigen, daß das Zentrum eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen gestellt hat, um angeblich die wirtschaftliche Lage der vertätigten Klassen zu heben. Mehr Interesse erweckte Herr Spahn, als er auf die Vorgänge bei den letzten Wahlen einging, der Regierung eine Schwankung in der inneren Politik zum Vorwurf machte und ihr Eingreifen in die Wahlen aus dem „Bayer Kurier“ veröffentlichten Urkunden und zwischen dem Flottenverein und der Reichskanzlei gewechselten Briefen nachwies und kritisierte. Dieser Teil seiner Rede gab der heutigen Sitzung das Gepräge eines parteipolitischen Kampfes. Mit Gesicht lenkte Spahn den Kampf auf das konfessionelle Gebiet hinüber, auf dem das Zentrum der ungeteilten Sympathie und festen Geleitschaft seiner Wähler sicher ist. In beweglichen Tönen sprach er über die Hege, die, angeregt von der Regierung, von den „Kulturkämpfern“ gegen das Zentrum inszeniert worden sei, er ließ die gradierendsten Briefe aus der Reichskanzlei Revue passieren, montierte die Unterstützung des Flottenvereins durch die Reichskanzlei und meinte, es sei die Ansicht ausgesprochen worden, daß außer den zugesagten 30000 M. Unterstützung noch weitere Mittel aus Dispositionsfonds zu gleichem Zwecke entnommen seien!! Hierüber forderte er Aufschluß vom Kanzler, der sich aber darüber ausschwiege.

Recht beweglich buhkte Spahn im übrigen um die Anerkennung des Reichskanzlers, weil das Zentrum im letzten Jahrzehnt der Regierung alle großen Forderungen bewilligt habe. Der Reichskanzler erteilte ihm nachträglich auch diese Anerkennung, um dann allerdings desto schärfer die Ablehnung der lumpigen neun Millionen, die als Anlaß zur Auflösung diente, zu betonen.

Ueberhaupt verlief das Rededuell zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrumsredner äußerlich nicht gerade zugunsten des Zentrums, obgleich der Reichskanzler nichts sagte, was er nicht schon in seinem famosen Silvesterbrief an den Generallittimus des Reichsflottenverbandes ausgedrückt hätte. Mit dem an ihm bekannten Pathos pries Fürst Billow es als den Gipfel seiner hohen Regierungswissenschaft: immer die Einigung aller bürgerlichen Parteien zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie betrieben zu haben. Daß dieser seiner Staatskunst bis heute kein Erfolg geblüht hat, scheint er nicht als ein Fiasko seiner Regierungstätigkeit aufzufassen. Er könnte sich aber damit trösten, daß ein Schlauerer als er, der geriebene preussische Finanzminister Miquel mit seiner Sammlungspolitik bereits ein Fiasko erlitt.

Ist also die Sammlungsliste Wilows nicht neu, so doch das direkte, offene Eingreifen der Regierung bei Wahlen zugunsten dieser Sammlungsliste. Auf den Vorwurf der Wahlbeeinflussung antwortete nämlich der Reichskanzler mit der brüsten Erklärung, daß die Regierung künftig noch offenkundiger in den Wahlkampf eingreifen werde! Diese Erklärung erschließt eine liebliche Perspektive auf „Präferenzwahlen“, und der Reichskanzler schien seine heutige Rede zum Schluß sogar schon auf künftige Wahlen anzulegen. Er seufzte die Liberalen mit einigen Redensarten über ein zu schaffendes Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz ein, operierte in forciertem Tone mit der „Fortführung einer verständigen Sozialpolitik“, bezeichnete es als eine dreifache Unwahrheit, daß die Regierung mit der Auflösung des Reichstags verfassungswidrige Absichten verfolgt, daß sie überhaupt je solche gehabt habe, bestritt das Auftreten des persönlichen Regiments und gefiel sich in der Freude darüber, daß die Sozialdemokratie nur einige 40 Mandate besitzt, so sehr, daß er dem Zentrum harte Vorwürfe über seine Haltung bei den Stichwahlen machte, da die Sozialdemokratie sonst höchstens 2-3 Duzend Mandate besäße! Die sozialdemokratischen Stimmen zählt, wie es scheint, der Reichskanzler nicht. — Er war ganz Wahlstrategie, der für eine Mehrheit von Konservativen und Nationalliberalen schwärmte, wie einst Bismarck das berüchtigte Kartell bei den Wahlen 1887 protegierte.

In der Tat eröffnet die Staatskunst Wilows keinen politischen Ausblick, der neue Bahnen erkennen ließe; es ist alles aus dem Arsenal des „eisernen“ Kanzlers erborgt bis auf die direkte Wahlbeeinflussung durch Briefe und Reden der regierenden Personen. So sieht die „neue Aera“ aus, die Wilow seiner Regierungskunst zuschreibt.

Zu bemerken ist noch, daß der Kanzler harte Worte gegen das Zentrum schleuderte, ihm Mangel an Besonnenheit und Selbstbeherrschung vorwarf, vor allem aber es als ein moralisches Unrecht bezeichnete, daß das Zentrum sich mit der Sozialdemokratie „lierte“. Er schien ganz vergessen zu haben, daß die Regierung sich die Unterstützung der Sozialdemokratie bei verschiedenen Gelegenheiten gefallen ließ, ohne moralische Bedenken empfinden zu haben.

Vor dem Reichskanzler hatte übrigens noch der geschmiegelt Wasser mann frisch-fröhlich eine Attade a la Sando Panja gegen Zentrum und Sozialdemokratie unternommen. Als ob die Nationalliberalen noch — wie vor 30 Jahren — eine große selbständige Partei seien, so blies er sein Trara mitten ins parlamentarische Getriebe hinein. Der Flottenverein ist nach ihm ein vortrefflicher Verein; der Ausfall der Wahl hat — so sagt Wasser mann — der Regierung und ihren Trabanten recht gegeben. Am besten gefiel sich Wasser mann in der Nachahmung Wilows als Zitatenverleher. Die in der sozialdemokratischen Partei völlig vereinzelt dastehenden Äußerungen Calwers und Bernsteins trat er mit kindlichem Behagen breit und meinte, sie machten künftig keimische Wahlflugblätter entbehrlich! Der arme Schuler! Wo stände er, wenn er nicht auf konservativen und freisinnigen Kräften in den Reichstag gelangt wäre?

Es erübrigt sich, die schwalligen Tiraden dieses Redefelden: daß das Bürgertum sich „endlich aufgerafft“ habe, und daß der Glaube an den unaufhaltsamen Aufstieg der Sozialdemokratie erschüttert sei, auf ihren Umwert zurückzuführen.

Die Angriffe Wassermanns auf das Zentrum erregten bei diesem erbitterte Zwischenrufe, wie überhaupt die Situation zwischen Zentrum und Regierung sowie zwischen ersterem und den liberalen Parteien durch die heutigen Debatten schärfer gezeichnet worden ist. Auffällig ruhig zeigte sich die Rechte, deren erster Redner noch nicht zum Worte kam. Die weiteren Debatten werden die Situation noch mehr klären. So viel ging aus der heutigen Stellungnahme des Reichskanzlers allerdings schon hervor, daß die Regierung — sicher auf höhere Weisung — gern ohne das Zentrum regieren möchte. Lange dürfte diese „Aera“ nicht vorhalten.

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus stand am Montag auf der Tagesordnung zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission betr. die Ermächtigung der strafrechtlichen Verfolgung unserer Genossen Arthur Mollenbuhr, Ernst Wittmann und Robert Dornheim vom „Volksblatt“ in Halle, der „Magdeburger Volksstimme“ und der Erfurter „Tribüne“ wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses! Die Verleumdung soll in einem „Der Triumph der Wahlrechtsfeinde“ überschriebenen Artikel liegen. Der neuesten Praxis des Hauses entsprechend beantragte die Geschäftsordnungskommission die Erteilung der Ermächtigung. Wider Erwarten wurde der Antrag nicht angenommen, die Angelegenheit vielmehr zur nochmaligen Prüfung an die Kommission überwiesen. Die Anregung hierzu ging von den Nationalliberalen aus, die im vorigen Jahre bei einem ähnlichen Anlaß die Ermächtigung zur Verfolgung erteilt hatten. In ihrem Namen erklärte Abg. Schiffer, daß sie zwar nach wie vor auf dem Standpunkt ständen, daß man das hohe Haus nicht ungestraft beleidigen dürfe, daß es sich aber hier um Artikel handele, die schon vor dem letzten Beschluß auf Genehmigung der Erteilung eines Strafverfahrens veröffentlicht sind und daß man zunächst einmal die Wirkung jenes Beschlusses prüfen müsse! Das verspricht für die Kommission eine recht interessante und belehrende Arbeit zu werden; denn die Herren haben so Gelegenheit, aus der sozialdemokratischen Presse zu lernen, vorausgesetzt, daß sie Belehrungen zugänglich sind.

Das Haus beriet dann in erster Lesung die Novelle zum Vergesetz, die im wesentlichen dem Staate allein das Recht zur Aufführung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Vorkalze und der Solquellen geben will. Es war vorauszu sehen, daß sich besonders die Vertreter des Großhandels gegen diesen vermeintlichen Eingriff in ihr Recht: zum Schaden der Allgemeinheit die der Gesamtheit gehörenden Naturgüter ausbeuten zu können, mit Händen und Füßen wehren würden. Der Handelsminister Dr. Delbrück hatte große Mühe, die erregten Gemüter zu beruhigen. Es gelang ihm das hauptsächlich dadurch, daß er ein frägliches Loblied auf das Großkapital sang und auch die Syndikate verherrlichte. — Die Debatte endete mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Am Dienstag wird die unterbrochene Etatsberatung fortgesetzt und zwar kommt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zur Beratung.

Wilhelm II. über die Wahlen.

Das neue Reichstagspräsidium ist am Sonntag mittig vom Kaiser empfangen worden. Die Audienz

Wählte 1 1/2 Stunde. Ueber Äußerungen des Kaisers berichtet ein Blatt:

Aus den Worten des Kaisers klang immer aufs neue die freudige Bemerkung durch, daß durch die jüngsten Reichstagswahlen dem nationalen Gedanken der Sieg beschieden gewesen sei. Auch die Wirkung dieses Sieges gegenüber dem Ausland berichte der Monarch. Das Ausland müsse den Ausfall der letzten Wahlen nach der Stimmung bemerken, die in nationalen Dingen die Mehrheit des deutschen Volkes beherrsche, und eine solche Wahrnehmung könne nicht anders als eine rückwirkende Kraft ausüben auf die Stellung der anderen Mächte Deutschlands gegenüber. Dabei nahm der Kaiser Gelegenheit, über das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, und er gelangte zu dem Schluß, daß dies so vielfach angefeindete Wahlrecht sich durchaus bewährt habe.

Mit besonderer Lebhaftigkeit beschäftigte sich der Monarch mit dem Ausfall der Wahlen im Königreich Sachsen. Er sprach über sie in dem Sinne des Telegramms, die er und König Friedrich August voller Genugtuung über das endgültige sächsische Wahlergebnis mit einander ausgetauscht hatten. Aber gleich nach der Hauptwahl, so erzählte der Kaiser, habe er mit dem König, als dieser am 27. Januar nach Berlin gekommen war, über die Wahlen in Sachsen sich ausgesprochen, und da sei es ihm interessant gewesen, zu bemerken, wie gut sich der König über die Persönlichkeit der Abgeordneten beziehungsweise der Kandidaten unterrichtet gezeigt habe. Eines sei jedenfalls festzustellen und festzuhalten als das lehrreiche Ergebnis der letzten Wahlen, und dieses eine sei die Tatsache, daß der Anprall der Sozialdemokratie zerschelle, sobald die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen. — Bezüglich des Zentrums ließ der Kaiser durchblicken, daß ihm die Verschiedenheit zwischen der regierungsfreundlichen Haltung des Episkopats und der der Zentrumspartei nicht entgangen sei. Auf diese Verschiedenheit stütze der Monarch die Hoffnung auf eine künftige erspriehliche Politik des Zentrums.

Die weltpolitische Lage berührte der Kaiser ebenfalls. Er zeichnete in großen Umrissen die Konstellation der Mächte, wie sie nach den Ereignissen im fernem Osten und durch diese sich ergeben habe. Das Fazit seiner Betrachtungen zog er in einem für die Erhaltung des Friedens höchst günstigen Sinne. Auch die Entwicklung unserer Kolonien wurde von ihm erörtert.

Auch an Bemerkungen persönlicher Art ließ es der Kaiser nicht fehlen. Den Präsidenten Grafen Ido Stolberg-Berningerode begrüßte der Monarch als alten Bekannten. Dem ersten Vizepräsidenten, Professor Paasche, gegenüber brachte er das Gespräch auf dessen Sohn, den Oberleutnant z. S. Paasche. Er beklugte den Vater zur Verlobung seines Sohnes und zeigte sich genau über den Vortrag unterrichtet, den in Wort und Bild der junge Offizier in der Kolonialgesellschaft kürzlich gehalten hat. Den zweiten Vizepräsidenten, Stabältesten Kämpf, hatte der Kaiser mit den Worten begrüßt, daß er sich freue, den Vertreter des ersten Berliner Reichstagswahlkreises, in welchem er selbst ja wohne, willkommen heißen zu können. Er sei aber auch überzeugt, daß die wahlberechtigten Mitbewohner des Schloßbezirks ihre Schuldigkeit getan haben, um ihm, Herrn Kämpf, zum Siege zu verhelfen.

Das, was über die Äußerungen des Kaisers zu den Wirkungen der Wahlen auf das Ausland gesagt wird, erscheint einigermaßen dunkel. Fürst Wilow und Herr v. Tzipih sind ja bekanntlich bemüht gewesen, ausländischen Intermediären gegenüber zu betonen, daß der Nationalismus, wie ihn der Ausfall der Wahlen gezeigt habe, keineswegs Chauvinismus sei, daß im Gegenteil Deutschland auch nicht im entferntesten daran denke, anderen Nationen gegenüber in irgend einer Beziehung aggressiv aufzutreten. Darüber, daß das deutsche Volk einer ausländischen Offensive gegenüber geschlossen dastehen würde, herrsche auch vor den Wahlen im Ausland nicht der geringste Zweifel. Hat doch selbst die Sozialdemokratie oft genug erklärt, daß auch sie bei einem Angriffskrieg ihre Schuldigkeit tun werde. Auch ist uns niemals bekannt geworden, daß das Ausland Deutschland gegenüber es jemals an dem Respekt habe fehlen lassen, den eine starke Nation zu verlangen hat. Die Worte des Kaisers sind also schwer zu deuten. Sie könnten höchstens die Wirkung haben, die Erklärungen abzuschwächen, die Fürst Wilow und der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr v. Tzipih, erst vor wenigen Tagen abgegeben haben!

Eigentümlich nimmt sich auch das Wort des Kaisers aus, daß das allgemeine Wahlrecht, das so vielfach angefeindete, sich diesmal „durchaus bewährt“ habe. Das allgemeine Wahlrecht dient doch dem Zweck, dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben. Wie auch immer das Endergebnis einer Wahl ausfallen möge, für einen prinzipiellen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts muß es sich jedesmal „bewährt“ haben. Eine Beurteilung des allgemeinen Wahlrechts, die sich mit ihm nur dann befreundet, wenn sein Votum so ausfällt, wie es dem betreffenden Beurteiler gefällt, kann als prinzipielle Billigung des allgemeinen Wahlrechts nicht angesehen werden!

Seltener nimmt es sich daher aus, wenn das freisinnige „Berl. Tageblatt“ schreibt: „Das wiederholte Bekenntnis des Kaisers zum bestehenden Reichstagswahlrecht kann im Lande nur einen günstigen Eindruck machen. Man weiß nur zu gut, daß die heimlichen und offenen Gegner der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl gerade mit der Behauptung arbeiten, daß sie die Stellung des Kaisers auf die Dauer untergraben müsse. Für den Kenner der Scharfmacher-Clique bestand allerdings längst kein Zweifel darüber, daß diese Beforgnis nur ein Vorwand zur Verhüllung eigensichtiger Klasseninteressen war. Aber man wachte nicht recht, ob angehts das behändigen Anwachsens der Sozialdemokratie solche Argumente auf den Kaiser ohne Eindruck blieben. Jetzt ist die Lage geklärt.“

Also der Freisinn hält erst jetzt nach den Erklärungen Wilhelms II. die Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts für ausgeschlossen. Trotzdem schante der Freisinn bei der letzten Wahl durch seine Unterstützung der Reaktion 43 Mandate zu! Wäre also das Wahlergebnis ein anderes gewesen, hätte die Sozialdemokratie einige hunderttausend Stimmen mehr gewonnen und wäre dadurch die Beforgnis des Kaisers gesteigert worden, so hätte der Freisinn mit dazu beigetragen, das Reichstagswahlrecht in der schlimmsten Weise zu gefährden!

Ueber den Optimismus des Kaisers, daß der Anprall der Sozialdemokratie zerschelle, sobald die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen, wollen wir lieber Taten reden lassen. Die im Zeichen der Sozialisteneindringung geante Reaktion wird ja in wenigen Jahren eine neue Probe auf das Exempel machen können.

Interessant und für den Freisinn nicht gerade erbaulich mögen die Äußerungen des Kaisers über das Zentrum gellungen haben. Der Kaiser erwartet von dem Zentrum auch künftig „eine erspriehliche Politik“. Er denkt also gar nicht daran, das Zentrum vor den Kopf zu stoßen und den Freisinn dauernd in die bisherige Rolle des Zentrums einzuziehen zu lassen!

Deutsches Reich.

Georg Bernhard als Reformator und Verleumder.

Herr Georg Bernhard hat in sich den Veruz zum Messias und Reformator der Sozialdemokratie entdeckt. Die „fortschrittliche“

Verkirchlichung* der sozialdemokratischen Bewegung hätte, meint er, die Partei soeben erst eine „empfindliche Niederlage“ erleiden lassen: eine Niederlage, die den Anlaß zu einem neuen Aufstieg bieten, die aber ebenso das „Ende einer glorreichen Bewegung“ bedeuten könne. In Dresden habe er (Bernhard) noch geglaubt, der Partei durch Nachgiebigkeit zu nützen. Jetzt sei es aber mit seiner Geduld vorbei. Und da ein großer Teil der Parteipresse, vor allem der „Vorwärts“, sich in den Händen einer „bestimmten Clique“ befände, welche die „Demokratie als Deckmantel für die Befriedigung autoritärer Gelfüste“ benutze, so wende er sich an die liberale Presse.

Welches sind nun die reformatorischen Mittel, die Bernhard angewendet wissen will, um das „Ende“ der sozialdemokratischen Bewegung zu verhüten und der Partei zu neuem Aufstieg zu verhelfen? Er sagt darüber wörtlich in der „Welt am Montag“:

Die Sozialdemokratie ist vor die Frage gestellt, ob sie endlich politischen Einfluß erobert, oder sich dauernd mit dem Schicksal einer nützelosen Sekte begnügen will. Die letzten Wahlen haben ganz deutlich gezeigt, daß auf eine politische ausschlaggebende Stellung aus eigener Kraft die Sozialdemokratie auf Jahre hinaus nicht rechnen kann. Es gilt nunmehr, Bundesgenossen zu suchen. Der einzige Bundesgenosse der Arbeiter kann der bürgerliche Liberalismus sein. Bedauerlicherweise fangen nun gerade jetzt diejenigen Parteigenossen, die bisher etwas vom Liberalismus erhofften, an, die Hände ins Korn zu werfen. Und zwar weisen sie darauf hin, daß um des Mandatschachers willen die Liberalen bei den letzten Wahlen sich auch mit den schwärzesten Reaktionen verbündet haben. Das ist nicht zu leugnen. Aber man sollte doch in unseren Reihen zweierlei nicht vergessen. Erstens haben wir durch unsere oft maßlosen Angriffe und durch die widerliche Art, in der einzelne Personen bei uns gekämpft haben, das liberale Bürgertum gewaltsam von uns fortgestoßen. Und zweitens haben wir es in vielen Wahlkreisen auch gar nicht anders gemacht als die Liberalen. Es ist ihnen und diesen gesündigt worden. Aber ich muß sagen, daß ich diese Sünde auf beiden Seiten gar nicht so schlimm werte. Auch ich wäre in manchen Fällen dafür zu haben gewesen, für das Zentrum, ja sogar für Konservative zu stimmen, um wenigstens den Liberalen einmal vor Augen zu führen, daß die Arbeiterkraft, wenn sie ihre Stimme gibt, auch Gegenleistungen verlangt. Der Erfolg, den ich von solcher Haltung erwartete, ist jetzt da. Der Freisinn hat eingesehen, daß er Bundesgenossen braucht, und die Sozialdemokratie ist zu derselben Einsicht gekommen. Jetzt ist es an der Zeit, die Politik der gegenseitigen Verärgerung fallen zu lassen. Jetzt müssen Sozialdemokratie und Liberalismus sich erinnern, daß, so sehr sie sich auch in der Grundauffassung vieler Dinge unterscheiden, ihnen beiden doch gemeinsam der Wunsch nach politischer Befreiung und kultureller Hebung ist. Die parlamentarische Regierung und die Befreiung der Volksschule sind jetzt diejenigen Aufgaben, die im Vordergrund stehen und für die Liberalismus und Sozialdemokratie Schulter an Schulter zu kämpfen haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden auf beiden Seiten taktische Konzessionen gemacht werden müssen. Die Sozialdemokratie hat, um auch parlamentarisch handlungsfähig zu sein, ihre negative Haltung in den Budgetabstimmungen, der Liberalismus seine Engstirnigkeit in der Sozialpolitik und seinen Doktrinarismus in der Wirtschaftspolitik aufzugeben.

Reben dem Bestreben, ein taktisches Zusammengehen beider Parteien zu ermöglichen, muß aber der Versuch einhergehen, das Bürgertum über die sozialistische Bewegung aufzuklären. Wir müssen diejenigen Männer innerhalb des Liberalismus rechtfertigen, die ein ehrliches Zusammengehen mit und seit Jahren erstreben und deren Streben dadurch erschwert wird, daß bei ihren Parteianhängern die über die Sozialdemokratie verbreiteten Lügen nur allzu leicht Anlaß finden.

Den Boden für die Aufnahmefähigkeit dieser Lügen haben wir selbst bereitet. Und zwar dadurch, daß wir uns allmählich daran gewöhnt haben, Phrasen, Schlagworte zu prägen, die ebenso unsozialistisch wie unmarxistisch sind. Die Wahl 1907 bedeutet ein Jena dieser Phrasen. Sie müssen hinaus aus unserer Parteiorganisation. Sie können hinaus, denn sie nützen uns nicht einen Pfifferling, schaden uns aber außerordentlich.

Eine Kritik dieser Weisheit lohnt sich nicht der Mühe; denn so weit überhaupt von einer Niederlage der Partei bei den letzten Reichstagswahlen gesprochen werden kann, trägt die Schuld an dieser etwas ganz anderes, als die „negative Haltung“ der Partei in den Budgetabstimmungen, die „maßlosen Angriffe“ auf die Liberalen, die „Phrasen“ und „Schlagwörter“, nämlich die übertriebene Rücksicht, mit der nach Dresden die Parteinoch Leute vom Schlage des Herrn Bernhard in ihren Reihengeduld hat — Leute, die, wie die obigen Zitate aus der „Welt am Montag“ aufs neue beweisen, von den Lehren der Sozialdemokratie nicht das geringste verstehen und die sich der Partei nur angeschlossen haben, um die Arbeitermassen als Sodel für ihre eitle Persönlichkeit zu benutzen und eine politische Rolle spielen zu können. Diese Personen nicht, ohne Rücksicht auf das Gezeiter der Gegner, ausgeschlossen und dadurch die Freude beraubt zu haben, die mündlichen und schriftlichen Äußerungen dieser Leute immer wieder gegen die Sozialdemokratie auspielen zu können, darin liegt der schwerste Fehler, den die Partei in den letzten Jahren begangen hat.

Selbstverständlich begnügt sich ein Mensch von der Qualität eines Bernhard nicht mit der Messiasrolle. Er spielt zugleich den Verleumder, indem er behauptet, daß der „Vorwärts“ Parteigenossen von der Mitarbeit ausgeschlossen und ferner den Bericht über die von Bernhard in Charlottenburg abgehaltene Versammlung nicht abgedruckt hätte, damit die Parteigenossen nicht erführen, daß er (Bernhard) „mit Beifall gegen den „Vorwärts“ referiert“ hätte. Beides ist erlogen. Weder war in dem Bericht etwas davon erwähnt, was Bernhard gegen den „Vorwärts“ gesagt hatte, noch daß diese Ausführungen Beifall gefunden hätten. Den Beweis werden wir dadurch liefern, daß wir in nächster Sitzung den Originalbericht dem Parteivorstand und der Preßkommission vorlegen werden. —

Die gegenwärtige Reichstagsdebatte

wird, wie nach der „Kreuz-Zeitung“ als ziemlich sicher angenommen werden darf, nur von „sehr kurzer Dauer“ sein. Sie werde, wenn nicht schon vor Pfingsten, so doch bald nach dem Feste geschlossen werden. Die Volkvertretung werde damit rechnen müssen, daß ihr zur Bewältigung ihrer Aufgaben nicht mehr als etwa zehn Wochen zur Verfügung ständen, nämlich vier Wochen vor und sechs Wochen nach den Oster- respektive Pfingstferien. Es entspreche durchaus der Sachlage, wenn die Tagung eines Parlamentes, das unmittelbar nach einem schweren Wahlkampfe einberufen worden sei, nur eine mäßige Ausdehnung zugefagt werde. An die Durchberatung der zahlreichen Initiativanträge, deren schon jetzt einige 50 vorliegen, sei deshalb gar nicht zu denken. Die Antragsteller müssen sich auch von vornherein klar machen, daß die Zahl der Schwereinstage, an denen die Initiativanträge beraten werden könnten, nur eine kleine sein würde. Es sei auf kaum mehr als höchstens 1/2 Duzend von Schwereinstagen zu rechnen. Man würde sich deshalb damit bescheiden müssen, daß außer den Etatsvorlagen nur noch kleinere Gesetze eingebracht werden

könnten, so daß die Beratung derjenigen Entwürfe, die bereits dem aufgelösten Reichstag vorgelegen hätten, bis zur nächsten Herbsttagung verschoben werden.

Die Regierung will also einstweilen nur den Etat unter Dach und Fach bringen. Die Anträge der Fraktionen werden auf den Herbst verschoben werden, ebenso die Anträge, die bis dahin die Regierung einzubringen für opportun halten wird.

Sozialdemokratie und Sozialpolitik.

Von Widmar kommt das Wort: Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Graf Kosobrodsky gab der Sozialdemokratie das Prädikat: Arbeiterpartei! Ein ministerielles Bekenntnis lautet: Alle Gesetze werden geprüft in ihrer Wirkung auf die Sozialdemokratie. Diese Zeugnisse haben nicht verhindert, daß unter Leitung des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie die ganze Ordnungspresse, einschließlich der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, fortgesetzt die Lüge verbreitet, die Sozialdemokratie sei antisozial und arbeiterfeindlich. Ohne es zu wollen, führt nun die — „Arbeitgeber-Zeitung“ den Schwindlern in die Parole. Sie bekämpft die Sozialpolitik als eine verderbliche Konzeption an das wirtschaftliche Ideal der Sozialdemokratie. Das Blatt läßt sich in seiner Nummer vom 24. Februar 1907 also bernehmen:

„In seiner Antwort auf das Glückwunschsreiben des Zentralverbandes deutscher Industrieller“ hat Herr Wilow ausdrücklich festgestellt, daß die Lasten der staatlichen Sozialreform in überwiegendem Maße von der deutschen Industrie getragen werden. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß er seine Mitarbeiter sich über die Folgen in Unklarheit befinden, welche die etwaige Ueberlastung der eigentlichen Träger der Sozialreform für die Gesamtheit der Nation nach sich ziehen müßte. Zum anderen aber würde es auch einen bösen Verstoß gegen die Logik bedeuten, wenn man regierungsseitig seine ganzen Hoffnungen auf die Mitwirkung einer Politik setzen wollte, die zum letzten Ende dem wirtschaftlichen Ideal einer Partei nachzukommen sucht, welche man gerade im Hinblick auf ihre wirtschaftspolitischen Bestrebungen bis aufs Messer bekämpft.“

Die Fleischnot und das badische Ministerium.

Die badischen Städte haben eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, damit Maßregeln zur Bänderung der Fleischteuerung ergriffen werden. Das Ministerium hat nun auf die Eingabe folgendes geantwortet:

Die Regierung hat den badischen Bevollmächtigten zum Bundesrat angewiesen, behufs Abhilfe gegen die eingetretene Fleischteuerung für eine beschränkte Öffnung der Grenze und zwar insbesondere für die Zulassung lebenden Schlachttieres aus Holland und Dänemark einzutreten. Für die gleiche Maßnahme auch Frankreich gegenüber konnten wir uns wegen der erheblichen Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in diesen Lande, die auch gegenwärtig noch andauert, und auf welche mit großer Wahrscheinlichkeit auch der Ausbruch der Seuche im Oberelsaß und sohin im Großherzogtum zurückzuführen ist, nicht aussprechen. Im übrigen möchten wir auf die Erklärung des Reichskanzlers bei den Verhandlungen über die Interpellation über die Fleischteuerung im Reichstage verweisen und heischen, daß, nachdem die preussische Regierung als zuständige Behörde des an Holland und Dänemark angrenzenden Bundesstaates die Zulassung lebenden Schlachttieres dieser Herkunft wegen seuchenpolizeilicher Bedenken abgelehnt hat, wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind, weitere Schritte in der gedachten Richtung zu übernehmen.

Baden wäre also bereit gewesen, Vieh aus Holland und Dänemark zuzulassen, aber Preußen wollte nicht und dem gegenüber kann Baden nichts machen. Und in Preußen triumphieren die Agrarier, die auf die Klagen über die Fleischteuerung hochlachend mit einem Hinweis auf die hunderttausende Bähler antworten, die trotz der agrarischen Lebensmittelverteuerung dem nationalen Blod Heeresfolge leisteten.

Forcierter Zeugniszwang.

Aus Halle a. S. wird uns vom 23. Februar geschrieben: In dem heutigen Termin im Freiprozess gegen den Genossen Redakteur Thiele vom „Volkshaus“ zu Halle sind vom Schöffengericht die Redakteure Genossen Wollenbühr, Däumig und Fröhlich, der Berichtstatter Ebeling und der frühere Redakteur Kochanski als Zeugen geladen. Wenn das so weiter geht, könnte man schließlich auch noch den Redaktionen, die Austräger und die 27 000 Abonnenten des „Volkshaus“ als Zeugen laden. Auch sie könnten ja wissen, wer den Artikel geschrieben hat, durch den sich Rechtsanwalt Suchsland beleidigt fühlte. Bekanntlich ist der Artikel nicht von Thiele, sondern von Wollenbühr verantwortlich gezeichnet worden. Wollenbühr übernimmt auch die Verantwortung; er wurde aber wegen Zeugnisverweigerung bereits mit 75 und 150 M. Geldstrafe belegt. Rechtsanwalt Suchsland vermutet in Thiele den Verfasser des Artikels.

Eine spätere Meldung sagt: Im Prozeß des Genossen Thiele wurde Genosse Däumig vom Schöffengericht mit 100 Mark Geldstrafe belegt und in Zwanghaft genommen.

Die Zeugniszwangsvollstreckung findet stets auf neue Anwendung: Ob die „konservativ-liberale“ Paarung ihn endlich beseitigen wird? Warten wir's ab!

Eine neue Terroristmüßigkeit

hat das Regierungsblatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“ brüßwarm der „linksliberalen“ „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ entnommen. Ein grauerlicher Fall „sozialistischer Terrors“ gegen „einen unorganisierten Werkmeister, der sich nicht zur Sozialdemokratie bekehren lassen wollte“, wird geschildert. Die gruseligsten Stellen lauten: „Am 7. d. M., als der Werkmeister gegen 1/2 Uhr in den den Zimmern erschien, pfiff plötzlich einer der sozialistischen Führer. Sofort kamen 50—80 Mann an das Kabinett des Werkmeisters, der völlig umzingelt wurde. Alsbald flogen Guffäde gegen das Kabinett. Schlaghütten, den Lump und ähnliche Worte fielen in Menge. Einer der Hauptbeteiligten drang dann in das Kabinett ein und drohte dem Werkmeister mit Totschlägen.“

Am 8. Februar soll dann ein erneuter Angriff erfolgt sein. Darüber heißt es unter anderem:

„Die ganze Menge der Angreifer drängte nun ihr Opfer gegen einen mit Eisenteilen beladenen Wagen, der im Hofe stand. Wiederum fielen Faustschläge ohne Zahl. Dabei liegen es jedoch die Unmenschen nicht bewenden. Sie begannen Guffäde gegen ihn zu schleudern, Eisenstücke im Gewicht bis zu 40 Kilogramm, denen der Bedrängte nur mit Mühe entging. 4 der roten Gesellen suchten ihn durch das Fenster des Magazins zu stoßen. Am Kopf und an der Seite wurde der Mithandelte schwer verletzt, und daß die geschleuderten 15 bis 25 Pfund schweren Eisenstücke das Opfer der Terroristen nicht zeitweilen zum Krüppel machten, ist jedenfalls den Unholden nicht zu danken.“

So der sensationelle Bericht. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit? Unserem Chemnitzer Parteiblatt, der „Volkshaus“, wurde am Sonnabend von zuständiger Stelle über den betreffenden Fall geschrieben:

... Der fragliche Artikel steht so sehr von Uebertreibungen und Entstellungen, daß man sich nur wundern muß, wie ein Blatt seinen Lesern derartige Schauererzählungen aufzuzählen kann. Denn schon die Stelle, daß dem Werkmeister Eisenstücke bis zu 40 Kilo Schwere nachgeworfen worden seien, gehört in den Bereich der Lächerlichkeit. Jeder denkende Mensch weiß, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Auch ist es unklar, daß von den organisierten Arbeitern oder „Genossen“, wie es in dem Artikel heißt, versucht worden sei, den Werkmeister Müller für sich zu gewinnen. Dieser war vielmehr den Arbeitern schon aus seinen früheren Einstellungen her genügend bekannt, so daß die Arbeiter von vornherein nicht viel Annehmliches von ihm erwarteten. Er hat denn auch in der Tat die Arbeiter nicht behandelt, wie sich gehört und ihnen in verschiedenen Fällen Abzüge gemacht, nur um dadurch seine eigene Position zu befestigen. Lohnreduzierungen bis zu 75 Proz. wurden durch ihn vorgenommen. Auch als Bauunternehmer ist dieser Meister Müller schon einige Jahre tätig gewesen und hat vor einiger Zeit Beweise seiner Schlagfertigkeit dadurch geliefert, daß er in einem Restaurant einen Arbeiter dertat mit einem Spagierstock bearbeitete, daß dieser einige Tage krank war. Der Täter wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. Der Anlaß, daß einige Arbeiter sich doch einmal nicht mehr beherrschen konnten und sich zu Tätlichkeiten hinreizen ließen, wurde dadurch gegeben, daß der Meister Müller einen Bohrer mahrgeliebt. ... Zu begreifen, wenn auch nicht zu entschuldigen, ist es daher, daß sich einige Arbeiter zu Tätlichkeiten hinreizen ließen, die dann auch entlassen wurden. In einer kurz nach diesem Vorfall abgehaltenen Betriebsversammlung wurde die Handlungsweise dieser Arbeiter von dem anwesenden Organisationsleiter scharf beurteilt. ... Schließlich sei noch mitgeteilt, daß die wegen des Vorfalls in der Maschinenfabrik Kappel entlassenen 4 Arbeiter weder für die Gewerkschaften noch für die sozialdemokratische Partei irgendwie tätig waren. Die Behauptung der „Allgemeinen Zeitung“, daß es bekannt „Vorkämpfer“ für die Sozialdemokratie seien, ist also völlig unklar.

Aus dieser Feststellung geht zur Genüge hervor, welche infame Lüge es ist, in diesem Falle von sozialdemokratischem Terrorismus zu reden. Aber das geniert natürlich die „vornehme“ „Nordd. Allg. Ztg.“, das Blatt des Kanzlers, nicht. Oder wird sie so ehrlich sein, die Darstellung der „Volkshaus“ nun auch ihren Lesern zu unterbreiten? —

Die Entgegnung des Genossen Peus im Anhaltischen Landtage auf die (von der „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder-gegebene) Nordgeschichte, die der Staatsminister v. Dallwitz dort vortrug, hat das vornehme Kanzlerblatt, das sich bei jeder Gelegenheit über den schlechten Ton der Sozialdemokratie entzweit, natürlich nicht gebracht, obgleich es diese Entgegnung aus der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ hätte entnehmen können.

Ebenso wenig hat es die „Vossische Zeitung“ getan, die am Freitag „bedauerte“, daß ihr nicht mitgeteilt sei, was Peus „auf diese furchtbare Anklage“ erwidert habe.

Verleumde die Sozialdemokratie frech, berichte niemals! Nach dieser Maxime des Reichs-Verleumderverbandes wird jetzt die bürgerliche Presse redigiert, voran die „vornehme“ „Vossin“ und die noch „vornehmere“ „Nordd. Allg. Ztg.“

Wilow und die reichsständische Verfassung. Der elsass-lothringische Landesausschuß ist primär gesetzgebender Faktor neben Kaiser und Bundesrat, subsidiär ist auch der Reichstag ein Faktor in der Gesetzgebung des Landes. Beschlüsse des Landesausschusses müssen zur definitiven Beschlussfassung dem Bundesrat überwiegen werden. Dies ist bei einem vorjährigen Beschluß des Landesausschusses, den Reichseisenbahnhilfs in Elsaß-Lothringen zur Gewerbesteuer heranzuziehen, nicht geschehen. Der Beschluß wurde vom Reichskanzler in selbstherrlicher Art mit einer Kritik der elsass-lothringischen Regierung zurückgeschickt. Um diesem verfassungswidrigen Gebahren einen Riegel vorzusetzen, ist dem Landesausschuß von der liberalen Fraktion folgender Antrag zugegangen:

Der Landesausschuß wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen; dafür zu sorgen, daß die vom Landesausschuß beschlossenen Gesetzentwürfe dem Bundesrat zur verfassungsmäßigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Das Zentrum empfiehlt sich.

„Die Stunde des Zentrums wird schon wieder kommen“ — schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ am Freitag und am Tage darauf erklärte das Blatt genauer, wie es sich das Verfahren denkt, das zu einer Wiederannäherung an die Regierung führen soll. Lange Zeit, so heißt es, könne die „nationale Herrlichkeit“ nicht dauern:

„Wenn zu Weismann dieses Jahres die neue Flottenvorlage kommt, wird man schon bedenklicher werden, ganz sicher aber wird der Freistimm sich zu drücken suchen, wenn es dann die Dedung der bewilligten Ausgaben durch neue Steuern gilt. Es wird sich hart machen, daß die Parteien des Regierungsbündnisses sich auf ein neues Steuerprogramm einigen, weil die Freistimmigen in erster Linie die Abschaffung der Branntweinsteuer erstreben, während die Konservativen verlangen, daß die Börse noch mehr bluten soll. Unter Umständen kann die Wodderlichkeit ja auch schon viel früher zu Ende gehen, aber keinesfalls dauert sie länger, als bis zu dem nächsten Steuererfolg. Dann wird Herr Wilow — falls er inzwischen nicht vom Lucanus heimgejagt ist — sich anders orientieren müssen.“

Wir zweifeln auch nicht daran, daß Regierung und Zentrum sich schon bald wiederfinden werden, es müßte denn der Freistimm die Reigung haben, zur Erhaltung der konservativ-liberalen Majorität der Regierung in Flotten- und Steuerfragen ebenso zu Willen zu sein, wie es das Zentrum war und wie es gern wieder sein möchte.

Auch eine Gründung.

Die Erfolge des Kolonialkämpfers Dernburg lassen die noch unentdeckten Gründungen nicht mehr schlafen. So hat sich, wie wir der „Berliner Volkszeitung“ entnehmen, eine anonyme Vereinigung deutscher Sozialisten gebildet, die den Sozialismus aus den Fesseln der Sozialdemokratie befreien und an Stelle des unzulässigen Klassenkampfes mit seinem Herauspressen von Parteibeiträgen und seiner Terrorisierung der Massen einen geläuterten Sozialismus schaffen will.

Diese Gründung geht wunderbarerweise von Lübeck aus. Ihre Initiatoren sind selbstverständlich den Lübecker Genossen genau so unbekannt, wie den Genossen irgend eines anderen deutschen Ortes. Es handelt sich nur um den heillosen blöden Versuch, in der momentanen Situation im Trüben zu fischen. Daß irgend ein bisher in der Parteibewegung tätiger Genosse hinter diesen anonymen Handstreich steht, ist vollständig ausgeschlossen. Die „Volkshaus“ hätte wirklich nicht nötig gehabt, nachdem sie den Prospekt dieser Gründung in einem Leitartikel ausführlich wiedergegeben, noch scheinheilig hinzuzufügen, daß die Gründung der „Anonymität der Gründer wegen kein Vertrauen“ finden würde.

Ein Polenprozeß.

Posen, 24. Februar.

Die Zustände, die in der „Deutschen Ostmark“ der preussisch-polenische Religionskrieg gegen polnische Schulkinder geschaffen hat, werden jetzt durch einen Prozeß beleuchtet, der am Freitag vor dem Landgericht in Posen verhandelt wurde, und in dem, wie

immer, der Redakteur einer Zeitung der Angeklagte war. In der Nummer 36 des „Kurier Posen“ vom 31. Oktober v. J. war ein Artikel enthalten, in dem verschiedene Vorworte von einer Revision der Volksschule in Labischin geschildert wurden. Nach dieser Schilderung hat dort am 19. Oktober v. J. der Kreis-Schulinspektor Kempff bei einer Revision einen Lehrer in sein Amt eingeführt. Bei seinem Eintritt in die Oberklasse der Schule grüßten die Kinder nicht, wie früher, deutsch, sondern in polnischer Sprache. Der Kreis-Schulinspektor habe hierauf sechs der widerspenstigen Knaben über die Bank ziehen und sie mit je fünf Schlägen bestrafen lassen. Dabei habe er zu dem Hauptlehrer geäußert: „So etwas dürfen Sie sich gar nicht bieten lassen. Jeder, der Ihnen die Antwort verweigert, erhält fünf Streiche.“ In einer anderen Klasse derselben Schule soll der Kreis-Schulinspektor den Lehrer ermahnt haben, die Kinder zu erziehen „in der Zucht und Ermahnung zum Herrn“. Bei dieser Gelegenheit habe dann der Kreis-Schulinspektor die Verurteilung getan: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!“ Infolge dieser Reden und der Züchtigungen hatte sich eine große Menschenmenge vor der Schule angesammelt, die eine immer drohendere Haltung annahm, so daß der Kreis-Schulinspektor sich genötigt sah, zu seinem persönlichen Schutze zwei Gendarmen heranzuziehen zu lassen, in deren Begleitung er das Schulgebäude verließ und sich nach dem Bahnhof begab.

Durch diesen Artikel hatte sich der Kreis-Schulinspektor Kempff beleidigt gefühlt und gegen den verantwortlichen Redakteur genannter Zeitung, Kajimierz Polowski, Strafantrag gestellt. In der Verhandlung am Freitag, zu der außer drei Lehrern der betreffenden Schule und den beiden Gendarmen auch eine größere Anzahl Schulkinder in Begleitung ihrer Eltern erschienen waren, erbot sich der Angeklagte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Der Kreis-Schulinspektor Kempff, der als erster Zeuge vernommen wurde, bezeugte u. a.: Als er in das Schulzimmer trat, sei es ihm aufgefallen, daß die Kinder in ostentativer Weise statt des deutschen Grußes ein unverständliches Murmeln hören ließen. Er habe darauf einige Prüfungen in dem Unterrichtsgegenstand, der gerade anstand, vorgenommen; als ihm einige Knaben die Antwort verweigerten, habe er sie mit je fünf Schlägen bestrafen lassen. Diese Strafe sei an etwa sechs Knaben vollstreckt worden. Er habe allerdings dem Hauptlehrer gesagt: „So etwas dürfen Sie sich nicht gefallen lassen“; daß er aber die Verurteilung getan haben könne: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!“ sei ganz unmöglich; das Wort „hauen“ sei ihm gar nicht gelaufen. Auch die drei als Zeugen vernommenen Lehrer sagten aus, daß sie diese Verurteilung nicht gehört hätten. Dagegen bezeugten die geladenen Schulkinder, etwa 12 an der Zahl, das genaue Gegenteil. Die Kinder, Knaben wie Mädchen, die sich sämtlich in dem Alter von 13 bis 14 Jahren befinden, sagten übereinstimmend aus, daß sie von der ersten Klasse nach der dritten gewesen wurden, wo sie bei der Einführung des neuen Lehrers singen mußten. Hier hätten sie genau gehört, wie bei der Anrede, die der Kreis-Schulinspektor an die Lehrer hielt, die Worte gefallen seien: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!“ Die Kinder blieben auch bei ihrer Aussage, nachdem sie wiederholt vom Vorsitzenden ermahnt wurden, nur die volle Wahrheit, sonst lieber nichts auszusagen, und trotzdem sie den Lehrern gegenübergestellt wurden. Der Zeuge Urbanowski sagt aus, daß bereits eines seiner Kinder durch Mißhandlungen in der Schule zum Krüppel geschlagen worden sei. Er habe sich deshalb, als er von den neuen Züchtigungen in der Schule hörte, nach dem Schulhause begeben und den Lehrer zur Rede stellen wollen, doch habe er hier weder den Lehrer noch den Hauptlehrer sprechen können. Auch der Zeuge Dukiewicz sagt in ähnlicher Weise aus.

Der Verteidiger, Reichstagsabgeordneter v. Urbanowski, beantragt hierauf, sämtliche Schulkinder der 1. und 3. Klasse der Schule in Labischin zu vernehmen; der Staatsanwalt schiebt sich dem Antrage an, will aber noch die beiden Lehrer Müller und Kümmler, die bei der Einführung zugegen waren, als Zeugen geladen wissen. Beide Anträge werden jedoch vom Verteidiger sowohl wie vom Staatsanwalt zurückgezogen. — In seinem Klaidoyer sagt der Staatsanwalt, daß seiner Ansicht nach die Kinder von irgend einer Seite beeinflusst sein müßten. Es sei auch nicht anzunehmen, daß der Kreis-Schulinspektor die angeführte Verurteilung getan haben könne. Doch gebe er zu, daß sich die Weisaufnahme durch die Aussage der Schulkinder zugunsten des Angeklagten gestalten habe. Er beantrage eine Geldstrafe von 50 M. — Der Verteidiger führte aus: die Weisaufnahme hat zweifellos die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen ergeben. Die Bestimmtheit, mit der sämtliche Kinder ihre Aussagen trotz der eindringlichsten Ermahnungen gemacht hätten, beweise, daß die erwähnte Verurteilung des Kreis-Schulinspektors gefallen sei. Außerdem sei den Kindern ein größerer Glaube zuzumessen, da es ihnen gleich sei, wie der Prozeß ausgehe, während doch der Kreis-Schulinspektor Kempff an der Sache interessiert sei, da er, wenn ihm nachgewiesen würde, daß er zur Uebertreibung des Züchtigungsrechtes und somit zu einer ungesetzlichen Handlung aufgefordert habe, sich strafbar machen würde.

Das Gericht hielt dagegen den Wahrheitsbeweis für völlig mangelhaft und erkannte auf die beantragte Geldstrafe von 50 Mark; außerdem wurde dem Kreis-Schulinspektor die Publikationsbefugnis des Urteils im „Kurier Posen“ sowie in den drei deutschen Zeitungen Posens zugesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine schändliche Verächtlichung des Holzarbeiter-Verbandes leistet sich „Die Hochzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen“, Zentralblatt des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Unter der Ueberschrift „Rache“ schreibt das genannte Blatt in seiner Nummer vom 24. Februar:

„Bei einer hiesigen Firma lief ein Berliner Stadtpostbrief ein, der „An die Tischler“ der betreffenden Firma adressiert war. Der Briefschreiber gab den Brief selbstverständlich an die wenigen (nichtorganisierten) Arbeiter ab, die in seiner Werkstatt arbeiten. Von diesen wurde ihm das Schriftstück zugänglich gemacht. Es hat (mit Ausmerzung einiger orthographischer Unendlichkeiten) folgenden Wortlaut:

Kollegen!

Durch die Aussperrung suchen uns die Arbeitgeber materiell zu schädigen. Daß wir uns mit der Zeit dafür rächen müssen, ist selbstverständlich, denn in jedem einzelnen wurzelt sich Rache. Wir müssen Böses mit Bösem vergelten. Daher hat jeder die Pflicht, der bei einem Meister arbeitet, der ausgesperrt hat und später dort anfängt, ihn dort zu schädigen, wo es irgend geht. Zum Beispiel die Arbeit so teuer machen, wie nur möglich, das Material schädigen so viel wie möglich, ein größeres Quantum Leim, eine Handvoll Salz oder Fasseife ist besonders gut, da dann der Leim wie die Arbeit verboden ist.

Jeder Kollege hat es so zu machen, daß ein zweites es nicht sieht, auch darf darüber nicht debattiert werden. Bei einem Meister, der nicht ausgesperrt hat, darf es auf keinen Fall gemacht werden.

Diese Aufforderung wird monatlich in jeder Werkstatt gedruckt wiederholt. Diese Aufforderung muß von Hand zu Hand gehen, ohne ein Wort darüber zu sprechen. Also so soll es gemacht werden. Ist diese Ausgeburt einer unendlich niedrigen Gesinnung das Vorhaben eines einzelnen Mann und will sich der Holzarbeiter-Verband darauf berufen? Wir sind gespannt darauf. Der Schlussatz, die ganze Form der Anordnung, die Versicherung, daß diese Aufforderung zur Wiederholungszeit monatlich gedruckt in jeder Werkstatt, wo ausgesperrt war, wiederholt werden soll, lassen neuerdings leider auf etwas ganz anderes schließen. Danach zu urteilen, scheint

es sich tatsächlich um eine generelle Verfügung von irgend einer Zentralstelle, welche diesen „Nachfeldzug“ schon jetzt organisiert, zu handeln.

Diese gemeine Verächtlichmachung des Holzarbeiterverbandes, welche die „Nachzeitung“ verbreitet, ist genau nach derselben verwerflichen Methode angefertigt, mit welcher der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie arbeitet. — Bei einer hiesigen Firma lief ein Stadtpostbrief ein“ usw. Wer nun feststellen will, ob der angebliche Stadtpostbrief wirklich bei einer hiesigen Firma eingelaufen und nicht in der Redaktionsstube der „Nachzeitung“ fabriziert ist, der kann bei den mehr als 700 hiesigen Firmen, die ausgesperrt haben, nachfragen. Darüber dürften einige Wochen vergehen. Inzwischen läuft das verleumderische Machwerk durch Hunderte arbeiterfeindlicher Blätter, Tausende, Zehntausende von Lesern entriß sich über die bodenlose Verworfenheit der Leiter des Holzarbeiterverbandes und der Verleumdung hat seine Absicht erreicht. — Warum nennt denn die „Nachzeitung“ die Firma nicht, bei welcher der Brief eingelaufen sein soll. Führt sie doch unmittelbar hinter dem bezeichneten Machwerk einen sogenannten Drohbrief — der übrigens nur alberne Schimpfereien enthält — mit genauer Angabe der Adresse an und ohne die „orthographischen Unebenheiten“, von denen dieser dumme Quatsch wimmelt, auszumergen. — Aber nehmen wir einmal an, der Nachbrief wäre wirklich bei einer hiesigen Firma eingelaufen, so liegt mehr als alles andere doch die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ihn jemand verfertigt und abgeschickt hat, der den Unternehmerorganen Stoff zur Verleumdung der Arbeiterorganisation liefern will. Durch diesen Brief soll nicht den Unternehmern, sondern dem Holzarbeiter-Verbande „der Seim versalzen und die Arbeit verdorben“ werden. Die ausgesperrten Holzarbeiter haben für die Verbindung mit ihren Kollegen andere Wege, als die Uebersendung eines Briefes mit der Adresse „An die Tischler“ der Firma so und so.

Man sieht auch an diesem Falle, daß gewissen Feinden der Arbeiterbewegung kein Mittel zu dumm und zu schlecht ist, wenn es nur geeignet scheint, die Organisationen der Arbeiter zu verächtlichen und zu verleumben. Wenn man die vorzüglich gewundenen Bemerkungen, welche die „Nachzeitung“ an den angeblichen Nachbrief knüpft, in klarem Deutsch überträgt, dann sagen sie nichts anderes als: Hinter diesem teuflischen Plan steckt die Leitung des Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlich für die „Nachzeitung“ zeichnet ihr Chefredakteur Dr. Ludwig Ruffelmann. Wir wissen nicht, ob der Dr. Ludwig Ruffelmann selber nach der Methode des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie arbeitet, oder ob ihm ein Söldling des Lügenverbandes Helferdienste leistet. Wie dem auch sei, der Dr. Ludwig Ruffelmann ist für den Inhalt der „Nachzeitung“ zwar preßgesetzlich verantwortlich. Moralisch verantwortlich sind jedoch die Herren, welche an der Spitze der zahlreichsten Arbeitgeber-Vereinigungen stehen, deren Organ die „Nachzeitung“ ist. In erster Linie gilt das für die Herren C. Mahardt, Louis Rey, Chr. Ritsch, A. Plachten, A. Pohl, welche als Mitredakteure der „Nachzeitung“ angegeben sind. Diese Herren kennen die Leiter des Holzarbeiterverbandes seit Jahren persönlich; sie wissen, daß der Holzarbeiter-Verband einer so niederträchtigen Handlungsweise, wie sie ihm in der „Nachzeitung“ nachgesagt wird, nicht fähig ist. Wir haben die genannten Herren trotz der sachlichen Gegenfälle, die uns von ihnen trennen, für persönlich ehrenhaft gehalten. Wir würden gezwungen sein, diese Meinung zu ändern, wenn die Herren jene niedrige Verächtlichmachung, die unter der Verantwortlichkeit des Dr. Ludwig Ruffelmann verübt worden ist, mit ihren Namen beden wollen.

Zur Tarifbewegung der Herrenmasschneider.

Annähernd 4000 Herrenmasschneider füllten am Sonntag den Riesenaal des Reenpalastes mit seinem umfangreichen Galerien. Ueber die Situation in der Herrenmasschneiderbranche sprach Adolf Ritter. Unter Verwertung amtlichen Materials legte er dar, daß seit 1900, wo die Herrenmasschneider das letzte Mal eine, übrigens auch nur beschränkte Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten, eine solche Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten erfolgt sei, daß schon dadurch die jetzige Tarifbewegung gerechtfertigt werde. — Es komme jetzt nicht darauf an, allein mit den 153 Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation einen annehmbaren Tarif abzuschließen, sondern auch mit den anderen Unternehmern der Herrenmasschneiderbranche. Man werde dementsprechend, wie die nächsten Tage oder Wochen ergeben würden, verschieben operieren müssen. — Wenn bei dem jetzigen Versuch der Durchführung eines einheitlichen Tarifs dieser oder jener einzelne Kollege nicht so auf seine Kosten komme, wie er geglaubt habe, so müsse er sich damit abfinden, indem er das Prinzip höher stelle, als sein Einzelinteresse. Redner ging auf den Tarifentwurf näher ein und benutzte bei dem Punkt: „Ausschluß der Sündigungsfrist“ die Gelegenheit, die Versammelten davor zu warnen, sich zur Zeit von ihren Arbeitgebern auf eine 14 tägige Sündigungsfrist oder gar auf einen (immer bedenklichen) längeren Vertrag verpflichten zu lassen. Das könnte sehr unangenehme zivilrechtliche Folgen für sie haben, namentlich für die, welche im eigenen Heim mit Hilfe arbeiteten. Die Frage des Werkvertrags (nicht bloß des einfachen Arbeitsvertrags) spiele ihre mit. An wen solche Zumutungen heranzutreten, der sollte sich nicht begnügen mit der „Rechtsauskunft“ irgend eines guten Bekannten, sondern er möge sich Belehrung holen im Arbeitersekretariat im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, oder im Bureau Michailowitschplatz 1. — Es habe nun jezt den Anschein, als wäre es möglich, daß nächsten Sonntag den Saal des Palaistheaters nicht die arbeitende Kollegschaft der Herrenmasschneider füllen solle, sondern eine Versammlung der ausgesperrten. Dem Schneiderverband sei die Antwort des „Verbandes der Berliner Gewerbetreibenden der Herrenmasschneider“ zugegangen, worin gemäß den Beschlüssen dieses Verbandes vom Mittwoch mitgeteilt werde, daß für seine Mitglieder der überforderte Tarif unannehmbar sei. Es heiße dann weiter in dem Schreiben: „Wir sind bereit, in unser Tarifwesen Ordnung zu bringen, und bedauern, daß Sie nicht schon im November vorigen Jahres an uns heranzutreten sind (Unruhe, Wachen); wir wären dann schon früher mit der Regelung fertig gewesen. Wir erklären uns bereit, diese Arbeit im Hochsommer dieses Jahres vorzunehmen (allgemeines Hochgelächter), und ersuchen wir Sie, die Mitglieder Ihrer Organisation zu verpflichten, bis zum Hochsommer zum alten Tarif weiter zu arbeiten. (Allgemeine Heiterkeit.) Bis zum 26. Februar sehen wir einer Antwort entgegen und wir erklären schon jezt, daß wir, wenn sie nicht zustimmend ausfällt, oder ganz ausbleibt, wir unsere Betriebe an diesem Tage schließen werden.“ Man müsse doch, führte Ritter hierzu aus, die Schneider für sehr naiv halten, wenn man annehme, sie würden im November oder im Hochsommer in Tarifverhandlungen eintreten. Er habe aber auch nicht den geringsten Zweifel, daß es sich dabei tatsächlich nur um eine Ausflucht handele. Man könne ruhig sagen, daß die Ursache dieselbe Kampfesfreudigkeit sei, die man in den letzten Wochen bei den Berliner Arbeitgeberkreisen der verschiedensten Verufe sehe: die Gewerkschaften will man niederretten, wie der neueste Ausdruck laute. Uebrigens seien ja die Schneider nicht allein der empfangende Teil bei Bildung einer Tarifgemeinschaft. Wenn diese den Unternehmern am Herzen liege, so hätten ja sie im November an den Schneiderverband heranzutreten können. Daß sie nun herkämen und sich in die Toga der Unschuld hüllten, sei angesichts des gegenwärtigen Moments schon mehr als eine edle Dreistigkeit zu betrachten. Er meine, daß man darüber zur Tagesordnung übergehe und die Dinge ihren Gang gehen lasse. (Vielfaches Bravo und sehr richtig!) Komme der Moment, dann werde auch der letzte bisher unorganisierte Kollege wissen, wo er hingehöre. Mit Seelenruhe könne man dem Kampf entgegensehen. Damit wolle er nicht sagen, daß man den Kampf heraufbeschwören wolle. Es werde dem Arbeitgeberverband eine Antwort zuteil werden, die es ihm möglich mache, mit den Schneidern zu verhandeln. In-

dessen heiße es für die Kollegschaft in den nächsten Tagen: Augen offen und die Nase bewahrt! Niemand lasse sich festlegen oder darauf ein, vorgezogen zu werden, in der Hube zu bleiben, wenn der Kollege die Entlassung erhalte. Seien wir in den nächsten Tagen und Wochen ein einzig Boll von Wütern, die mutig dem Kampf entgegensehen! (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Zur Diskussion meldete sich niemand. Nach Entgegennahme einiger Verhaltensmaßregeln ging die imposante Versammlung auseinander. —

Die ausgesperrten Automobilfahrer erklärten sich in einer Versammlung am Montagnachmittag in den „Arminhallen“ mit dem Vertrage, den ihre Kommission bei Lennert und Barlowitz abgeschlossen hatte, einverstanden. Eine kleine Minorität, die gegen alle Zugeständnisse war, stimmte dagegen. F. Kettig verlas und erläuterte den neuen Vertrag, wobei er bemerkte, daß der Ausgang vom 1. Januar auch bereits von Seiten der Unterzeichner Änderungen erfahren habe. Ueber folgende wesentliche Änderungen wurde nach hartnäckigem Streit, wie Kettig berichtet, eine Einigung erzielt: Im § 2 fällt das Wort „unbedingt“ in dem Absatz, der davon handelt, daß der Fahrer den ihm gegebenen Anweisungen Folge zu leisten habe. Die Fahrer wollen sich den Kajermenten nicht gefallen lassen und wollen vermeiden, daß daraus Mißverständnisse abgeleitet werden können.

Der § 5 ist nicht nach den Wünschen der Fahrer ausgefallen, die bei einer Tageseinnahme unter 10 M. das Wagenwachen nicht bezahlen wollten. Es bleibt beim alten. Die Fahrer bezahlen das Wagenwachen.

Der § 7 fällt, soweit die Kautio in Betracht kommt, aber der Fahrer soll für den gemachten Schaden ersatzpflichtig sein. Dagegen erhob sich in der Versammlung viel Opposition. Man machte geltend, daß die Unternehmer verpflichtet seien, sicher beschließbare Schränke und Kästen anzuschaffen, wenn sie den Fahrer für jeden Verlust haftbar machen wollen. Weder beschwichtigte die Bedenken aus alter Erfahrung im Droßkoffenführerverein und erklärte, daß die Schuld der Fahrer jedesmal erwiesen werden muß, ehe man sie haftbar machen kann.

Der § 8 bestimmt den Lohn. Der Fahrer erhält 20 Proz. von der Bruttoeinnahme und 1,50 Mark Schichtgeld.

Vom Arbeitsnachweis ist keine Rede, da dieser für die kleineren Verleger nicht von Belang, dagegen von Wichtigkeit für die Großen ist.

Mit Befriedigung wurde konstatiert, daß sich bereits eine ganze Reihe von Firmen beim Verband gemeldet hat und Frieden machen will. Nur die großen Gesellschaften verlassen sich noch auf ihre Kapitalmacht und sonderbarerweise auch auf die Fahrschule. In bezug auf die Fahrschule wurde erzählt, daß der Polizeihauptmann Vogel von der Verkehrspolizei dieser Schule neulich einen Besuch abgestattet und erklärt habe, die Unternehmer würden am liebsten handeln, wenn sie ihre alten, grünten Fahrer schleunigst wieder anstellen.

Ein Fahrer Resto stellte sich der Versammlung vor und erklärte, er habe einmal Streikbroch verübt und möge sich wieder aufnehmen lassen. Die Versammelten liehen aber keinen Zweifel darüber, daß sie einen Streikbrocher nicht in ihren Reihen wünschen und betreiben ihn auf den Instanzenwegen.

Zum Montag abend hatten die Unternehmer eine „eilig“ einberufene Versammlung im Hotel „Alexandria“ einberufen und versuchten, die wandernden Reihen zusammenzubringen, aber sie hatten zu oft schon versichert, daß die Sache „in den nächsten Tagen“ zu ihren Gunsten enden würde; sie finden immer weniger Glaubige in den eigenen Reihen.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ zieht aus einer ganz richtigen Beobachtung falsche Schlüsse. Sie behauptet, daß die Ausbildung neuer Fahrer Fortschritte mache und immer wieder neue Fahrzeuge zu den von den Unternehmern reduzierten Löhnen in Betrieb gestellt würden. Wirklich sagt das Scharfmacherorgan:

„Wenn dieses auch von Seiten der Organisation der ausgesperrten bestritten wird, so genügt ein Blick auf das Radleben auf dem Potsdamerplatz oder in der Friedrichstraße, um darzutun, daß die Zahl der wieder unterwegs befindlichen Kraftfahrzeuge gegen den vorigen Monat ganz erheblich gestiegen ist und täglich oder vielmehr nächtlich wächst.“

Die Beobachtung, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge täglich steigt, ist richtig. Täglich einigen sich nämlich mehr Unternehmer mit ihren alten Fahrern, die dann von der Organisation eine Arbeitsberechtigungsurkunde als Ausweis für das Publikum erhalten, dem natürlich im allgemeinen die eigenen Knoden zu lieb sind, um sie schnell angelegerten Arbeitswilligen anzuvertrauen. Doch es sich bei den ahnenden Droßkoffenführern nicht um solche handelt, mag der Beobachter der „Arbeitgeber-Zeitung“ aus der Tatsache ersehen, daß man die so charakteristisch klingende Gruppe der 20 ften Scharfmacherfirma — der Bedag-Gesellschaft — im Berliner Straßenleben nicht mehr hört, weil ihr Direktor mit seinem Wagen natürlich auch nur an einer Stelle sein kann, und daß die Wagnisdroßkoffen mit einem Schlag von der Wildflut verschwanden, als auch diese Firma bei ihren Fahrern zur Lohnreduktion überging.

Die Tarifbewegung der Tapezierer.

Die Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Tapeziererverbandes am Sonntag in den „Sophienhallen“ hat sich mit dem Vorgehen einverstanden erklärt, das bereits am Freitagabend die Zustimmung der Vertrauensmänner gefunden hatte. Der große Saal samt den Galerien waren gedrängt voll. Das Referat hielt der Filialvorsitzende Otto Weis. Am Sonnabendabend hatte in den „Arminhallen“ eine öffentliche Tapeziererverammlung stattgefunden, die von den lokalorganisierten Tapezierern einberufen war. Sie hatte sich dafür erklärt, den Aussperrungsbeschluss mit einem Generalstreik zu beantworten. Weis führte aus, daß die Anwendung dieses Kampfmittels bei der jezt herrschenden Situation nicht zu empfehlen sei. Die Arbeitslosigkeit im Beruf läßt vorläufig noch viel zu wünschen übrig. Die Polsterbranche hat unter der Holzarbeiteraussperrung zu leiden, und die Klebebranche unter den Konsequenzen der Einseger wie in Folge des strengen Winters. Dabei ist zu bedenken, daß ungefähr 1400 Arbeitgeber und 400 Lehrlinge im Verufe vorhanden sind, die während eines Generalstreiks einen Teil der Arbeit betätigen können. Aus diesen und anderen Gründen empfahl der Redner die von den Vertrauensmännern gutgeheißene Taktik. Die ursprünglich aufgestellten Forderungen sollten als Verhandlungsgrundlage dienen, wie das auch noch in der vorigen Mitgliederversammlung hervorgehoben wurde. Nachdem nun aber die Innung es brüskt ablehnte, weiter zu verhandeln, werden den Arbeitgebern die im „Vorwärts“ vom Sonntag bereits mitgeteilten Minimalforderungen vorgelegt. — An das Referat schloß sich eine lebhafteste Debatte. Ein Redner sprach sich in längeren Ausführungen für den Generalstreik und die Aufrechterhaltung der alten Forderungen aus, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Mit allen gegen einige wenige Stimmen beschloß die Versammlung im Sinne des Referats. Am Ausgang des Saales wurden die gedruckten Vertragsformulare verteilt, die den einzelnen Arbeitgebern am Dienstag vorgelegt werden sollen.

Achtung, Tapezierer! Die Markiewitzsche Polsterereigesellschaft sucht durch Inzerate Lehrlinge und Gehilfen. Der Betrieb ist für Tapezierer gesperrt.

Ein Einigungsvorschlag zum paritätischen Arbeitsnachweis des Glasergewerbes.

Das Kuratorium dieses Arbeitsnachweises beschäftigte sich gestern wiederum mit dem Arbeitsnachweisstatut und der den Arbeitgeber so ungerecht erscheinenden Bestimmung in Punkt 9, daß organisierte Arbeitnehmer wie Arbeitgeber bei den Stellenvermittlungen in erster Linie berücksichtigt werden sollen. Es zeigte sich auch hier wieder, daß immer noch sonderbare Ansichten über die Bedeutung des Wortes „Parität“ unter den Arbeitgebern herrschen oder doch hier und da vorhanden sein müssen. Hatte doch einer der Herren Innungsvertreter, wie er selbst ausführte, in Büchern ge-

forscht und bei rechtskundigen Leuten angefragt, und war er doch zu keinem andern Resultat gekommen, als daß jenes Wort zuerst von Religionsgemeinschaften gebraucht worden sei, daß es Gleichberechtigung bedeute und daß demnach die unorganisierten Glasergesellen auf dem Nachweis den organisierten gleichberechtigt sein müßten! Der Gedanke, daß das Wort „Parität“, wenn man Religionsgemeinschaften gebraucht, sich eben nur auf diese religiösen Organisationen, und nicht auf außerhalb stehende Leute bezieht, und daß es in ganz derselben Weise in Tarifverträgen der Arbeiter und Arbeitgeber angewandt wird, schien dem Herrn nicht gekommen zu sein.

In der eigentlichen Streikfrage war es infolge des Eingriffes der Gewerbeverwaltung in den Tarifvertrag und der Entscheidung des Oberpräsidenten natürlich sehr schwierig, eine Einigung zustande zu bringen. Es kam jedoch nach vierstündiger Verhandlung zu folgenden Einigungsvorschlägen:

Infolge der Entscheidung des Oberpräsidenten tritt die Innung, soweit der Punkt 9 in Frage kommt, aus dem Tarifvertrage aus. Vollständig gilt der Vertrag also nur noch für den Arbeitgeberverband des Glasergewerbes, dessen Mitglieder einzeln Vertragsformulare unterzeichnen müssen, was auch für etwa neu eintretende Mitglieder gilt. Den Lohnvertrag hat die Innung bedingungslos aufrecht zu erhalten. Der paritätische Arbeitsnachweis wird nach der Gormannstraße verlegt. Sollte die Innung einen eigenen Nachweis errichten, so ist jedes Gesuch nach Arbeitskräften, das dort von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes einläuft, dem paritätischen Nachweis zu überweisen.

Das Einigungsamt wird am 5. März zwecks einer dementsprechenden Abänderung des Vertrages zusammentreten. Bis zu diesem Tage sollen die Mitgliederversammlungen der Organisationen über die Vorschläge beschließen haben.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker!

Der Unternehmer Paul Neumann, Schöneberg, Ebersstr. 86, Bau Schöneberg, Hauptstr. 77/78 — ist für die bei uns organisierten Kleber gesperrt, da die Klebpreise bei dieser Firma 15 bis 30 Proz. unter den Tarifpreisen betragen, und bitten wir die Bauhandwerker, die dort arbeitenden Kleber auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Das Streikbureau der Freien Vereinigung der Tapezierer befindet sich Schützenstr. 18/19, Restaurant Damm, und ist bei vorfindenden Differenzen auf den Bantzen oder in den Verständen, die sich noch vor dem 1. März ereignen sollten, in der Zeit von 6—1/2 Uhr abends Mitteilung zu machen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer Berlins und Umgegend.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/19. Tel. I 8000.

Brauereiarbeiter! Die Differenzen mit dem Norddeutschen Brauhaus in Grünau sind zur allseitigen Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt. Die Sperre über das Norddeutsche Brauhaus ist aufgehoben. Die Streikenden nehmen die Arbeit am Dienstag, den 26. Februar, früh wieder auf.

Am Freitag wurde an dieser Stelle berichtet, der Direktor des Norddeutschen Brauhauses, Herr Heine mann, habe zu einem Entlassenen geäußert: „Sie brauchen sich nicht aufs hohe Pferd zu setzen. Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen können wir jubeln.“ Herr Heine mann befreit uns gegenüber ganz entschieden, eine derartige Äußerung getan zu haben und müsse hier ein Mißverständnis vorliegen. Da die Unterhaltung zwischen unserem Gewährsmann und dem Direktor Heine mann in ziemlichlicher Erregung geführt wurde, liegt die Möglichkeit eines Zertums sehr nahe. Die Unterzeichneten glauben unter diesen Umständen jene Behauptung nicht aufrecht erhalten zu sollen und haben dieselbe zurückgenommen (siehe unter Arbeitsmarkt). Der Streikfall ist somit vollständig erledigt.

Eine Tatsache soll aber nicht unerwähnt bleiben, um zu zeigen, was sich nicht alles an der Forderung von Arbeitswilligen beteiligt. Am Sonntag morgen trafen in Grünau zwei arbeitswillige Brauer aus Sachsen ein. Sie waren resp. sind noch Schüler der Brauerschule in Grimma i. S. und haben unter Zustimmung des Direktors der genannten Schule ihren Kursus unterbrochen, um als Arbeitswillige nach Grünau zu fahren. Wehr kann man doch tatsächlich verlangen. Die Unterzeichneten können sich die Angelegenheit nur so erklären, daß man an der Brauerschule in Grimma ein Lehrfach für Arbeitswillige errichtet hat. Und da dieses Thema dort nur theoretisch betrieben werden kann, wollte man den Schülern Gelegenheit geben, auch mal einen praktischen Kursus durchzumachen. Zur Ehre der beiden sei's gesagt, daß sie, nachdem sie über den Sachverhalt aufgeklärt worden waren, wieder nach Sachsen zurückkehrten.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Ortsverwaltungen Berlin I und II.

Eingegangene Druckchriften.

Jahresbericht des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltungsjahre Braunschweig, 88 Seiten. Verlag Robert Lippmann, Braunschweig (Gewerkschaftshaus).
D. R. Raumann, Die Stellung der Gewerkschaften im politischen Leben. Preis 30 M. Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg.
„Maz“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, H. Döhl, A. Langen, A. Kram. Zweites Jahrbuchjahr 1907. Preis 1,20 M. im Abonnement das Quartal (6 Hefte) 6 M. Verlag von Albert Langen in München.
Der japanisch-amerikanische Krieg des Jahres 1907. 14 Seiten. 60 Bl. — Kunst und Verlagsanstalt J. C. Neuber in Dresden vor München.
Das Leipziger Arbeitersekretariat und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1906. 143 Seiten. Verlag Gewerkschaftsliste, Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In den Flammen umgekommen.

Bauhen, 25. Februar. (B. Z. B.) In Kunitowalde geriet heute das Haus eines Maurers in Brand, als dessen Ehefrau mit vier Kindern sich allein zu Hause befanden. Die Frau warf zwei ihrer Kinder aus dem Fenster hinab, wobei diese schwere Verletzungen davontrugen. Als sie die beiden anderen Kinder retten wollte, stürzte das Dach zusammen und begrub die Frau und die beiden Kinder unter den Trümmern, alle drei wurden getötet.

Bassiver Widerstand.

Trief, 25. Februar. (B. Z. B.) Da die von den Bediensteten der Südbahn gestellten Forderungen bezüglich der Aufbesserung ihrer materiellen Lage nicht angenommen worden sind, begannen die Bediensteten gestern nacht in dem ganzen Betriebe mit der passiven Resistenz. Der Leiter der hiesigen südlichen Inspektion hat sich nach Wien begeben, um die Entscheidungen der Zentralkommission einzuholen.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug.

Budapest, 25. Februar. (B. Z. B.) Eine organisierte Räuberbande hat heute morgen einen Anschlag auf einen Postzug der Vignallbahn Budapest-Oranag in der Nähe von Budapest verübt. Sie veranagelten auf der Donaubrücke einen Semaphor, so daß dieser nicht mehr richtig gestellt werden konnte. Sodann postierten sie sich auf der Brücke, hielten den Zug an, plünderten ihn aus und verschwand dann. Sechs Räuber sind bereits verhaftet.

Cäsar, die Besetzten grüßen Dich!

Nowgorod, 25. Februar. (B. Z. B.) Eine Abordnung des Woborger Regiments, bestehend aus dem Kommandeur und fünf Offizieren, ist heute nach Berlin gereist, dem deutschen Kaiser, der Chef des Regiments ist, ein Schlachtengemälde, das die Erstürmung der Kronenhöhen durch das Regiment darstellt, zu überbringen. Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Reichstag.

8. Sitzung, Montag, den 25. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst Bülow, Frhr. v. Stengel, Graf Posadowski v. Tzipitz, v. Einem, Dernburg.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß das Präsidium vom Kaiser empfangen sei, der die besten Wünsche für die Arbeiten des Reichstages ausgesprochen habe.

Dem früheren Präsidenten, Grafen Ballostrom, wird der Dank des Hauses für ein von ihm gestiftetes Bild des Kaisers ausgesprochen.

Die definitive Wahl der Schriftführer hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Gewählt sind Frhr. v. Thünefeld (3.) mit 367 Stimmen, Kimpau (natl.) mit 307, Engelen (3.) mit 307, Pauli (Rp.) mit 303, Rogalla v. Dieberstein (L.) mit 301, v. Damm (Wirt. Ver.) mit 276, Dr. Hermes (fr. Sp.) mit 231, Sagemann (natl.) mit 194 Stimmen. Außerdem erhielten Graf Wielganski (Pole) 193, Fischer-Berlin (Soz.) 178 Stimmen.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Ein schleuniger Antrag Fürst Radziwill (Pole) auf Einstellung eines gegen den Abgeordneten v. Chlapowski schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die erste Lesung des Etats ein.

Reichs-Schatzsekretär Frhr. v. Stengel gibt zunächst eine Uebersicht über die Ergebnisse der Etatsjahre 1906 und 1907, deren Einzelheiten auf der Tribüne nicht völlig verständlich sind.

Im Etatsjahr für 1906 ergaben sich gegen das Etatsoll Mehreinnahmen im Betrage von 90 000 000 M. (Hört! hört! links), wozu die Zucksteuer allein mit 17 Millionen Mark, die Postverwaltung mit 8 1/2 Millionen Mark beteiligt waren. Das überraschend günstige Ergebnis dieses Jahres beruht zum nicht geringen Teil auf der Einschränkung des Ausgabe-Etats seitens verschiedener Ressorts, insbesondere gilt dies von der Verwaltung des Reichsheeres und der Marine. Eigentlich hat nur eine Verwallung im Jahre 1906 in den Ausgaben das Etatsoll überschritten: die Postverwaltung, was zum Teil in der erheblichen Steigerung des Verkehrs seinen Grund findet. Auch für das Etatsjahr 1907 ergibt sich nach den bisherigen Abschüssen, daß der Etatsanfall im allgemeinen auf richtigen Schätzungen beruht. Im einzelnen sind allerdings Verschiebungen eingetreten, besonders soweit die Fülle in Frage kommen. Deroben will ich, daß das Ergebnis des Verwaltens in jeder Hinsicht befriedigend gewesen ist, und zwar nicht nur nach der finanziellen Seite hin, sondern auch in Rücksicht auf den Zweck, welchem die Differenzierung von Maß- und Futtergerichte dienen soll. Hingegen ist das Ergebnis der Personenerwerbsteuer sehr erheblich hinter den Schätzungen zurückgeblieben. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Dieses Minderergebnis ist aber durch das Mehrergebnis des Fracht- und Frachtpfandstempels, der Zigarettensteuer und der Brausteuer ausgeglichen worden. Am unklarsten ist bisher das Ergebnis der Steuer auf Kraftfahrzeuge.

Bei den Ausgaben sind die Abweichungen vom Etat zwar nicht so groß wie bei den Einnahmen, aber es hat sich doch ein Mehrbedarf von 12 Millionen herausgestellt. Die Vorküsse der Post für die Berufsgenossenschaften sind mit der Zeit enorm gestiegen. Sie betragen im ersten Jahre nach Einführung des Unfallversicherungs-Gesetzes, im Jahre 1887, 2 1/2 Millionen, im Jahre 1888 7 1/2 Millionen, 1889 12 1/2 Millionen, steigerten sich aber in der Folge ganz gewaltig. Im Jahre 1900 überstiegen sie bereits 100 Millionen Mark und werden im Monat Mai 184 Millionen Mark erreichen. (Hört! hört! rechts.) Ich halte es grundsätzlich für verfehlt, daß man den Berufsgenossenschaften unter die Arme greift mit einer Maßnahme, welche dem ganzen Erwerbsebenen und der ganzen Volkswirtschaft zu schwerem Schaden gereicht und gereichen muß (Lebhaftes Zustimmung rechts), wenn es mir auch durchaus fernliegt, Bedenken gegen die Förderung dieses sozialpolitischen Zweckes zu erheben. Es ist feinerzeit der Versuch gemacht worden, hier Wandel zu schaffen, er scheiterte aber belanlich an dem Widerstande der großen Mehrheit des Reichstags. Ich bin der Meinung, daß schon viel gewonnen wäre, wenn es gelänge, die geleisteten Vorküsse nicht erst nach 4-5 Monaten, sondern in etwa vierteljährlichen Abschlagszahlungen zurückgezahlt zu erhalten.

Was den Abschluß des Etatsjahres 1907 anlangt, so haben die Einzelstaaten an Ueberweisungen annähernd dasselbe erhalten, was im Etat vorgesehen war.

Ich gehe nunmehr zum

Etat für 1907

über und kann hier eine recht erhebliche Besserung unserer finanziellen Verhältnisse konstatieren. Wir standen bei der Vorbereitung des Etatsentwurfs für 1907 bei einem Defizit von mehr als 240 Millionen Mark. Wäre die Finanzreform im vorigen Jahre gecheitert, so hätte ich nicht gewußt, wie der Haushalt des Reiches noch in halbwegs geordneten Bahnen hätte fortgeführt werden können, zumal da an das Reich erhebliche Mehrforderungen, z. B. durch die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse, durch die neuen Militärpensionsgesetze, gestellt wurden. Die Resultate der neuen Steuern lassen sich, wie gesagt, noch nicht übersehen. Es lag nun die Erwägung nahe, ob es notwendig sei, mit einer erweiterten Steuervorlage zu kommen, zumal wenn man sich die Gründe des für 1907 noch bestehenden Fehlbetrages vergegenwärtigt. Es darf nicht vergessen werden, daß das Reich für die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung hohe Verpflichtungen übernommen hat. Die hier in Betracht kommende Summe wird zwar nicht ausgegeben, muß aber — zur Befahrung — als Ausgabe eingestuft werden. Trotz alledem haben es die verbündeten Regierungen für angebracht erachtet, vorerst von weiteren Steuervorlagen abzusehen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei Andauern des gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwunges das Rechnungsjahr 1907 wesentlich günstiger abschließen wird.

Der Redner geht auf die einzelnen Posten der Einnahmen sowie der Ausgaben des Etats für 1907 ein, spricht aber hierbei so leise, daß er auf der Tribüne fast völlig unverständlich bleibt. Die Regelung der Gehälter der Reichsbeamten soll im Jahre 1908 erfolgen, da der Etat jetzt zu sehr belastet ist. Leider hat es sich nicht vermeiden lassen, auch in den Etat für 1907 eine Anleihe aufzunehmen. Wenn ich aber das Ganze übersehe, so muß ich sagen, daß wir zur Sanierung des Reichsdebits seit Jahren manches getan haben und daß wir auch diesmal einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen sind, wenn es auch noch nicht gelungen ist, das gestörte Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen völlig herzustellen. Wir hoffen auf die patriotische Unterstützung des Reichstages.

Abg. Dr. Spahn (C.):

Ich möchte den Etat etwas anders ansehen als der Reichs-Schatzsekretär, indem ich die einzelnen Postionen, die unter dem Titel „Durchlaufende Posten“ fallen, nicht in Betracht ziehe; dadurch treten einzelne Posten stärker hervor. Es verbleibt dann eine Einnahme von 1487 Millionen gegenüber einer Ausgabe von rund 1650, genauer 1540 1/2 Millionen, worin die Verzinsung der Reichsschuld von 3500 Millionen mit 27 000 000 Mark steht. Diese Differenz von 62 1/2 Millionen soll durch Matrifularbeiträge gedeckt werden, wozu noch eine Anleihe von 68 1/2 Millionen Mark kommt. Dadurch würde die Verzinsung der Reichsschuld auf eine jährliche Last von 136 Millionen Mark anwachsen.

lassen wir nun die 48 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversorgung fort — es tut mir leid, daß der Staatssekretär bemängelt, daß ein dahingehender Beschluß beim Zolltarif gefaßt wurde (Lebhaftes Bravo! im Zentrum) — lassen wir ferner weg die 50 Millionen Mark für die Invalidenversicherung, so bleibt nur noch ein geringer Betrag, der für andere Zwecke verwendet wird als für die Zwecke der Nachstellung des Reiches nach außen. Ich betone das ausdrücklich, weil der Reichskanzler darauf hingewiesen hat, daß vom Reichstage die für das Ansehen und die Nachstellung des Reiches notwendigen Mittel nicht bewilligt worden sind. Für diese Zwecke waren 1080 Millionen Mark bewilligt, wozu noch 150 Millionen Mark für die Kolonien kamen. Auch von 176 Millionen Mark neuer Steuern waren 80 Millionen Mark für diese Zwecke bestimmt und 96 Millionen Mark waren für die steigenden Bedürfnisse des Reiches.

Bezüglich der Beamten ist es sehr leicht gesagt, daß wir ihnen jetzt nicht mehr geben können, aber für die unteren und mittleren Beamten ist es sehr schwer, mit ihrem Gehalt auszukommen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Auch für diejenigen Arbeiterkategorien, welche direkt für das Reich tätig sind, muß durch Erhöhung ihrer Löhne gesorgt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Wegen der Höhe der Matrifularbeiträge hegt die Regierung den Wunsch nach einer neuen Steuer, und der Reichs-Schatzsekretär beruft sich darauf, daß in der Budgetkommission des vorigen Reichstages anerkannt sei, daß die damals bewilligten Steuern nicht ausreichen. Das hat aber für den neuen Reichstag keine Geltung. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir sind bei der Prüfung der Bedürfnisfrage vollkommen frei und unabhängig. (Beifall im Zentrum.)

Deroben möchte ich ausdrücklich, daß der Fehlbetrag von 62 1/2 Millionen Mark vornehmlich durch das Anwachsen der ordentlichen Ausgaben, nicht der außerordentlichen, bedingt ist; auch das müssen wir uns bei der Beurteilung des Etats gegenwärtig halten. Wären uns die neuen Einnahmequellen nicht erschlossen, so ständen wir jetzt vor einem Defizit von 216 Millionen Mark. Der Herr Reichs-Schatzsekretär hat — wie der preussische Finanzminister — angenommen, daß der wirtschaftliche Aufschwung noch anhalten wird; auf diesen Standpunkt wird sich der Reichstag auch stellen können. Diese Hochkonjunktur ist die Folge der gestiegenen Kaufkraft des Inlandes, sie ist nicht nur durch den gesteigerten Export herbeigeführt. Das beweist die Rückigkeit unserer in dem neuen Zolltarif besetzten Politik. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum.) Jedenfalls werden wir die Ausgaben mit großer Vorsicht aufzustellen haben. Die Anleihe beträgt nicht nur 265 Millionen, auf die Herr Reichs-Schatzsekretär sagte, sondern, wenn wir den Nachtragsetat und die Eisenbahnvorlage für Südwestafrika hinzunehmen, 310 Millionen.

Mit Freuden haben wir die Versicherung der Thronrede angenommen, daß wir mit einigen Staaten herzliche, mit anderen gute und fortreife Beziehungen pflegen und daß die soziale Gesetzgebung in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms I. fortgeführt werden solle. Wir erwarten, daß die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wieder vorgelegt werden wird! (Widriger still nach rechts und im Zentrum.) Jedenfalls werden wir die Ausgaben mit großer Vorsicht aufzustellen haben. Die Anleihe beträgt nicht nur 265 Millionen, auf die Herr Reichs-Schatzsekretär sagte, sondern, wenn wir den Nachtragsetat und die Eisenbahnvorlage für Südwestafrika hinzunehmen, 310 Millionen.

Redner gibt des weiteren eine Uebersicht über die von seiner Partei eingebrachten Anträge auf sozialpolitischem Gebiete. Auch den Toleranzantrag werden wir wieder einbringen. Er will keine Verbannung der katholischen Kirche, sondern die Freiheit des religiösen Bekenntnisses für jedermann. (Bravo! im Zentrum.) Weiter verlangen wir eine Deklaration der Verfassung nach der Richtung hin, daß Abgeordnete nicht gezwungen werden können, ihr Zeugnis über Dinge abzulegen, die sie als Abgeordnete kennen gelernt haben.

Was die innere Politik

anlangt, so läßt das Wort des Herrn Reichskanzlers von der Paarung des konservativen Geistes mit dem liberalen (Lachen) darauf schließen, daß in der inneren Politik eine Säkularung vorgenommen werden soll. Wenn wir die Thronrede lesen, so finden wir denn auch, daß eigentlich als einzige Vorlage die Verwirklichung eines Antrages in Aussicht gestellt ist, den der verstorbene Kollege Mandel vor langen Jahren schon im Reichstag eingebracht hat in bezug auf die Befreiung der Majestätsbeleidigung. Wir haben nichts dagegen, daß dieser Gesetzentwurf kommt. Wenn Herr Dr. Müller-Reinigen geist haben soll, daß nach Ablauf des Quinquennats der Freisinn für Meer und Flotte stimmen würde, so ist ja auch da gegen nichts zu sagen. (Heiterkeit im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler hat erklärt, die verbündeten Regierungen wollten keinen Kampf gegen die katholische Religion, sondern volle Gleichberechtigung und volle Gewissensfreiheit. Das Wort des Herrn Reichskanzlers in Ehren, aber ist es denn Tatsache, daß die Katholiken volle Gleichberechtigung genießen? Sind etwa in Preußen unsere Ordensschwester den Diakonissen gleichgestellt, und ist nicht in Sachsen die katholische Kirche in ihrer freien Bewegung noch äußerst beschränkt? (Sehr wahr! im Zentrum.) Ganz entschieden muß ich die Behauptung des Reichskanzlers zurückweisen, daß wir die Religion als Mittel für politische Zwecke benutzen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Der Wahlkampf hat gezeigt, daß unsere Macht über unsere Wähler eine sichere ist, allerdings haben wir auch gar keinen Anlaß, im Wahlkampf mit unseren Besorgnissen für Deutschlands Zukunft zurückzuhalten. Der Reichskanzler hat den nationalen Sinn der Nationalliberalen gerühmt. Freilich hat er auch ähnliche Bemerkungen über die konservative Partei gemacht, doch habe ich keinen Anlaß, auf diese einzugehen. (Appl und Heiterkeit.) Aber wie will der Reichskanzler uns einen Vorwurf machen, die wir bei allen großen Gelegen ohne Rücksicht auf Parteinteressen (Nat! nat! links und lautes Gelächter), nur mit Rücksicht auf das Reich und den Wohlstand des Volkes mitgewirkt haben? (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Der Wahlkampf hat sich direkt zum Kampf gegen eine Religionsgesellschaft erweitert. General v. Dieberl erhielt am 15. Januar einen Brief vom General Reim, in welchem es heißt: „Es ist von hier aus alles geschehen, auch von seiten der Reichskanzlei (Hört! hört!), um Ihnen unbenqueme Konkurrenz vom Tische zu schaffen.“ — Auch an den Abgeordneten Eichhoff sind Mitteilungen gelangt, daß nach

Rückfrage mit Wibelmstraße 77

(Hört! hört!) ihm die Unterstützung der Regierung im Wahlkreise Reimscheid-Dennep gesichert sei. (Hört! hört! Zuruf rechts: Woher kommt ihre Kenntnis davon?) Aus der Zeitung. Wäre der Abg. Richter noch an dieser Stelle, so würde er auf Grund dieses dem Abg. Eichhoff mitgeteilten Schreibens verhandelt haben, daß Herr Eichhoff seinen Platz hier einnimmt. (Sehr richtig! im Z. und b. d. Soz.) In einem der Schreiben des Generals von Reim an Herrn Landrichter Stern heißt es: „Vergessen Sie nicht, dem Abg. Wassermann einzuschärfen, daß Kolonialpolitik ohne Flottenpolitik Unflugh ist,“ und weiter heißt es, daß die Nationalliberalen sich bisher recht unpatriotisch benommen hätten und daß Herr v. Tzipitz aus Angst vor dem Zentrum nicht den Mut habe, eine vernünftige Flottenvorlage einzubringen. Der Schluß des Briefes lautet: „Ich traue zwar Herrn Abg. Wassermann nicht ganz.“ (Gr. Heiterkeit, in welcher die folgenden Worte verloren gehen.) Weiter ist dem Flottenverein aus der Reichskanzlei für seine Wahlpropaganda ein Betrag von

30 000 Mark

zur Verfügung gestellt worden. Aus der „Nordb. Allgem. Ztg.“ haben wir erfahren, daß der Reichskanzler in der Lage war, dem Fürsten Salm eine Beihilfe im Wahlkampfe in Aussicht zu stellen, freilich aus nicht amtlichen Geldern. Als seiner Zeit einem hohen Reichsbeamten seitens des Verbandes der Industriellen 12 000 M. zur Verfügung gestellt wurden, hat man sich im Reichstage darüber

sehr aufgeregt, weil man sich sagte, daß das Reichsamt sich dadurch in Abhängigkeit von Privaten begeben. Auch der leitende Staatsmann, der Reichskanzler, hat diese Auffassung geteilt und erklärt, er habe hieron keine Kenntnis gehabt und könne die Annahme des Geldes nicht billigen. Der Reichstag hat jetzt das höchste Interesse daran, daß der Reichskanzler Aufklärung darüber gibt,

woher diese 30 000 Mark

im Wahlkampfe stammen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In den Briefen des Generals Reim wird auch mitgeteilt, daß der Hauptmann Salzer vom Generalstab der Schutztruppe sagte, er habe sich nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos dem Flottenverein zur Verfügung gestellt. (Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bismarck hat ja auch einmal nach Frankfurt a. M. depechiert, um die Wahl des Sozialdemokraten Sabor gegenüber Sonnemann zu fördern. Aber das Vorgehen des Fürsten Bülow übersteigt doch alles! Es erinnert an die Fraifen Kapoleons III. (Lachen b. d. National.) zur Beeinflussung des gleichen Wahlrechts. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Fürsten Bülow ist der Reichstag aufgelöst worden, weil die Arroganz des Zentrums, das seine Machtstellung mißbrauchte, das nationale Empfinden empört habe. Der Herr Reichskanzler hätte doch daran denken sollen, daß er seine bedeutendsten Erfolge gerade der Zentrumspartei verdankt. (Leb. Beifall im Zentrum, andauernde Unruhe rechts.) Als der Reichskanzler so über das Zentrum urteilte, wußte er bereits, daß der Aufstand in Südwestafrika so gut wie beendet war. Wir hatten für Südwestafrika rund 400 Millionen bereits bewilligt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Leider!) Auch im Dezember haben wir keine Truppen für Südwestafrika versagt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Als wir noch mitten im Kriege standen, hat der Reichstag ein halbes Jahr vor der Auflösung mit Zustimmung des Reichskanzlers eine Forderung von 92 Millionen Mark für die Bekämpfung des Aufstandes auf 50 Millionen herabgesetzt. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich denke, er nimmt, nachdem er uns so vor dem Auslande herabgesetzt hat, nun Gelegenheit, unsere Ehre öffentlich herzustellen und er erkennt an, daß wir alles, was für den Zustand notwendig war, bewilligt haben. Auch der Vorwurf trifft uns nicht, daß wir durch nicht rechtzeitige Bewilligung des Bahnbauens den Krieg in Südwestafrika verteuert hätten. Aber sein Kolonialdirektor hat im vorigen Frühjahr selber erklärt, daß die Verzögerung der Bewilligung des Bahnbauens vom Mai bis November nennenswerte Nachteile nicht gebracht hätte. (Hört! hört! im Zentrum.) In der Frage der Entschädigung der Farmer hatten wir uns noch nicht definitiv entschieden. Wir wollten sie bis zur Beendigung des Krieges offer lassen. Bestimmend war dabei auch die Erwägung, daß sich unter den Farmern einige befinden sollten, die

durch den Krieg Millionäre geworden

waren. (Hört! hört! im Zentrum.) Der neue Reichstag hat uns, der stärksten Partei des Hauses, den Anspruch auf das Präsidium versagt. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß der Präsident aus der stärksten Fraktion des Hauses zu entnehmen ist. Auch bei der Wahl des Präsidenten von Lebedow hat Bismarck ihm persönlich gesagt, er solle sich betrachten als ein vom Zentrum mit aufgestellter Präsident. Wir haben also Herrn v. Lebedow gewissermaßen als unseren Präsidenten aufgestellt. (Lachen rechts.) Der Präsident soll unabhängig sein von Parteigebilden. Seine Unabhängigkeit und seine Stellung wird aber herabgedrückt, wenn eine künstlich zusammengesezte Mehrheit ihn wählt. (Große Unruhe rechts.) Wir werden diese Tatsache ruhig hinnehmen. Können wir doch feststellen: Der ruhende Punkt in der Entscheidungslage ist der Zentrumsturm. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.) Uns hat der Wahlkampf nicht geschwächt. In gleicher Stärke sind wir zurückgekehrt. Man wird also auf die Dauer eine Politik über unsere Köpfe hinweg nicht führen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im Rahmen unseres alten Programms werden wir zu den Regierungsvorlagen Stellung nehmen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß die Zukunft des Deutschen Reiches nur gesichert ist auf dem Fundament eines christlichen Staates und eines christlichen Lebens. Wir werden auch künftig mit allen zusammenwirken, welche mit uns gemeinsam im Geiste einer christlichen Weltanschauung an der Zukunft unseres Volkes arbeiten. (Starker andauernder Beifall im Zentrum, Bischen rechts, bei den Natl. und Freisinnigen.)

Abg. Wassermann (natl.):

Man wird als das Resultat der letzten Wahl ohne weiteres feststellen können, daß das Ziel der Auflösung erreicht ist: die Mehrheit des 13. Dezember hat sich in eine Minderheit verwandelt. Der Wahlkampf hat entschieden gegen die Sozialdemokratie; sie hat drei tündend Mandate eingebüßt. Ich gebe zu, daß auch dieses Ergebnis überraschend gekommen ist. Gegenüber der a n d e r e n der Majoritätsparteien vom 13. Dezember war für die nationalen Parteien von vornherein nur in sechs 6 Wahlkreisen Aussicht, zu siegen. Das Zentrum hat im Wahlkampf gut abgeschnitten; einen Teil seiner Erfolge verdankt es allerdings dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. Gelächter beim Zentrum.) Nach dem Wahlergebnis steht nunmehr fest, daß für nationale Fragen heute eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen verschiedener Schattierung besteht, so daß in diesen Fragen die Regierung nicht mehr auf die Abstimmungen des Zentrums angewiesen ist. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir werden also in Zukunft nichts mehr hören von der Redenregierung, von der Aufrichtung eines laudimischen Joahs, Hintertreppchenpolitik usw. (Bravo! bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Die Zentrumsfraktion selbst kann ja nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was der einzelne Abgeordnete getan hat, und nicht nur in konservativen und liberalen Zeitungen, sondern auch im „Vorwärts“ ist der Fall Koeren in einer ganzen Reihe von Artikeln sehr eingehend und in einer für Herrn Koeren nicht sehr günstigen Weise behandelt worden. Der Neugestaltung der Dinge im Reichstage mußte auch durch die Wahl eines neuen Präsidenten Rechnung getragen werden, der nicht mehr der Fraktion angehörte, die bisher das Präsidium inne hatte.

Die eingehende Behandlung der Kolonialfragen will ich einem späteren Redner meiner Fraktion vorbehalten. Wir bleiben dabei bestehen, daß die Veranlassung der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember nur in der Nichtbewilligung genügender Mittel lag. Wenn die Regierung sich in einem früheren Falle mit einer solchen Streichung einverstanden erklärt hat, so können sich die Herren vom Zentrum doch jetzt nicht darauf berufen. Die schwere Krise in unseren Kolonien ist jetzt überwunden, und wir werden demnächst auch mit der Rückberufung weiterer Truppen zu rechnen haben. Die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes, die Bewilligung des Bahnbauens Reetmanshop-Kubus und des Nachtragsetats für Südwestafrika halten wir für dringend notwendig.

Das bühnen Agitation des Flottenvereins

(Stürmisches Gelächter.) . . . Angesichts der mächtigen Agitation, die das Zentrum in der katholischen Weltlichkeit hat, sind die Flottenvereinsagitatoren die reinsten Waisenkinder. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Erneutes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aus den Bemerkungen, die General Reim auch über meine Person machte, ging für uns nur das eine hervor, daß wir unabhängig von der Kritik des Flottenvereins die Vorlagen der verbündeten Regierungen geprüft haben.

Der Flottenverein ist ein ganz vortrefflicher Verein.

(Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Eine ganze Reihe von Zentrumsberrern waren Mitglieder des Vereins. Der Flottenverein hat sich um die Aufklärung unseres Volkes im Wahlkampfe sehr verdient gemacht; ob im einzelnen der General

Rein das Volkensprogramm überschritten hat, darüber wird es in den Generalversammlungen der Abteilungen des Flottenvereins nicht an Kritik fehlen. Das Schlimmste an der Sache ist, daß alle diese Briefe, die im „Bayerischen Kurier“ erschienen sind, zweifellos gefälscht worden sind; die als Täter in Frage kommenden beiden Personen befinden sich zurzeit in Sicherheit im Auslande. Wenn von der Presse solche Briefe, die durch rein kriminelle Handlungen in ihren Besitz gekommen sind, veröffentlicht werden, so halte ich das für meine Person für eine Gemeinheit. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Widerspruch im Zentrum.) Wenn ein nationalliberales Blatt die Korrespondenz des Herrn Müller-Fulda veröffentlichen würde, so würden Sie (zum Zentrum) das auch als eine Gemeinheit betrachten. Dem Kolonialdirektor sind wir für die Aufklärungen, die er persönlich im Wahlkampf gegeben hat, großen Dank schuldig. Gerade die Herren auf der Linken müssen das doch auch anerkennen, wenn die letzten Stadtmänner im Wahlkampf ihr Programm entwickelten. Die Wahlfahndblätter des Flottenvereins und des Generals Rein werden wir zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht gebrauchen, wir werden dazu die Kritik der Herren Calver und Bernheim in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ benutzen, welche durchaus das ausführt, was wir hier oft angeführt. Calver und Bernheim waren offizielle Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Calver führt aus, daß sein Land eine so starke Bevölkerungsvermehrung habe wie Deutschland; da könne die Sozialdemokratie doch nicht verlangen, daß die deutschen Kapitalisten zu Hause bleiben. (Webel ruft: „Sie sollen es auch zahlen! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bernheim sagt mit Bezug auf die Kolonialpolitik: das Deutsche Reich müsse für einen solchen Kulturzweck jährlich einige Millionen übrig haben. Das ist ganz unser Standpunkt.

Bezüglich des Tolozanzantrages bemerke ich Herrn Spahn, daß auch wir wünschen, daß der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche einmische. Auch die Katholiken sollen nach eigener Überzeugung leben und sterben. Das erreichen Sie, wenn Sie auf den Tolozanzantrag verzichten, mindestens auf den zweiten Teil, der in die Hoheitsrechte des Staates eingreift. (Widerstand im Zentrum.)

Herr Spahn hat auch von Mangel an nationaler Gesinnung und Anfechtung der Sozialdemokratie vorgeworfen. Wir haben das nirgends getan. (Ruf: Weibels: In Baden wurde verurteilt, Verhandlungen anzufangen!) Nein, die bairische Parteileitung hat mir gegenüber das bestritten. Aber das Zentrum hat systematisch die sozialdemokratischen Kandidaten gegen die unserigen unterstützt. In der Wahl hatten wir sogar einen katholischen Kandidaten aufgestellt. (Abg. Ehrhart (Soz.) ruft: Es war ja ein Zentrumsmann!) Nein, Herr Ehrhart war ein Zentrumsmann und das Zentrum hat für ihn nicht gestimmt.

Der Wahlfall hat den Einfluß der Sozialdemokratie zurückgebracht. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die Sozialpolitik und die Mittelstandspolitik wieder stärker hervortreten zu lassen. Es ist ein Verdienst des Fürsten Bülow, seine Polizeigesetze, Umstrukturierung und dergleichen eingebracht zu haben. Als Resultat dieser Politik haben wir jetzt die Bureaupolitik der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Diese Entwicklung soll man nicht durch Polizeigesetze unterbrechen, sondern fördern durch Gesetze, die getragen sind von der weit ausschauenden Politik des Grafen Potzdorff; doch dürfen sie nicht verankert sein mit den engherzigen Anschauungen im preussischen Ministerium, wodurch ein Wechselbalg wie der Gegenwurf über die Berufsvereine entstand. Wir haben das Gesetz über Arbeitskammern wieder eingebracht. Doch darf die Gesetzgebung nicht einseitig den Industriearbeiter fördern, sondern muß auch den Mittelstand schützen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich wende mich zu den Reformen auf politischem Gebiete. Man behauptet, wir wollten das Wahlrecht antasten. Dem gegenüber verweisen wir auf das Programm der nationalliberalen Partei, welches das Reichstagswahlrecht enthält. Wer sich diesem Programm entgegen stellt, stellt sich außerhalb des Rahmens der Partei. Kolonialpolitik ist aber ein härteres Schicksal des Wahlrechts. Auch ist ein freischliches Vereins- und Versammlungsgesetz notwendig.

Nebsther kommt sodann auf die Notwendigkeit einer Reform des Strafrechts zu sprechen und stellt es dem Staatssekretär des Reichsjustizamts anheim. Im Laufe dieser Beratungen über den Stand der über diesen Gegenstand geführten Vorbereitungen Ausschluß zu erziehen; eventuell stellt er die Wiederbringung seiner Intervention über diesen Gegenstand in Aussicht. — Die ungenügende Kritik, die ein Teil der ausländischen Presse über einzelne Ausführungen der Exzerpts gebracht hat, ist mit folgenden Tatsachen zu erklären: Die Erwartungen der Presse, daß die letzten Wahlen einen großen Sieg der Sozialdemokratie bringen würden, sind im Auslande mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Auch wenn sozialdemokratische Blätter das Ausland darauf hinweisen, daß wir z. B. die Truppen in Südwestafrika nur deshalb zurückziehen, um sie eventuell gegen die Engländer zu verwenden, so muß das doch, wenn man auch sagen muß, daß die Truppen dazu kaum genügen würden, im Auslande Mißtrauen gegen Deutschland erwecken.

Das Gesamtresultat der Wahlen ist dahin zusammenzufassen, daß die kolonialen Interessen durch diese Wahlen in einer Art und Weise gefördert wurden, wie das bisher nicht im entferntesten möglich gewesen ist. Der Kolonialdirektor wird den Boden für eine intensive Kolonialpolitik nach der Richtung bereitet haben, daß Handel und Industrie für die Ausfüllung der Kolonien in ganz anderer Weise herangezogen werden. Das zweite, was bei diesen Wahlen zu beachten ist, ist der Umstand, daß diesmal der nationalgehaltene Arbeiter zum ersten Male mit großer Energie in der politischen Arena erschienen ist und keine Partei wird sich diesen Elementen entgegen stellen, jede wird genötigt sein, dem vor einigen Jahren vom Kaiser ausgesprochenen Wunsch, daß Arbeiter ins Parlament entsandt werden, Rechnung zu tragen, auch die nationalliberale Partei (Ruf: bei den Sozialdemokraten: Wo? wo?) Daß es uns möglich war, im letzten Wahlkampf so gute Resultate zu erzielen, ist auf das Erwachen des Bürgeriums zurückzuführen. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von mehr als 200 000 Stimmen erfahren haben, muß uns zeigen, daß das Bürgerium in seinem Patriotismus nicht schlafen darf. Nebenfalls ist der Stande an das unaufrichtige Verhalten der Sozialdemokratie dahin. (Widerstand bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichsanwalt Fürst Bülow: Meine Stellung zur Zentrumspartei ist von verschiedenen Seiten zur Sprache gebracht worden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich lange und eifrig bestrebt gewesen bin, die Zentrumspartei für die großen Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Ich hatte keine andere Möglichkeit, fruchtbarere innere Politik zu machen. Freilich, mit der Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokratie konnte ich keine Politik machen. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Ich bin beehrt gewesen, mit dieser Mehrheit die inneren Aufgaben des Reiches zu lösen. Auf die Weise habe ich den Ausbau der Flotte, den Posttarif, die Handelsverträge, die Judenkonvention, die Reichsfinanzreform ermöglicht. Aber ein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich gebe mit jeder Partei, welche die Linken achtet, ohne welche das deutsche Volk nicht leben und atmen kann. In diesem Punkte aber hört bei mir die Gemäßigtheit auf. Die Macht einer Partei wird zu einer Gefahr und einer Plage, wenn sie mißbraucht wird. Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit dem Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die die Vorbereitung dauernden Einflusses ist. (Sehr richtig! rechts, bei den Nationalliberalen und bei den Freisinnigen.) Ich habe die Fehler in der Kolonialverwaltung nicht verurteilt; ich habe alle wirklich vorhandenen Mißstände untersucht und unmissverständlich geahndet. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Ich habe im Dezember die Aufstellung, daß mein Appell an den Reichstag um Mitwirkung an diesem Werke einer verständnisvollen Auffassung begegnete. Der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Abgeordneten

Moeren kam mit um so überraschender, als auf meine Veranlassung und in meinem Beisein der Kolonialdirektor zwei hervorragenden Zentrumsführern den ganzen Sachverhalt dargelegt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich war nach dieser Aussprache überzeugt, daß das Zentrum die Fortführung einer gesunden Kolonialpolitik nicht hindern würde. Da kamen denn die unbegründeten und maßlosen Angriffe des Herrn Moeren auf den Kolonialdirektor. Ich erschien sofort hier im Hause und erklärte mich für solidarisch mit dem Kolonialdirektor. Für diese selbstverständliche und pflichtgemäße Haltung wollte mich das Zentrum durch Ablehnung einer wichtigen Forderung strafen.

Herr Spahn brachte hier mein Wort von der Paarung des Liberalen und konservativen Geistes zur Sprache. Dieser Paarung verdanken wir die fruchtbarsten Epochen unserer Gesetzgebung. Aber eine Paarung habe ich nicht für möglich gehalten, das ist die Paarung Moeren-Singer. (Sehr richtig! rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.) Dringender, als ich am 12. Dezember warnte, kann man doch nicht warnen. Hätte das Zentrum eine Verständigung gewollt, so brauchte es nur für den Antrag Abtäg zu stimmen, der das Budgetrecht des Reichstages wahrte und dem Wünsche nach Sparsamkeit Rechnung trug. (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.) Statt dessen wollte das Zentrum gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung duden. Das hat die Regierung sich nicht gefallen lassen und wird sie sich nicht gefallen lassen. (Beifall! rechts, bei den Nationalliberalen und bei den Freisinnigen.) Herr Spahn sprach von der Verletzung der Ehre der Zentrumspartei. Sollte die Regierung etwa die Erlaubnis des Zentrums zur Reichstagsauflösung einholen? (Große Heiterkeit.)

In den Zeitungen und Wochenschriften war viel vom persönlichen Regime die Rede. Damit schreit man nur politische Kinder, deren Zahl allerdings bedenklich groß ist. (Heiterkeit.) Die Reichstagsauflösung war die durchaus konstitutionelle Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes. (Sehr wahr! rechts.) Eine Verletzung der Reichsverfassung durch das persönliche Regime liegt durchaus außerhalb des Reiches der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Weshalb bedroht ist die Reichsverfassung durch die Partei auf der äußersten Linken, die ihre letzten Ziele nur durch einen Verfassungsbruch erreichen kann, und an die Seite dieser Partei hat sich das Zentrum gestellt! Die Krone blieb streng innerhalb ihrer Befugnisse. Der Reichstag hat das Recht, Vorlagen der verbündeten Regierungen abzulehnen. Die verbündeten Regierungen haben das Recht, den Reichstag aufzulösen. Ich setze streng auf dem Boden der Verfassung; ich habe das Wahlgewinn durch ein besonderes Gesetz geändert, ich habe Dänen eingeführt, ich habe das Budgetrecht des Reichstages nicht verlegt, sondern behütet. Nicht um Despotismus, Cäsarismus, Absolutismus, Feudalismus handelt es sich, sondern darum, daß das Zentrum im Bunde mit der Sozialdemokratie die verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollte.

Der Abg. Spahn hat von der Aufwühlung religiöser Leidenschaften gesprochen. Die Regierung, an deren Spitze ich stehe, sollte über den Vorwurf religionsfeindlicher und namentlich antikatolischer Politik und Gesinnung erhaben sein. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wirklich, wie der Abg. Spahn behauptet, die Klüfte zwischen beiden Konfessionen durch diesen Wahlkampf erweitert worden ist, so wäre das darauf zurückzuführen, daß ohne jeden Anlaß die Worte von der Gefahr eines neuen Kulturkampfes in die Wählermassen hineingeworfen worden ist. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Identifizierung der Zentrumsfraction mit der katholischen Religion kann ich nicht akzeptieren. Der Kampf drehte sich nicht um das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern richtete sich gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, angeht auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abstimmung vom 12. Dezember hatte leider gezeigt, daß auch eine der katholischen Kirche höchst wohlwollende Regierung nicht vor feindlichen Angriffen seitens des Zentrums sicher ist.

Der Abg. Spahn hat sich ausdrücklich über einen Punkt, den der Abg. Wassermann besprochen hat, nämlich über das Verhältnis, das in diesem Wahlkampf zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie abgewandelt hat. Es ist mir nicht eingefallen, Zentrum und Sozialdemokratie, wie mir im Abgeordnetenhaus vorgeworfen wurde, in einen Topf zu werfen. Wohl aber fand ich plötzlich, daß die Zentrumspartei im Topf der Sozialdemokratie steckte. (Große Heiterkeit. Ruf: im Zentrum.) Wer den anderen zu sich hingezogen hat, weiß ich nicht, aber jedenfalls sah ich unvermuthet einer Koalition gegenüber, zu der ich Stellung nehmen mußte. Ich hatte seit langem hingearbeitet auf eine Koalition aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, wie sie noch heute das Ideal aller guten Patrioten

ist. Es ist die Schuld des Zentrums, daß eine solche Einigung nicht zustande kam. Daß sich das Zentrum an die Seite der Sozialdemokratie stellte, war nicht mit ein großer politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die in diesem Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist, (Wachen bei den Sozialdemokraten.) für die Kommune, die den Erbkeim der Dreyfus von Paris und unglückliche Dominikanerpriester säte hat. Für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole abgegeben, (Ruf: bei den Sozialdemokraten: Wachen Sie sich doch nicht lächerlich!) dieser Partei hat das Zentrum 12 Wahlkreise zugesagt. Ich habe mir den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte oder indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie aufs höchste mißbillige. Die bürgerlichen Parteien sollten zurüch Würde und Selbstachtung besitzen, um mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit demselben Haß verfolgt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts und bei den Liberalen.) Ich spreche den Wünschen meinen Dank

aus, daß sie nicht kleinlichen Fraktionsinteressen und gehässigen Kampfen, sondern lebhaft der Wahrheit folgen. (Erneuter lebhafter Beifall rechts und bei den Liberalen, große Unruhe im Zentrum.) Von dem Rechte der Regierung, aufstrebend zu wirken, werde ich bei nächsten Wahlen noch größeren Gebrauch machen.

Die Unterstützung des Flottenvereins zurückzuweisen, sah ich keine Veranlassung.

Was die Briefe angeht, die dem Generalmajor Rein gestohlen worden sind, diese dem Flottenverein in der schimpflichsten Weise gestohlenen Briefe, so erkläre ich, daß es begreiflich ist, wenn auch die Mitglieder des Flottenvereins sich an dem gestohlenen Wahlkampf beteiligen haben, indem es sich um nationale Aufgaben handelte. In wiefern der Flottenverein als solcher in Spionage treten darf und welchen Spielraum er seinen Mitgliedern für ihre politische Tätigkeit einräumen will, das zu beurteilen ist lediglich seine Sache. Ich bin nicht der Flottenverein. (Heiterkeit.) Wenn aber ein hervorragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt, so nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an. Es wäre einfach lächerlich, wenn ein leitender Staatsmann, der die Auflösung eines Parlaments für notwendig gehalten hat, wenn die Entscheidung herannah, in die Rolle einer Vogabe verfallen würde. (Sehr richtig! rechts und bei den Liberalen.)

Unbedachtete Eingriffe in den Wahlkampf billige ich nicht; aber Generalmajor Rein hat in selbstloser und aufopfernder Weise sich in den Dienst einer guten Sache gestellt. (Beifall! rechts, bei den Konservativen und Nationalliberalen.) Ich habe niemals einen Gegner in persönlich gehässiger Weise angegriffen, doch anderswo (zu den Sozialdemokraten gewendet) wird der Kampf anders geführt. Ich habe hier ganze Berge von Schriftstücken, Wahlaufrufe usw., in denen nach dieser Richtung viel geschändet wird. (Ruf: bei den Sozialdemokraten.) Man hat die Progg aufgeworfen, wer bei diesem Wahlkampf der Sieger gewesen ist. Nun, Kugen hat von ihm geholt das deutsche Volk, in welchem die Regierung über eine gewaltige Mehrheit verfügt. Man sagt, diese Mehrheit

geht in ihren Anschauungen auseinander. Nun, das ist der Fall auch innerhalb der Zentrumspartei. (Stürmische Unterbreudungen und Rufe: Rein! nein! im Zentrum.) Sie werden nur durch das eingehende Band der Konfession zusammengehalten. Die neue Mehrheit hat sich in einer nationalen Frage zusammengefunden. Von dieser Basis aus muß sich zeigen, daß sie positive Arbeit leisten kann. Dadurch kann sie sich dauernden Einfluß und das Vertrauen des Volkes sichern. (Bravo!) Ich habe hier einmal gesagt, ich hätte kein Vorurteil. Das heißt nicht, ich könnte heute konservativ, morgen liberal regieren, heute meine gegenwärtige Wirtschaftspolitik, morgen eine liberale Handelspolitik vertreten. Nein, in dem Schutze aller nationalen Arbeit, dem vollen Schutze für die Landwirtschaft (lebhaftes Bravo! rechts) und die Industrie (Heiterkeit b. d. Soz.) werde ich mich nicht beirren lassen, zumal sich diese Politik wirtschaftlich und politisch durchaus bewährt hat. Das schließt aber nicht aus, daß ich auf anderen Gebieten Wünschen der bürgerlichen Linken entgegenkomme, wie sie z. B. Herr Wassermann eben geäußert hat. Ich denke dabei an eine Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes. (Bravo! links), an eine Reform des Strafrechts und der Strafprozessordnung, an eine Ausbesserung der Beamtenbezüge. Durch die hochberzige Initiative des Kaisers wird es zu einer Beschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse kommen. Ich hoffe, daß Rechte und Linke sich dahin verständigen werden, daß unsere Verfe zur Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben in der Konkurrenz mit den ausländischen Völkern besser in den Stand gesetzt wird. (Bravo! links.) Auch eine

gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige Sozialpolitik wird fortgeführt werden. (Bravo!) Hier soll nicht Rückschritt, nicht Stillstand, sondern Fortschritt unsere Losung sein. (Bravo!) Und nicht nur den Arbeitern, sondern auch dem ebenso schwer bedrängten Mittelstande soll sich diese Sozialpolitik

in verständigen Grenzen widmen. (Bravo rechts!)

Aus diesen kurzen Andeutungen geht hervor, daß sehr wohl eine fruchtbare, zielbewusste Politik mit der neuen Mehrheit zu treiben ist. Diese Politik wird um so fruchtbarer sein, je mehr sie getragen ist von dem Vertrauen der Reichsparteien unter einander und zur Regierung. Mag dies Vertrauen sich immer mehr befestigen und wachsen zum Wohle des deutschen Volkes und zum Nutzen der ihm gestellten großen Aufgaben. (Beifall! Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und Freisinnigen, Handclatschen auf den Tribünen.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Montag, den 25. Februar, vormittags 11 Uhr.

Vom Ministerische: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Rosenbuhr, Wittmaal und Dornheim.

Die Kommission beantragt, die Genehmigung zu erteilen.

Abg. Schäfers (natl.) beantragt, die Angelegenheit zur Beratung in die Kommission zurückzuweisen, da die Artikel, welche den Gegenstand der Verhandlung bilden, vor dem vorjährigen Beschluß auf Strafverfolgung geschrieben seien. Es müsse eigentlich doch erst geprüft werden, wie dieser Beschluß gewirkt habe.

Der Bericht wird einstimmig an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Vergesetz.

Die Vorlage will das Recht zur Auffassung und Gewinnung der Steinohle, des Eisensalzes (Kalk, Magnesia) und Vorkalze sowie der Solquellen dem Staate vorbehalten, im übrigen aber die Vergesetz bestehen lassen.

Minister Dr. Delbrück: Das Vergesetz von 1865 hat mit seiner Vergesetz seinen Zweck im wesentlichen erreicht. Die private Tätigkeit hat sich stark betätigt. In den letzten Jahren ist das auf dem Gebiete der Kohlen- und Kaliproduktion aber anders geworden. Im Ruhrrevier, wo der Staat gar nicht beteiligt ist, hat sich ein Monopol gebildet. Dadurch ist nun dauernde Subsidierung des Kohlenverbrauchs entstanden. Diese Konzentrierung ist erfolgt zum Schaden der Verbraucher. Schnell liegt es auf dem Kalkmarkt. Deshalb haben wir die Vergesetz geschaffen, die dem Staate jetzt geben sollte, eine Novelle wie die vorliegende ausgearbeitet. Nun liegt es in der Natur der Sache, daß der staatliche Vergesetz nicht so beweglich ist wie der private. Man mußte sich deshalb sagen, daß, wenn man dem Staate wenigstens die Möglichkeit des Regiebetriebes geben wollte, man auf der anderen Seite die Möglichkeit der Befriedigung des Bedürfnisses durch die Privatindustrie nicht ausschließen dürfte. Somit kommt der Staat nur in die Lage, vorwärts zu treiben oder zurückzuhalten, je nachdem es erforderlich ist. Der Entwurf hat noch manche Bedenken, die wir aber in der Kommission zu zerstreuen hoffen.

Abg. Stadmann (L.): Mit Vergnügen und Freude können wir konstatieren, daß die Produktion unseres Vergesetz sich ständig gesteigert hat. Aber dieses glänzende Bild hat auch eine Rückseite, die Monopolisierung. Deshalb hat die Staatsregierung auch beim Herchnia- und Hiberniaerwerb die bereitwillige Unterstützung des Parlaments gefunden. Als dann der Vergesetzartikel die monopolistischen Geschäfte des Kohlenfundus enthält, habe man es allgemein als notwendig erachtet, die noch vorhandenen Schätze an Kohle, die wohl nur gering seien, und die früheren Schätze an Kalk und anderen Salzen der Vergesetzfreiheit zu entziehen. In Hannover allerdings seien die wohl erworbenen Rechte der Grundbesitzer auf die Wodensätze nicht angetastet worden. Da es nur noch wenige Kohlenfelder gibt, wird die Folge dieses Gesetzes: eine Steigerung des Kohlenpreises sein. Deshalb haben wir einige Bedenken gegen dieses Gesetz. Diese könnten aber dadurch beseitigt werden, daß der Staat und Garantien gibt für die Art und Weise, wie der Fiskus den anvertrauten Besitz benutzen will. Wir beantragen deshalb Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Fervers (Z.): Die Mehrheit meiner Freunde will der Vorlage zustimmen. Eine Minderheit hat Bedenken gegen das Staatsmonopol.

Abg. Hübsch (natl.): Wenn ich nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten hätte, würde ich die einblöckige Annahme der Vorlage empfehlen. Vom politischen Standpunkte aus habe ich aber die größten Bedenken. Auch ich bebaue, daß der eig. des westfälischen Vergesetz nicht in Bestehen gelassen, sondern nach Berlin verlegt ist. Daran ändert das Gesetz aber kein Jota. Es ändert auch kein Jota an der Tatsache, daß der Vergesetz immer größere Kapitalien braucht. Mir scheint das ganze Gesetz gemacht aus Haß gegen die Weltgeltlichkeiten, die bessere Einrichtungen haben als der Fiskus. Wo der Staat Vergesetz betreiben hat, hatte er viel höhere Preise als die privaten Gruben. Wäre der Staat doch die Felder, welche er hat, bebauen, müde er seine Einrichtungen so trefflich, daß er sich und Stimme im Rat der Weisen in Westfalen hat. Woher hat denn August Schiffs sein Geld? Der Staat hat es ihm gegeben, wie haben ihm seine Felder abgekauft. Heute perthroszieren wir das, was wir vor wenigen Jahren selbst getan haben. Ich meine, die Kohle ist schon teuer genug, es wäre nicht nötig, sie noch künstlich zu verteuern. Wer wird den Vorteil haben? Den stärksten Pleß wird man zum Banderbill machen. (Heiterkeit.) Er wird seine Wälder teuer verkaufen. Auf dem Kalkmarkt hat sich in Hannover unter der Einwirkung der Vergesetz ein toller Lammel entwickelt. Ungezählte Millionen sind durch diesen Schwindel verloren. Der Staat hat eine Reihe von Feldern erworben — ob

moralisch ganz richtig, wird noch zu untersuchen sein — möge er diese erst einmal ausüben. Ich hoffe, daß wir dazu kommen, die Bergbaufreiheit hier aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Oberbergbaupräsident v. Belsen: Der Abg. Hilke hat uns vorgeworfen, daß wir gegen die Berggesellschaften nicht loyal gehandelt hätten. Das ist anders gehandelt als die Privatgesellschaften, bestrafe ich. Das wir mitgemacht haben, habe ich nie geleugnet. Mit den Wölfen muß man heulen. (Heiterkeit.) Was der Abg. Hilke in dieser Beziehung vortrug, waren alle Kamellen. Wer hat denn mit der Erschließung der Felder begonnen? Doch der Bergbau! Der hat im Osten mit der Erschließung begonnen. Wenn der Abgeordnete Hilke sagt, der Staat habe stets die höchsten Preise gehabt, so denkt er wohl an die Grube Ibbenbüren. Diese Kohle ist aber besonders wertvoll. Man kann doch nicht verlangen, daß der Staat sie besonders billig veräußert, zumal die meisten Abnehmer in Holland wohnen. Die Bergbaufreiheit ist in Kohle und Kali längst unwiederbringlich dahin, die Lamm man nicht wiederbringen. (Beifall.)

Abg. Krause-Waldenburg (H.): Ein Teil meiner Freunde würde erkrankt gewesen sein, wenn die Bergbaufreiheit aufrecht erhalten wäre. Wir stehen aber den Bestimmungen der Vorlage nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Wir machen unsere endgültige Haltung zu der Vorlage davon abhängig, daß dafür gesorgt wird, daß das distriktsräumliche Ermessen der Regierung nicht zu sehr erweitert wird.

Abg. Dr. Crüger-Hagen (Fp.): Der Gesetzentwurf hat eine große prinzipielle Bedeutung, und man kann seine Tragweite kaum übersehen; er kann zur Schädigung großer Produktionsgebiete führen. Wenn der Regierungskommissar erklärte, was dem Privatbetriebe recht sei, müsse dem Fiskus erlaubt sein, mit den Wölfen müsse man heulen, so muß ich gegen diesen Grundgedanken entschieden Verwahrung einlegen. (Sehr richtig! links.) Es ist dringend notwendig, in der Vorlage Garantien gegen eine zu große Macht des Fiskus zu schaffen. Die Vorlage stellt auf der einen Seite eine Art Politik dar, wie sie von den sogenannten Mittelstandskreisen stets empfohlen wird, auf der anderen Seite ist der Grundgedanke der Vorlage ein entschieden sozialistisch-kommunistischer. Meine politischen Freunde bekämpfen den ersten Teil der Vorlage, der die Bergbaufreiheit beseitigen will, auf das allerentschiedenste. Wir wollen hinsichtlich des Kalk in der Kommission nur noch einmal in eine Prüfung eintreten. Daß die Vorlage, soweit sie sich auf die Kohle bezieht, verfehlt ist, scheint uns dagegen schon jetzt ganz unzweifelhaft. Dagegen werden wir denjenigen Teil der Vorlage, der das Nutungsrecht besser will, vorwiegend annehmen.

Minister Dr. Delbrück: Der Redner behauptete, daß die Vorlage einen sozialistisch-kommunistischen Zug habe. Ich glaube, darin hat er nicht ganz unrecht. Ich meine, die Entwicklung hat doch gezeigt, daß wir in der Vergangenheit im vorigen Jahrhundert viel zu weit gegangen sind! Ich denke deshalb, wir sollen jetzt vorsichtiger sein, damit wir nicht später mit teuerm Gelde wieder kaufen müssen, was wir jetzt für ein Butterbrot fortgeben. Wenn jetzt nur noch wenig da ist, was für den Staat reserviert werden kann, so kann ich dafür nicht. Ich halte es für richtig, wenigstens das zu nehmen, was noch zu haben ist. Den Ausschüssen, die sich bei der gewaltigen Konzentration von Geld und Produktion zeigen, werden wir am besten die Spize bieten, wenn wir uns an der Produktion beteiligen. Uebergangserleichterungen im Interesse der Privatindustrie werden wir in diesem Gesetze nicht gewähren können, da diese durch die Leg Camp bereits auf das Geringste vorbereitet war.

Abg. Weiß-Willa (Fp.): Im Osten hat die Regierung die Monierarbeit der Privatindustrie überlassen. Ich bestrafe, daß die Tätigkeit der Berggesellschaften zu derartigen Mißständen geführt hat, daß man zu deren Beseitigung die Bergbaufreiheit aufheben muß. Unsere endgültige Stellungnahme zu der Vorlage werden wir von der Fassung abhängig machen, die sie in der Kommission erhält. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.
Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr (Vergetzt).
Schluß 9^{1/2} Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer heutigen Fraktions Sitzung die Einbringung einer Interpellation über die Wahlbeeinflussung der Regierung durch den Flottenverein u. dergl. In den von der Fraktion eingebrachten Initiativanträgen kommen noch die über den Seimarbeitererschutz und Bauarbeitererschutz.

Weiter beschloß die Fraktion, Anträge einzubringen auf Abschaffung der Konkurrenzklause für die Angestellten im Handelsgewerbe, Industrie und Gewerbe, auf Erweiterung des Wahlrechtes unter Berücksichtigung des Frauenstimmrechtes, der Proportionalwahl und dreijähriger Legislaturperioden sowie auf Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:
„Hi dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichskanzleramt, das Reichsmarineamt, das Reichspostamt und das Oberkommando der Schutztruppen in die Agitation für die Wahlen zum Reichstag eingegriffen haben, und zwar sowohl durch Erstellung von Zinlen und Rathschlägen, als auch durch Herstellung und Verbreitung von Agitationsmaterial und Zusendung von Agitatoren für die Wahl von Kandidaten der sogenannten nationalen Parteien.“

Hi weiter dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Deutsche Flottenverein, der von den Postbehörden als unpolitischer Verein angesehen und behandelt wird, die Wahlagitation durch Wort und Schrift beeinflusste und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelte?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Handlungen zu tun?

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die ersten deutschen Sozialistkongresse. Urkunden aus der Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie (1865—1875). Herausgegeben von der „Frankfurter Volksstimme“. Verlag: Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Preis 50 Pf.

Der Verlag streift zu den Publikationen:

Von den älteren wichtigeren Protokollen der deutschen Sozialistkongresse sind sehr wenig Exemplare in Händen der Genossen. Sie sind allmählich teure Seitenheften geworden. Deshalb ist es begerlich, daß der Wunsch regte wurde, sie in Neuauflage erscheinen zu lassen.

Die „Frankfurter Volksstimme“ hat in ihrer Beilage „Aus der Doffenlauner des Sozialismus“ drei ältere Protokolle zum Abdruck gebracht. Diese werden namentlich durch einen Sonderabdruck aus weiteren Kreisen von Genossen zugänglich gemacht. Die Sammlung (160 Seiten Großformat, 20 Pf.) umfaßt folgende drei Protokolle:

1. Diejenige der Braunschweiger Tagung der Lassalle'schen Organisation von 1866, also aus der Zeit, wo der organisatorische Diktator Lassalle schon schied, wo seine Uebersetzungen aber noch nachwirkten.

2. Das der Nürnberger Tagung der zum Sozialismus übergehenden demokratischen Arbeitervereine von 1868, das den Abschluß einer Entwidlung von der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus auf der anderen Seite der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet; sowie

3. Das Einigungsprotokoll von Gotha (1875) über die Verschmelzung der Lassalleaner und „Christlichen“ (internationalen Sozialisten) zur heutigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Öffentlich hat die Neuherausgabe der selten gewordenen geschichtlichen Urkunden die gute Folge, daß das Interesse für das Vorhergegangene und Nachfolgende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung doppelt gewahrt und seine prächtige Schilderung in Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dietz) desto fleißiger von unseren Genossen nachgelesen wird.

Die Verlegung des preussischen Parteitag.

Uns wird geschrieben:
Die Magdeburger „Volksstimme“ kann sich auch heute noch nicht zufrieden geben, daß der preussische Parteitag auf Verlangen dieses Jahres verabschiedet ist. Belanntschaft haben die Vertreter der Berliner Organisation übereinstimmend mit dem Parteivorstande diesen Beschluß gefaßt. Folgende Gründe waren dafür maßgebend: Die erste Zeit nach der Reichstagswahl werden die örtlichen Organisationen benutzen wollen, um Mitglieder und Abkommen zu werben; dann finden zu Ostern und Pfingsten stets viele gewerkschaftliche Kongresse statt, Zusammenkünfte der Parteireferenten und der Parteisekretäre werden viele Kräfte absorbieren; schließlich tagen in diesem Jahre der internationale Kongress und der deutsche Parteitag. Unsere Genossen sind also nach unserer Meinung schon genügend in Anspruch genommen.

Ob dieses Beschlusses erteilt nun die „Volksstimme“ den betreffenden Instanzen folgenden großbütlichen Verweis:

Am Dienstag fanden in Berlin eine Anzahl Versammlungen statt, die sich mit dem Ausfall der Reichstagswahl beschäftigten. Die Referenten und Diskussionsredner waren sich alle darin einig, daß die Hauptaufgabe der Zukunft die Stärkung der Organisation sei. Auch im Organ der Berliner Genossen war das schon hundertmal zu lesen. Der Parteitag hat nun vor allem die Aufgabe zu erfüllen, die Organisation in Preußen zu verbessern. Anstatt aber diese Aufgabe so schnell wie möglich zu lösen und dem berühmten Grundtag zu folgen, daß man das Eisen schmieden muß, so lange es warm ist, verschoben die Berliner Genossen die Konferenz um beinahe ein ganzes Jahr. Nur immer langsam voran! Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie betreibt die Organisationsarbeiten nicht so gemächlich.

Bei der starken, leider einseitig entwickelten Fähigkeit der „Volksstimme“, nachher das einzig richtige Rezept zu wissen, waren wir auf eine derartige Kritiklosigkeit von vornherein gefaßt; neu ist daran nur, daß der Ausfall der Reichstagswahl unser oben erwähnten Beschluß irgendwie beeinflusst hätte. Selbstverständlich ist auch dieser Gedanke nicht etwa Originalprodukt der „Volksstimme“, denn schon vorher hat die „Post“ denselben Vorschlag ausgesprochen.

Was das „Eisen schmieden“ anbelangt, so haben die Berliner Genossen diese Einsicht glücklicherweise schon vor den Wahlen gehabt und können deshalb mit dem Ausfall derselben einigermaßen zufrieden sein. Liebe „Volksstimme“! Und die so „langsam“ Berliner halten bereits in nächster Zeit mit den Vertretern der Provinz Brandenburg eine Besprechung ab, um die Organisation und Agitation in Zukunft noch besser und erfolgreicher auszugestalten. Was den Hinweis auf den Reichsverband anbelangt, so wissen wir, daß er die Organisationsarbeit der Berliner Genossen nicht für langsam und gemächlich hält. Es bedurfte der weisheitsvollen Aussprüche der „Volksstimme“ also wirklich nicht.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Lebensliste. In Dessau starb der Genosse Moritz Meißner, ein Harenmacher, der seit Jahrzehnten für die Arbeiterbewegung gelebt und gestrebt, schon Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war und unter dem Sozialistengesetz aufs tapferste mitgekämpft hat, im Alter von 64 Jahren. Bis zum letzten Augenblick hat er der Partei die Treue gehalten.

Warnung! Die Genossen in Spremberg waren vor einem angehenden Genossen aus Pommern, der sich Rudolf Heineke nennt, von Beruf Weber und im Besitze eines russischen Passes und eines deutschen Konfirmationscheines ist, aus letzterem geht sein Name hervor. Er verucht die leitenden Genossen zu brandstiften, indem er angibt, an einem Attentat beteiligt gewesen und verwundet worden zu sein. Zum Beweise zeigt er eine längst verheilte Wunde am Oberarm. Er zeigt ferner eine geschriebene Adresse des Genossen Wehmann, Berlin, vor. Die Genossen in Spremberg haben ihn unterstellt, sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie es mit einem Schwindler zu tun hatten. Der Mann trägt einen dunklen Sommerüberzieher, blauen Kragen und Chemisett, Schlapphut, ein Komplette, er hat bei sich, trägt eine weiße Mütze. Beide sprachen ein tadelloses Deutsch.

Ein Bauunglück am Volkshause zu Halle a. S., bei dem der Bauarbeiter Genosse Wuppe sein Leben einbüßte und mehrere Genossen, die dort als Maurer tätig waren, schwer verletzt wurden, beschäftigt nächstens die Strafkammer zu Halle. Es ist wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung gegen den Maurermeister Eingeklagt, den Techniker Mehnert, den Polier Hase und drei Maurer Angeklagte erhoben worden.

Zum bevorstehenden Kongress der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In der Frage, auf welche Weise die Delegierten zu dem bevorstehenden allgemeinen Kongress der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu wählen seien, schlägt das Zentralkomitee der Partei allen örtlichen Organisationen vor, sich an die folgenden Normen zu halten:

1. Die Wahlen der Delegierten müssen direkt sein und in allgemeinen Wählerversammlungen vorgenommen werden. Nur in dem Falle, wenn die politischen Bedingungen oder die weite Entfernung der einzelnen Bezirke von einander die Veranlassung von gemeinsamen Versammlungen oder eine anderweitige Art der direkten Wahlen nicht zulassen, ist ein zweifacher Wahlmodus statthaft. (Die Zwangsabstimmung nach bestimmten Plattformen ist unzulässig.) 2. Die Parteiorganisationen sind auf dem Kongress in der Weise vertreten, daß auf je 500 organisierte Parteimitglieder, die an der Versammlung zur Wahl der Delegierten, bezw. der Wählerliste teilgenommen haben, je ein Delegierter kommt. Die Reste unter 500 können nicht berücksichtigt werden, und es wird daher den weniger zahlreichen Organisationen anheimgestellt, sich den Benachbarten anzuschließen.

Damit die verschiedenen Strömungen, die innerhalb der Parteiorganisation herrschen, ihre Interessen wahrnehmen können, wird bei dem Vorhandensein von Differenzen bezüglich der grundlegenden tatsächlichen Fragen jeder Gruppe das Recht eingeräumt, sich zu einer besonderen Wählerversammlung zwecks Entsendung eines selbständigen Delegierten zusammenzutun.

Soziales.

Aus dem Betrieb der Ortskrankenkassen-Versicherung.
Ein interessanter Nachricht über einen Schadensersatzanspruch infolge widerrechtlicher Verweigerung von Versicherungsunterstützungen und den daraus resultierenden Nachteilen kam kürzlich vor dem Reichsgericht zur Entscheidung. Der Kläger dieses Rechts-

streites war bis zum 16. November 1902 Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln-Bayenthal. Am 17. November 1902 trat er in einer Maschinenfabrik in Köln-Sülz als Dreher in Arbeit und wurde Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln-Lindenthal. Anfang Dezember 1902 legte er die Arbeit nieder und begab sich am 4. Dezember in die Behandlung des Kassenarztes Dr. S. in Köln-Sülz. Dieser teilte in der Anzeige an die Krankenkasse der letzteren mit, daß ihm der Kranke erklärt habe, er sei bis zum 15. November 1902 an Gelenksrheumatismus erkrankt gewesen, habe aber trotzdem Arbeit genommen. Gleichzeitig fragte Dr. S. an, ob Kläger unter diesen Umständen Ansprüche an die Kasse habe. Daraufhin wurden dem Kläger die Unterstützungsgehälter, die er am 13. Dezember bei der Krankenkasse Köln-Lindenthal abheben wollte, verweigert, da nicht sie, sondern die Kasse Köln-Bayenthal unterstützungspflichtig sei. Auf Antrag des Klägers besuchte sich nunmehr die Aufsichtsbehörde mit der Sache. Sie stellte unter diesem Hin und Her fest, daß Kläger von dem Arzt in Köln-Bayenthal gesund und arbeitsfähig geschrieben worden sei und deshalb berechtigt war, die Arbeit wieder aufzunehmen; infolgedessen wies sie die Kasse Köln-Lindenthal zur Zahlung der Unterstützung an. Am 25. Februar 1903 erklärte sich die Kasse Köln-Lindenthal zur Zahlung der Unterstützung bereit. Am 3. März 1903 — also nach circa 2 1/2 Monaten — wurde dies dem Kläger durch die Aufsichtsbehörde bekanntgegeben und dann die Unterstützung gezahlt. Während der Zeit dieser Verhandlungen erlitt der Kläger einen Herzschlaganfall, der ihn völlig erwerbsunfähig machte. Er erhob nun gegen die Ortskrankenkasse Köln-Lindenthal Ansprüche auf Schadloshaltung, bestehend in einer jährlichen Rente von 1200 Mark. Zur Begründung dieses Anspruchs behauptete er, infolge der Verweigerung der Beklagten, ihm Krankenunterstützung zu gewähren, habe sich sein leidender Zustand mangels jeglicher Mittel, sich in die Behandlung eines Arztes zu begeben und sich die nötigen Nahrungs- und Stärkungsmittel zu verschaffen, betari verschlimmert, daß er den ihn erwerbsunfähig machenden Herzschlaganfall erlitten habe. Die Beklagte bestritt, daß sie ein Verschulden an der Verzögerung der Zahlung treffe, da sie sich nach dem Schreiben des Kassenarztes richten mußte, den Kläger treffe aber deshalb ein eigenes Verschulden, da er sich in der Notlage nicht an die Armenverwaltung um Armenunterstützung gewandt habe.

Durch Urteil des Landgerichts Köln wurde Kläger mit seiner Klage abgewiesen. Auch die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil hatte keinen Erfolg und wurde vom Oberlandesgericht Köln zurückgewiesen. Das Oberlandesgericht führte zur Begründung folgendes aus: „Soweit mit der Klage aus seiner gesetzlichen Verpflichtung der Beklagten zur Leistung von Krankengeld der Schaden als Verzugschaden gefordert wird, ist sie unbegründet, da dem zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnis die wesentliche Anforderung eines privatrechtlichen Schuldverhältnisses, insbesondere eines vertraglichen, nämlich die Willenseinigung und die wechselseitige Abhängigkeit von Leistung und Gegenleistung — Fürsorgeanspruch und Vertragspflicht — fehlen. Der Kläger ist durch die Tatsache des Eintrittes in die Maschinenfabrik von A. als Dreher Mitglied der beklagten Ortskrankenkasse geworden (§ 19 II des Krankenversicherungsgesetzes vom 16. Juni 1883/10. April 1902); er ist also, unabhängig von seinem Willen, zu der Beklagten in ein Rechtsverhältnis getreten, aus welchem für ihn der Anspruch auf Fürsorge gegen die Beklagte entspringt (§ 28 des Krankenversicherungsgesetzes). Dieser dem Kläger aus schließlich durch den Arbeitsantritt erwachsene Anspruch ist nicht beengt durch die Erfüllung der ihm nach § 61 des Krankenversicherungsgesetzes obliegenden Vertragspflicht; es handelt sich vielmehr um ein auf Gesetz beruhendes, dem Kläger einseitig verliehenes Recht auf Unterstützung und Fürsorge. . . . Recht sonach kein privatrechtliches Schuldverhältnis im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches zwischen den Parteien vor, so erscheint der Schadensersatzanspruch des Klägers, soweit er als Verzugschaden im Sinne des § 288 des bürgerlichen Gesetzbuches verlangt wird, unbegründet.“ Was den Klagegrund aus unerlaubter Handlung (§ 823 des bürgerlichen Gesetzbuches) betrifft, indem sich die Beklagte ohne Grund geweigert habe, die dem Kläger gebührende Unterstützung auszusprechen, so kann das Oberlandesgericht in den Ausführungen des Klägers ein Verschulden der Beklagten nicht finden. Es legt dar, daß ihr auf das Schreiben des Dr. S. ernsthafte Bedenken aufstiegen mußten und daß sie nach §§ 42 und 58 des Krankenversicherungsgesetzes gezwungen war, die weitere Unterstützung und Behandlung zu verweigern. Eine Verzögerung der Unterstützung sei nach den Verhältnissen nicht anzunehmen. Infolgedessen müsse auch die Klage aus diesem Gesichtspunkte heraus abgewiesen werden und liege gar kein Anlaß vor, die weitere Bedingung zu unteruchen, nämlich, ob Verzögerung der Unterstützung mit dem Herzschlaganfall des Klägers überhaupt kausal geworden ist.

Gegen dieses Urteil suchte der Kläger vergeblich in der Revisioninstanz anzukämpfen. Der VII. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision. (I. Februar 1907. III. Z. VII. 1/06.)

Der Reichsgericht geht nun neuem, wie notwendig es ist, daß beim Streit zweier Krankenkassen darüber, welche unterstützungspflichtig ist, vorab eine unter Vorbehalt des Nachtrages gegen die andere zu stellen hat. Eine ähnliche Vorschrift hat in dem Unfallversicherungsgesetz bekanntlich auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion Aufnahme gefunden.

Eine vernünftige Ansicht über die Unterstützung in Anlagen gegen Eisenbahnbeamte äußerte der Scheime Baurat Sud, k. Konigl. Eisenbahndirektor a. D., von Köchly in der Strafkammer Halle, als gegen den Lokomotivführer O. F. S. von Sangerhausen verhandelt wurde. Der Lokomotivführer sollte verschuldet haben, daß durch einen Ausstoß eines Juges aus einem Freiloch ein Zugführer und ein Schaffner das Leben einbüßten. Er erklärte sich für nicht schuldig und sagte, daß nach dem englisch Vorkehrungen getroffen wären, wonach ein solcher Ausstoß nicht wieder geschehen könne. Herr Sud erklärte mit dankenswerter Offenheit als Sachverständiger, daß es ein Mangel sei, wenn die Untersuchungen in solchen Fällen von den höheren Betriebsbeamten geführt würden. Sei es doch in diesem Monat vorgekommen, daß sich ein höherer Betriebsbeamter in der Untersuchung einer solchen Angelegenheit für besorgsam erklärt habe. Der Staatsanwalt hatte gegen den Lokomotivführer wegen fahrlässiger Tötung und Verletzung seiner Vertragspflicht 6 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht sprach den Angeklagten aber frei.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der Gips- und Zementwerke (Sektion des Maurerverbandes) hielten am Freitag im Gewerkschaftshause ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Den Vorstands- und Geschäftsbereich für das vergangene Jahr gab der Vorsitzende G. H. H. Was die Einzelheiten anbelangt, so verließ der Redner auf den demnach im Druck erscheinenden Jahresbericht. Gegenwärtig gehören der Sektion rund 2700 Mitglieder an. Durch den Arbeitsnachweis sind 2704 Stellen vermittelt worden. Derselbe verlor und erklärte sodann den Kassierbericht. Demnach belief sich die Jahreserinnahme auf 79 400,05 M. und die Ausgabe auf 62 748,40 M., so daß in der Lokalkasse ein Bestand von 16 723,46 M. verblieb. Mit der Tätigkeit des Vorstandes erklärte sich die Versammlung einverstanden. Beschlossen wurde, dem Kassierer 45 M. und den Hilfskassierern 1/2 Proz. Monatsgehalt zu bewilligen. In gleicher Wahl wurden G. H. H. als erster Vorsitzender und D. F. I. als Kassierer mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Tarif-Beschlagnahme-Kommission gehören an G. H. H., F. H. H. und G. H. H.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bautischler.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 7), Engel-Ufer 15:

Sitzung der gesamten Kommission.

Die Bezirke Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Steglitz, Groß-Lichterfelde und Weißensee werden gebeten, Vertreter zu senden. Die Branchenkommission.

Mittwoch, 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal VIII):

Branchen-Versammlung der Jalousien-Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreiches Erscheinen Der Obmann.

Einsetzer.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Branchenangelegenheiten. Hierzu sind alle Kollegen, welche außerhalb Berlins wohnen, ganz besonders eingeladen.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123:

Vertrauensmänner-Versammlung

aller in

Luxusmöbel-Werkstellen

beschäft. Tischler, Drechsler, Polierer u. Maschinenarbeiter. Jede Werkstatt und Branche muß vertreten sein. Die Branchenkommission.

Stock- und Zelluloid-Arbeiter.

Mittwoch, 27. Februar, abends 6 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

bei Barck, Brandenburger-Ufer 6. Jede Werkstatt muß Delegierte entsenden. Der Obmann.

Perlmutter- und Knopfarbeiter.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 6):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die letzten Reichstagswahlen und die Gewerkschaften. Referent: Kollege Hildebrand. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Verschiedenes. Alle Kollegen sind verpflichtet, zu erscheinen. Der Obmann.

81/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Volkshause, Rosenthalerstr. Nr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Aussperrung.

2. Verhandlungsangelegenheiten.

3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hammer 84, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9670.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11-12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Branchenvertreter und Neuwahl desselben.

2. Wahl der Arbitration-Kommission. 3. Bericht des Arbeitsvermittlers und Neuwahl desselben. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 118/17

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend

bei Schellhase, Steglitz, Wilmstr. 15a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl zweier Parteidelegierten. 3. Wahl zweier Gewerkschaftsbeisitzer. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Soeben erschien

eine billige Volksausgabe des vorzügl. Romans

Der Sumpf von Upton Sinclair.

Roman aus Chicagos Schlachthäusern.

Der Preis beträgt nur 1.80 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,

Lindenstraße 69 (Laden).

Responsible Redakteur: Hans Weber, Berlin. (Hilf des

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im City-Hotel, Dresdenerstr. 52/53:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Lehren der Reichstagswahl. Referent: Reichstagsabgeordneter Eichhorn-Pforzheim. 2. Diskussion. Gäste haben Zutritt. 240/19

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Keller (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 4. Anträge auf Ausschluss aus der Organisation. 5. Verschiedenes. 242/17

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee 28:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Stücklen über: „Rückblicke und Ausblicke“. 2. Diskussion. Gäste - auch Damen - haben Zutritt. 247/14

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

6. Kreis Genossinnen! Genossen! Moabit.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24 und Emdenerstr. 41:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Frauenbewegung und politische Entwicklung. Referent: Genosse Redakteur Wilhelm Döwll. 2. Diskussion. 1/4

Zahlreichen Besuch erwartet Die Vertrauensperson.

Kleber!

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme der Kleber zum Aussperrungsbeschluss der Unternehmer. 2. Diskussion.

Pflicht eines jeden Klebers ist es, zu erscheinen. Die Verbandsleitung. 177/8

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 27. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentl. General-Versammlung

bei Freyer (früher Keller), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Krätzig über: „Die Taktik der Unternehmer bei wirtschaftlichen Kämpfen“. 2. Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten des Zweigvereinsvorstandes. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. Der Zweigvereinsvorstand. N. N.: E. Thöns. 136/19

Bekanntmachung der Ortskrankenkasse der Dachdecker zu Berlin.

Die Genehmigung der IV. Abänderung des Statuts, § 39, tritt mit 22. Januar d. J., dem Tage der Genehmigung in Kraft. Exemplare werden an die Mitglieder verteilt. Der Vorstand. 17436 H. Salzmann, Vorsitzender.

1000er Legehühner, Italiener Rasse, jetzt schon fleißig erlegend, beliebiger Farben, garantiert lebende Kümling, franco pr. Nachnahme: 12 St. mit Hahn 25 M., 6 St. mit Hahn 15 M., Natur, Stroh- und Butter pr. 10 Hühner franco 7 M. Kaplan, Buczacz 168 pr. Ozieditz (Schlesien). 200/9

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. Empfehle viel Arznei u. Prof. grad. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Leihhaus

Berlin, Anhalterstr. 2. Charlottenburg, Friedrich-Raupplatz 12. Große Beleuchtung von Gold-, Silber-, Leinwand- u. Kleidungsstücken etc.

Die Möbel-Fabrik von A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Eichen sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng rechte und gewässerte Bedienung. Anfahrts-Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. 11360

Fleisch!!!

Täglicher Frühverkauf von 7-9 Uhr, Stückenfleisch 20 Pf., R. Schwarten 30 Pf., G. Schweine 45 Pf., Rindfleisch bei fünf Pfund 60 Pf., Sätze 50 Pf., vorzügliche Rind- und Leberwurst bei fünf Pfund Nachnahme pro Pfund 50 Pf. in fest gefügter labelloser Ware. Metzgerstr. 7.

Inventur-Extrapreis! 130 cm breite bunte Mocket-Plüsch

vornehmer haltbarster Möbelstoff Buntpersische Blumenmuster Inventur- 5 85 pr. Meter Extrapreis Wert 7-8 50 Bei Abnahme 575 M. p. Mtr. ganzer Stücke 575 M. p. Mtr. Proben franko.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

MUSIK-WERKE aller Art. Gegen Monatsraten v. 2 Mk. an. Musik-Katalog, No. 556 gratis u. frei. Biala & Freund, Breslau II.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergstr. 15. Preise für nur 1a Marken ab Platz von 10 Str. an: 38792 Prima la Halbsteine (bekannte Marken) pr. Str. 85 Pf. la Diamant (110 bis 120 St.) 90 Pf. la 1/2 u. 1/4 u. 1/8 95 Pf. la Anthrazit Gabb. 2,20 St. Kohl, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Antieuerung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. - Bei Original-Loggen und größeren Abgängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Zahn-Klinik G. Anders

Frankfurter Allee 153. Sprech- 2-8, Sonn- 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos-Zahnziehen.

Dr. Simmel, Prizon

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonn- 10-12, 2-4.

Dr. Schönemann

Spezial-Ärzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn- 10-12 Uhr. Soeben ist erschienen:

Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.

Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit. Von N. N. Pashinow. :: Autorisierte Uebersetzung von :: N. Radzimin. Band 40 der Internationalen Bibliothek Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Ferner empfohlen von: Sechzehn Jahre in Sibirien. :: Erinnerungen eines russischen :: Revolutionärs von Leo Deutsch. Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. Preis broschiert 3 M., gebunden 3,50 M.

Expedition des „Vorwärts“ BERLIN SW. 68 Lindenstr. 69. Laden.

Ein Hungerstreik in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 22. Februar geschrieben: Der Hungerstreik ist nun nach Oesterreich verpflanzt: Seit Donnerstag früh weilen die im Lemberger Gefängnis inhaftierten ruthenischen Studenten die Kost zurück und hungern! Durch den Verzweckungsentschluss soll gegen die Untersuchungsbehörde, die Widerwecklich über sie verhängt ist, in nachdrücklicher Weise protestiert werden — nachdem die gewöhnlichen strafprozessualen Bescheidungen verjagt haben.

Die ruthenischen Studenten werden verfolgt wegen Ausföhrungen, die sie an der Lemberger Universität begangen haben. Im letzten Grunde handelt es sich um eine jener nationalen Zwistigkeiten, an denen das österreicherische Leben so reich und deren Schauplatz nicht zum wenigsten die Universitäten sind. Obwohl in Galizien die Ruthenen (Kleinrussen) fast die Hälfte der Bevölkerung bilden, sind beide Hochschulen des Landes Lemberg und Stalau polnisch. Natürlichlich haben die Ruthenen die Errichtung einer eigenen Universität, aber daneben und vorläufig fordern sie, daß mit ihnen auf der Lemberger Universität in ihrer Sprache gesprochen wird. Gerade diese Forderung steht nun bei den Polen, welche die Universitäten als polnischen Besitz betrachten und deren rein polnischen Charakter mit Nachdruck betonen, auf den schroffsten Widerstand, und so gibt es bei der Immatrikulation, bei welcher das Gelöbniß auch den Ruthenen in polnischer Sprache abgenommen wird, schon seit Jahren immer Streit und Skandal. Dieses Jahr nahm der Konflikt ganz besonders heftige Formen an: Die ruthenischen Studenten, welche die Ablegung des Gelöbnisses in polnischer Sprache verweigert hatten, wurden zu einer nachträglichen Immatrikulation geladen, und sie beschloßen nun, diese mit physischer Gewalt zu vereiteln. Das wäre in anderen Staaten vielleicht ein ungeheuerliches Verbrechen; in Oesterreich aber, wo solche „Obstruktionen“ auf Universitäten, in Landtagen, im Reichsrat schon unzählige Male vorgekommen sind, war es eigentlich nur die Nachahmung bewährter Standale. Die ruthenischen Studenten drangen also am 23. Januar in die Universität ein, trieben die Professoren und Beamten gewaltsam heraus, demolirten die ganze Einrichtung und bewunderten den Universitätssekretär. Es war ein höchster Ertrag — man kann ihn nicht überschätzen, nicht rechtfertigen. Begreifen kann man ihn allerdings als den ungezügeltsten Ausbruch der nationalen Entrüstung, welche das polnische Regiment beim ganzen Ruthenenvolke erzeugt hat.

Die Studenten wurden damals zur Kollise gebracht und nach Feststellung ihrer Personalien entlassen. Nach einer Woche — am 1. Februar — wurde plötzlich über alle Beschuldigten die Untersuchungsbefehle verhängt. Es ist sonst in Oesterreich nicht üblich, nationale Ausföhrungen von Studenten besonders ernst zu nehmen; so wurde seinerzeit die Untersuchung wider die italienischen Studenten, die auf den Straßen Innsbrucks Revolverbeschüsse verübt hatten, einfach niederschlagen. Die Verhaftung der Ruthenen sollte also vornehmlich die Uebermüchtheit und die Unantastbarkeit des Polentums demonstrieren; sie wurden bezügelndemweise erst angeordnet, nachdem die polnischen Universitätsprofessoren den Statthalter, Grafen Potocki, darauf aufmerksam gemacht hatten, daß ihre körperliche Sicherheit von den ruthenischen Studenten bedroht werde — was geradezu eine gefährliche Demonstration war; denn die Ruthenen hatten nicht gegen die polnischen Professoren, sondern gegen das polnische Gelöbniß gemüchelt, und es bestand nicht die geringste Befürchtung, daß sie den Ertrag, der ihnen ja keine besonderen Ehren eingetragen hatte, wiederholen könnten.

Die Verhaftungen wurden in den ersten Morgenstunden und in ungenügender Eile vollzogen: Um 5 Uhr früh ward das ruthenische Akademikerheim von einer ganzen Armee — 60 Polizeisoldaten, 50 Polizeigenossen, 10 ermittelten Polizisten und sechs Polizeikommissionären — umzingelt. Die jungen Leute wurden aus den Betten geholt und in Arrest gebracht. Das Haus selbst wurde einer fünfständigen Untersuchung unterworfen und alles Geschriebene beschlagnahmt. Nicht viel anders ging es im ruthenischen Seminar und in den Privatwohnungen der Studenten sowie in ihrem Vereinslokal zu. Auf die Studenten, die von Lemberg abgewiesen waren, wurden Gebotswörter losgeschickt. Im ganzen lautete der Haftbefehl auf mehr als hundert Beschuldigte. Tatsächlich wurden etwa 80 Studenten in die Arreste eingeliefert. Nach der österreicherischen Strafprozessordnung kann die Untersuchungsbefehle über einen Beschuldigten verhängt werden, wenn er der Flucht verdächtig ist (Fluchtgefahr) oder wenn gegründete Verwahnung vorhanden ist, daß er „auf eine die Ermittlung der Wahrheit hindernde Art“ auf Zeugen oder Mitbeschuldigte einwirken könnte. (Kollusionsgefahr.) Wie steht es nun um diese Gründe? Es ist an sich ganz unwahrscheinlich, daß die von Fanatismus und Ehrsucht erfüllten jungen Leute geflohen wären, zumal da sie mit der Flucht ihre ganze Zukunft auf das Spiel setzen. Und wohin sollten sie, die nur russisch sprechen, denn Sibirien? Rußland ist gerade kein Asyl für politische Flüchtlinge. — Auch mit der Verabredungsgefahr ist es, nachdem die Exzedenten eine Woche nach der Tat auf freiem Fuße geblieben waren, recht windig bestellt, insbesondere weil die Befreiungszeugen — natürlich durchaus Polen — ihrem Einfluß völlig unerschütterbar sind. Deshalb hätte schon die Massenverhaftung das unliebsamste Aufsehen erregt, das sich noch steigerte, als die Untersuchung so geschicklich geführt wurde, daß sich der Gedanke an eine abschließende Verschleppung geradezu auszudrangte.

Nachdem drei Wochen verstrichen waren und das Ende der Untersuchung noch immer nicht abzusehen war, entschlossen sich die ruthenischen Studenten, die sich hier nicht mit Unrecht als die Vorkämpfer der nationalen Rechte ihres Volkes fühlten, zu der aufregendsten Demonstration des Hungerstreiks. Sie sandten an das Gericht eine Eingabe, in der sie forderten, daß die Untersuchung bis zum 20. Februar vollendet werde — man soll ihnen diesen Endtermin früher zugesagt haben —, widrigenfalls sie von dem Tage an jede Nahrung zurückweisen würden. Es kann zugegeben werden, daß sich das Gericht durch diese ungewöhnliche Drohung in eine schwierige Situation verwickelt fand, für welche die Paragraphen des Strafprozesses keine Auskunft geben, aber die bescheidenste Ueberlegung hätte geboten, nun die „Untersuchung“ wenigstens sofort abzuschließen. Besteht doch die ganze „Untersuchung“ einfach darin, die Identität der Verhafteten mit den Verübern der Erzeße festzustellen, was durch die bloße Konfrontation der Beschuldigten mit den Zeugen unschwer zu erreichen gewesen wäre, aber erst am Donnerstag, also nach dem Ausbruch des Hungerstreiks erfolgte. Nun wurden die Untersuchungsbefehle teilweise angeordnet: Erst gab man zu, daß 16 Studenten überhaupt unfähig sind. Dann wollte man die Entlassung von weiteren 41 Studenten konzidieren, und schließlich sah man — am Sonnabend — ein, daß man die Offenlichkeit nur noch mehr erbittern, und nun wurde die Entlassung sämtlicher Studenten mit Ausnahme von fünf „Rückelstürmern“ beschloßen, deren direkte Beteiligung an den Erzeßen angeblich erwiesen ist. Gerade durch das schrittweise Nachgeben aber, wobei jede Verfügung durch die nachfolgende als ungeschieht dargeboten wurde, hat sich die galizische Justiz natürlich erst recht kompromittiert.

Seit Mittwoch erst recht, wo sie die letzte Mahlzeit eingenommen hatten, hungerten die ruthenischen Studenten. Sie lieferten aber einen weiteren Beweis ihrer Solidarität, der ihnen überall Sympathien werben muß: Sie weigerten sich, die Freiheit anzunehmen, bevor nicht alle inhaftet werden! Sie wollten das Gefängnis nur gemeinsam verlassen und ihre Führer nicht im Stich lassen. Von den zuerst Entlassenen konnten drei mit List entfernt werden: Man spiegelte ihnen vor, daß alle anderen schon entlassen seien und vor dem Tote warteten; darauf entfernten sie sich und wurden, als sie zurückkehren wollten, einfach nicht mehr eingelassen! Die übrigen 13 setzte man am Sonnabend gewaltsam in Freiheit: In Gruppen zu vier wurden die entlassenen Studenten aus den Kellen in die Gefängnisverwaltung geschleppt,

wo sie sich anziehen mußten und von wo sie unter Aufsicht von Justizsoldaten und Gefängniswärtern zum Tore des Landesgerichts gebracht wurden; nachdem man sie gewaltsam in Arrest gebracht, mußte man sie nun gewaltsam „der Freiheit wiedergeben“. Ebenso hartnäckig weigerten sich die 64 Studenten, deren Haft durch den letzten Gerichtsbeschluss aufgehoben ist, von der Freiheit Gebrauch zu machen. Sie haben an das Gericht ein gemeinsames Gesuch gerichtet, in welchem sie erstens bitten, daß weitere Verhaftungen unterbleiben, zweitens, daß auch die letzten fünf Studenten, eventuell gegen Erlegung einer besonderen Kaution, auf freien Fuß gesetzt werden, und drittens, daß sich das Oberlandesgericht verpflichtet, die zwei Studenten, die russische Untertanen sind, nach ihrer eventuellen Verurteilung nicht an die russische Grenze zu überweisen. Die ruthenischen Kreise sind bereit, für die zwei Russen eine beliebig hohe Kaution — und wären es selbst hunderttausend Kronen — zu stellen. Hoffentlich wird das Oberlandesgericht, das am Sonntag über die „Eingabe“ beraten soll, auch die Entlassung der letzten fünf bewilligen. Sonst würde ja die Entlassung der übrigen auch zwangsweise vollführt werden. Es ist aber die höchste Zeit, daß dem schrecklichen Schauspiel dieses Hungerstreiks, der nun geradezu an Selbstmord und Mord grenzt, ein Ende gemacht wird.

Die meisten Studenten sind gesundheitlich sehr heruntergekommen: Eingefallene Wangen, auffallende Blässe, Fieber, beschleunigter Puls, schwächere Herzstätigkeit sind die hauptsächlichsten Symptome. Schon heute vormittag sollten acht Studenten, die vom Gefängnisarzt für krank erklärt wurden, ins Spital gebracht werden; sie setzten jedoch der Ueberführung so heftigen Widerstand entgegen, daß man sie in ihren Zellen ließ. Abends sind bei weiteren zwei Studenten schwere Krankheitserscheinungen aufgetreten. Man befürchtet, daß die Schwächeren vielleicht schon morgen vom Hungerthypus ergriffen werden könnten. Bis morgen 6 Uhr früh, dem Zeitpunkt der gewaltsamen „Delogierung“, würden es 85 Stunden sein, daß diese Studenten in des Wortes schrecklichster Bedeutung hungern!

In der Verhaftung der ruthenischen Studenten, die als ein so ernsthaftes Drama enbitt, spiegelt sich das ganze Verhältnis zwischen Polen und Ruthenen im Lande Galizien wider. Schon deshalb kann das Ereignis dem übrigen Oesterreich nicht gleichgültig sein, weil es geeignet ist, die österreicherische Justiz, von der anerkannt werden muß, daß es ihr im allgemeinen an Einseitigkeit und Kompromittiertheit nicht gebricht, vor dem Auslande aufs böseste zu kompromittieren. Der Lemberger Justizprozeß zeigt vor Europa die Polen, deren geschichtliche Rolle die der Bedrückten scheint, als Bedrückter; als gefährliche Chauvinisten, die dem unentwickelten Brudervolk die bescheidensten Rechte versagen. Die tapferen Studenten haben aller Augen auf die Bedrückungen gelenkt, welche gegen das ruthenische Ruvervolk von der polnischen Schlichte verübt werden, und ihre Entschlossenheit wird Kräfte auslösen, die der polnischen Oberherrschschaft sehr gefährlich werden können. Jene Kerkermeister, deren Brutalität den jungen Leuten den verzweifeltsten Entschluß zum Hungerstreik aufdrängte, haben dem Polentum wahrlich keinen guten Dienst geleistet.

Lemberg, 24. Februar. (W. L. B.) Das Oberlandesgericht hat heute beschloßen, die fünf ruthenischen Studenten, deren Freilassung gefordert nicht bewilligt wurde, gegen Sicherheitsstellung ebenfalls freizulassen. Die Bürgschaftssumme von zusammen 30 000 Kronen ist heute nachmittag erledigt worden und danach die Freilassung aller Verhafteten erfolgt. — Nach amtlicher Mitteilung sind bei den Verhafteten keine Erkrankungen vorgekommen; bei einigen wurden leichte Störungen im Puls und Temperatur festgestellt. —

Siebenter Verbandstag der Steinscher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Fünfter Verhandlungstag. Leipzig, 22. Februar.

Das Referat über den Stand der Tariffrage hatte Wagner in Berlin übernommen. Solange die Organisationen noch klein waren, konnte nur selten oder gar nicht von Tarifverträgen die Rede sein. Wurden in der guten Zeit Vorteile von den Arbeitern erreicht, dann gingen diese in einer schlechten Konjunktur sofort verloren. So war die ständige Unsicherheit der normale Zustand im Gewerbe. Mit dem Erstarken der Organisation aber wuchsen die Tarifverträge an. Wohl wurde gegen Tarifverträge einstmalig gesagt, daß sie den Kampfcharakter der Arbeiterorganisationen verwischen und zerlegen, dagegen den Arbeitern nicht die erhofften Vorteile brächten. Das hat sich als durchaus unbegründet erwiesen. Die Zahl der Tarifverträge und der Organisationen, die sie einführten, ist gewachsen, der Kampfcharakter der Gewerkschaften aber ist geblieben. Im Laufe der Zeit hat es sich ferner gezeigt, daß die Unternehmer, sobald es ihnen in den Kram paßt, ihnen unannehme Tarife brechen. Nur eine starke Organisation ist imstande, dies zu verhindern und die Ertragsgehälften der Tarifverträge zu erhalten. Früher spielten die Unternehmer den einen gegen den anderen Arbeiter aus. Durch diese Konkurrenz wurde die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters bis zur höchsten angespannt. Von einer Regelung des Lohnes und der Arbeitszeiten konnte also damals keine Rede sein. Heute aber, oder wenn die Tarife abgeschlossen, sieht nicht mehr der einzelne Arbeiter dem Unternehmer bei der Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeiten gegenüber. Die Organisation regelt den Preis der Arbeitskraft. Auch bei uns ist die Einführung der Tarifverträge anfangs langsam vorwärts gegangen. Im Jahre 1903 hatten wir erst in 29 Bezirken Tarifverträge, im Jahre 1904 schon in 42, dagegen im Jahre 1906 in 153 Orten für 7877 Mitglieder oder 82 Proz. der organisierten Kollegen. Nach der Zahl unserer Berufsgenossen in Deutschland gerechnet, haben wir für 68,2 Proz. Tarifverträge. Auch der Gedanke eines Tarifes durch das ganze Reich beschäftigt uns. Allerdings muß zugegeben werden, daß viele unserer Tarife keineswegs unserem Ideal entsprechen. Ein Tarifvertrag ist wie ein Kauf- oder Handelsgeschäft. Da müssen Leute den Tarif abschließen, die mit den Dingen genau vertraut sind. Hier hat sich unser Genossenschaftssystem besonders bewährt, da sie anders als unsere damit unerfahrenen Kollegen bei den Tarifverträgen mitwirkten. Im allgemeinen, besonders nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre, haben wir keinen Grund, uns für langfristige Verträge zu begeistern. Nur dann sind sie zu empfehlen, wenn man vor einer schlechten Konjunktur steht, um recht lange das Ertrugene auch in der schlechten Zeit zu erhalten. Und muß daran liegen, den Tarifgeboten immer mehr auszubauen, um zu erreichen, daß alle unsere Berufskollegen unter tariflichen Arbeitsbedingungen arbeiten. Bisher ist der Reichstarif an dem Widerstande der Unternehmer, besonders an dem Bunde der Berliner Steinscherzünfte, gescheitert. Nur der Verband der Steinscherzünfte von Rheinland-Westfalen hat uns mitgeteilt, daß er zum Abschluß eines Tarifes auf Grund unserer Tarife einverstanden ist. Das bestimmt uns, an dem Gedanken eines Reichstarifes festzuhalten.

Medner beantragt eine Resolution, die besagt, daß, um den Reichstarif auch gegen den Willen der Unternehmer zu erreichen, einheitliche lokale oder Bezirksräte abzuschließen sind.

Wiese, Düsseldorf: Auch Behörden stehen dem Gedanken der korporativen Arbeitsverträge sympathisch gegenüber. Die bayerische Regierung hat ihre Gewerbe-Aufsichtsbeamten angewiesen, an der Schaffung und Aufrechterhaltung solcher Verträge mitzuwirken. Wehlich sprach sich 1906 Graf Posadowski im Reichstage aus. Auch wir als Verband haben durchaus nichts dagegen, wenn wir unsere Forderungen ohne wirtschaftliche Kämpfe, durch Verträge durch-

setzen können. Leider müssen wir konstatieren, daß das Reichsgericht die rechtliche Sicherstellung der Tarifverträge verneint. Wir halten die Tarife, die Unternehmer nicht. Im Rheinland hätten wir sicher in einigen Orten den Stundenlohn um 10 Pf. erhoben können, denn die Konjunktur war gut. Trotzdem hielten wir die Tarife. In meinem Gau schlichen die Unternehmer mit den Ausländern Sonderverträge ab. Medner hält es für einen Vorteil, wenn die 14tägige Kündigungsfrist aus den Tarifen herauskommt. Werden Tarife auf eine mehrjährige Dauer abgeschlossen, dann muß in ihnen eine stufenweise Lohnzulage festgelegt werden. Die Steinscher haben allen Grund, der Arbeitszeitverkürzung mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Schenk, Berlin führt eine große Zahl Beispiele an, die beweisen, daß die Berliner Unternehmer fortgesetzt Tarifbrüche selbst in der guten Konjunktur begehen; dabei sind selbst Leute, die in den Tarifkommissionen saßen. Ganz energisch haben wir uns gegen die sogenannten Leistungsklauseln zu wenden. Die Lehrlingsfrage beansprucht unsere ganze Aufmerksamkeit. Wie diese Frage von den Behörden beurteilt wird, zeigt folgendes: Wir beschwerten uns bei der Handwerkskammer in Berlin über einen Tempelhofer Meister, der bei 4 Gehülfsen 370 Lehrlinge beschäftigte, da erhielten wir die charakteristische Antwort, daß die handwerksmäßige Ausbildung der 37 Lehrlinge genügt sei und kein Anlaß zum Einschreiten bestehe. Auch hier wieder zeigt es sich, daß wir zur Selbsthilfe greifen müssen.

Pittschke begründet einen Antrag, wonach der Verbandstag sich mit der Aufstellung eines Normalesleistungsstarfes befassen solle. Die Verschiedenheit der Arbeitsleistungen ziehe eine Schmelzkonzurrenz groß und senke die Arbeitslöhne.

Eine Resolution Wagner wird angenommen, die besagt: An dem Gedanken des Reichstarifes wird festgehalten, auch gegen den Widerstand der Unternehmer. Um diesen Tarif auf anderem Wege zu erreichen, ist darauf zu achten, daß die lokale und Bezirks-tarife weiter ausgebaut und einheitlich gestaltet sein müssen.

Ferner wird folgende Resolution der Gaukonferenz Rheinland-Westfalens angenommen:

Resolution betr. der bei Tarifabschlüssen festzulegender Arbeitsleistung:

Die Gaukonferenz der Pflasterer und Berufsgenossen von Rheinland-Westfalen erklärt:

Jeder Arbeiter soll stets dessen eingedenk sein, daß er mit der einzigen Wäre, die er besitzt, nämlich der Arbeitskraft, haushälterisch und vernünftig umzugehen hat! Dieses in unserem Gewerbe um so mehr, als die Ausführung von Pflasterarbeit es mit sich bringt, einmal durch die damit verbundene Körperhaltung, zum anderen durch den Einfluß der wechselnden Temperatur- und Witterungsverhältnisse, daß die Körperkraft und der gesamte Organismus frühzeitig sehr stark angegriffen werden.

Die Konferenz macht es deshalb allen organisierten Kollegen zur Pflicht, gerade bei der Arbeitsleistung der älteren und schwächeren Kollegen gegenüber die vollste Solidarität walten zu lassen und dahin zu wirken, daß die tägliche Arbeitsleistung vor allem auf ein den örtlichen Verhältnissen entsprechendes vernünftiges Maß (Bensum) gebracht wird.

Auch der Antrag Köln: Bei Abschluß von Tarifverträgen ist darauf zu sehen, daß diese Verträge nicht eine allzu lange Dauer besessen werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse fortwährenden Schwankungen unterliegen, fand Annahme.

Ueber den Bericht vom Gewerkschaftskongress und Wahl der Delegierten referiert Wiese, Düsseldorf: Da der Mannheimer Parteitag die Differenzen, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongress entstanden sind, endgültig erledigt hat, wollen auch wir uns damit zufrieden geben. Auch den Beschlüssen des Kölner Kongresses, betreffend die Aufbringung der Streikmittel durch die einzelnen Gewerkschaften, können und werden wir zustimmen. In der Kaiserfrage stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt der Parteitag.

Zu Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress wurden Knoll, Frank und Kellert gewählt.

Ueber die Stellungnahme zum internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart berichtet A. Knoll, Berlin. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Verpflichtung, auf diesem Kongress recht zahlreich vertreten zu sein. Auf unsere Organisation wurde nach den Abmachungen ein Delegierter entsandt. Die Kaiserfrage wird diesem Kongress besonders beschäftigen, damit endlich die Kaiserfriedensdemonstration einheitlich international durchgeführt wird.

Das Arbeitsberechtigungs- und Kontrolltarifsystem wird vom Referenten A. Knoll behandelt: Wir dürfen keine Lagezeit eintreten lassen in der Aufrechterhaltung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Wanderarbeiter unseres Vaterlandes glauben, wenn sie in der Fremde sind, jede Stunde ausnützen zu müssen, um so viel als möglich in unerschöpflichen langen Arbeitszeiten zu verdienen. Damit rennen sie unsere Arbeitsbedingungen nieder. Daher ist es nötig, daß sich jeder zureisende Kollege dem Verbandsvorstand an Arbeitsorte meldet. Aber peinlich sollte man sich nicht machen, was den Kollegen die Ueberpflicht als eine Schikane erscheinen läßt. Nach kurzer Diskussion wird eine entsprechende Resolution Knolls angenommen.

Darauf gibt Knoll den Bericht über die internationale Konferenz der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter, über die wir bereits berichtet haben.

Leipzig, 23. Februar.

Sechster und letzter Verhandlungstag.

Die Statutenberatung ergab folgende Veränderungen: Kunnehr können die Pflastererhauer dem Verband beitreten. Vom 1. März 1907 an werden 42 gegen 40 Wochen bisher Beiträge erhoben. Die Pflasterer können auch für die Wintermonate Beiträge erheben, die den Lokalkassen unerschwerlich zufließen. Die Arbeitslosenmarken werden nach der ersten Arbeitslosenwoche geklebt. Die Höchstzahl dieser Marken darf nur 20 pro Jahr betragen. Mitglieder, welche länger als 20 Wochen erwerbsunfähig sind und den Anspruch auf Zuerkennung der Ehrenmitgliedschaft noch nicht erworben haben, sind für die 20 Wochen überschreitende Dauer der Erwerbsunfähigkeit von jeder Beitragspflicht befreit, haben also auch keine Arbeitslosenmarken zu kleben. In der beitragsfreien Zeit ruhen die sämtlichen Rechte solcher Mitglieder. Nach Wiedererlangung ihrer Arbeitsfähigkeit können dieselben unter Anrechnung der früher erworbenen Rechte dem Verbande ohne weiteres wieder beitreten. Die Ausschlussfrist von 10 Wochen wird durch die beitragsfreien Wochen im Winter nicht unterbrochen. Erreicht wird damit, daß bis zum 15. Dezember jeden Jahres alle Beiträge bezahlt werden müssen.

Die §§ 7 bis 8a werden vereinigt und erhalten folgenden Wortlaut: Unterführungen gewährt der Verband: 1. in gewerblichen solchen Rechtsstreitigkeiten, welche die sozialpolitische Befreiung betreffen; 2. in Fällen, wo ein Mitglied infolge seines Eintretens für die Interessen des Verbandes des Rechtsverlustes bedarf; 3. in besonderen Notfällen; 4. in Fällen von Rechtsgelegenheit; 5. bei Krankheitsfällen der Mitglieder; 6. bei Todesfällen der Mitglieder und deren Ehefrauen; 7. auf der Reise. Wiedereintretende erhalten nicht schon nach 10 Wochen, sondern erst nach einem halben Jahre Karenzzeit die Reiseunterstützung. Der Zentralvorstand besteht nicht mehr aus 12 sondern aus 9 Mitgliedern. Ein dritter Beamter für den Zentralvorstand wird angefügt. Mitglieder des Zentralvorstandes und des Ausschusses dürfen kein anderes Amt bekleiden. Neugewählten wird ein Verbandsbeirat, der aus dem Zentralvorstand, dem Verbandsauswahlsrat und den sonstigen angestellten Beamten gebildet wird und bei wichtigen Angelegenheiten zusammentritt. In Zukunft wählen nicht mehr 50, sondern 75—100 Mitglieder einen Delegierten, damit die zu hohen Kosten für den Verbandstag vermindert werden. Nicht nur die Beamten des

Zentralvorstandes, sondern alle Verbandsbeamten wählt von jetzt an der Verbandstag. Die Streikunterstützungen werden erhöht bis zum Höchstbetrage von 20 M. pro Woche. Von Fall zu Fall kann der Vorstand entscheiden, daß dem unbeschäftigten Mitgliede, sobald es der einzige Ernährer seiner Familie ist, die Streikunterstützung in derselben Höhe wie dem Beschäftigten ausbezahlt wird.

Die Sterbeunterstützung, die bisher 60-100 M. betrug, wird für Mitglieder und ihre Ehefrauen einheitlich auf 100 M. festgesetzt. Krankenunterstützung im Winter wird schon nach zweijähriger Mitgliedschaft (104 Wochen Beitragsleistung) gewährt, und zwar in folgender Höhe:

- Nach 42 Wochen Mitgliedschaft auf 12 Tage;
- nach 126 Wochen Mitgliedschaft auf 24 Tage;
- nach 204 Wochen Mitgliedschaft auf 36 Tage;
- nach 420 Wochen Mitgliedschaft auf 78 Tage.

Ueber die Frage, ob und wo neue Gauleiter angestellt werden sollen, entfiel eine lange Debatte, in der die verschiedenen Delegierten lebhaft für die von ihnen vertretenen Gause eintreten. Der Verbandstag entscheidet dahin: Die Gause, die bisher besoldete Gauleiter hatten, behalten sie. Für den Osten Deutschlands und die Provinz Brandenburg wird je ein Gauleiter neu angestellt. Der Antrag, einen Gauleiter für Sachsen und Schlesien anzustellen, wird dahin erledigt, daß der Zentralvorstand die Anstellung vorzunehmen hat, wenn sich nach einem Jahre herausgestellt haben wird, daß die finanzielle Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Der Verbandstag bewilligt den Verbandsbeamten einen Erholungsurlaub von 14 Tagen pro Jahr. Der Sitz des Zentralvorstandes bleibt in Berlin, der des Ausschusses wird von Hamburg nach Leipzig verlegt.

Wiese-Düsseldorf teilt mit, daß in einzelnen Städten Rheinland-Westfalens Strafgefängnisse im Straßenbau beschäftigt worden wären. Bei der Fortführung der Strafanstaltsarbeit habe er sich unter anderem dagegen beschwert, aber keine Antwort bekommen.

Der nächste Verbandstag wird in Köln stattfinden. Anoll-Berlin wird als Zentralvorsitzender und Redakteur gewählt und gebeten, sobald als möglich seinen Posten bei der Generalkommission aufzugeben, was Anoll verweigert. Wagner-Berlin wird als 2. Vorsitzender und Franke-Leipzig als provisorische Hilfskraft und künftigen Gauleiter für Sachsen und Schlesien gewählt. Ferner werden als Gauleiter angestellt: Wiese für Rheinland-Westfalen, Pittschke für Süd- und Mitteldeutschland, Göhre für die Thüringisch-sächsischen Staaten, Schenke für Brandenburg, Schütt für Nordwestdeutschland und Schwandke für Ost- und Westpreußen.

Damit ist die reichhaltige Tagesordnung erschöpft. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Die armen Grundbesitzer.

Die Unternehmerorgane sind nie müde geworden, zu behaupten, die fortgesetzt steigenden Löhne drängten zu den vorgenommenen Preisaufschlägen. Ja auch die für das laufende Jahr beschlossenen Preiserhöhungen sollen durch die vorjährige Lohnentwidelung gerechtfertigt sein. Wir haben demgegenüber schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die erhöhten Einkommen der Bergarbeiter vorwiegend auf gestiegene Leistungen zurückzuführen sind. Die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmen weisen die Behauptungen von den enorm gestiegenen Selbstkosten ins Reich der Fabel. Der Essener Bergwerksverein z. B. erzielte im vorigen Jahre einen Reingewinn von 2 129 285 M. gegen 1 315 894 M. im Vorjahre. Dabei sind die Abschreibungen von 538 825 M. auf 1 010 229 M. in die Höhe gegangen. Aus dem Reingewinn wird auf Stammaktien eine Dividende von 20 Proz., auf Vorzugsaktien 25 Proz. ausgeschüttet. Die vorjährige Dividende betrug 12 resp. 17 Proz. Dieses glänzende Resultat wurde erzielt trotz der vielbejammerten Selbstkostensteigerungen. Diese setzen nämlich so aus: Die Erzeugungskosten pro Tonne Kohlen stiegen nach Aufweis des Geschäftsberichts um 17 1/2 Pf.; dagegen belief sich die im Frühjahr 1906 in Kraft getretene Preiserhöhung auf 25-100 Pf. Die Einnahmen pro Tonne Förderung gingen sogar um 1,60 M. hinaus. Da die armen Grundbesitzer mit solchen Resultaten noch nicht zufrieden sind, wurden für das laufende Jahr wiederum Preisaufschläge beschlossen. Die hohen Löhne sind natürlich auch dafür verantwortlich.

Eisenhüttenwerk Thale. Das Unternehmen erbrachte im vorigen Jahre einen Rohgewinn von 2 450 000 M. gegen 1 748 000 M. im Vorjahre. Der Reingewinn stellt sich auf 745 000 M. gegen 452 000 M. im Jahre 1905. Demgemäß erhöht sich die Dividende von 6 auf 9 Proz.

Rudolfsfelder Huld. Seit acht Tagen wird die Presse geflutet mit Berichten über glänzende Feierlichkeiten aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft. Wir meinen, der „Huld“ hätte den Gedenktag würdiger begangen, wenn er die Riesensummen, die für Festlichkeiten ausgeben worden sind, dazu benützt hätte, die Löhne der Arbeiter aufzubessern.

Weiterer Rückgang der Eisenpreise. Wie die „Niederrheinische Volkszeitung“ meldet, ist wiederum ein Rückgang der Preise für englisches Sicheireisen um 2 Mark auf 74 Mark pro Tonne frei Ruhrorter Hafen eingetreten. Auch Luxemburger Eisen wird im Kampfgebiet schon billiger angeboten.

Aus der Großindustrie. Die „N.-W.-Ztg.“ bemerkt in einem längeren Artikel, die Schwierigkeiten in den Verhandlungen über die Verlängerung der Verbände sei in erster Linie in der Verminderung der Geschäftstätigkeit zu suchen. Ein- und Verkauf beginnen darunter zu leiden und die seit kurzem beobachtete Zurückhaltung auf dem Markt habe in den ungeliebten Verhandlungen ihren Hauptgrund. Seine Betrachtungen setzt das Blatt dahin zusammen: Komme der Stahlwerksverband nicht zustande, dann werde auch kaum einer der anderen Eisenverbände wieder seine Auserkennung feiern.

Lohnsteigerungen im englischen Bergbau.

Bei einem Vergleich der gegenwärtigen Löhne mit dem Stande früherer Jahre ergibt sich im

Distrikt	im Vergleich zum Jahre	eine Lohnsteigerung von Prozent
Northernland	1879	25
Cumberland	1879	32 1/2
Federated Districts	1888	45
South Staffs a. East Worcest.	1888	45
Forest of Dean	1888	35
Somerset	1879	35
Durham	1879	31 1/2

Die außerordentlich große Zahl von Arbeitern, auf die sich die jeweiligen Lohnveränderungen in England gewöhnlich erstrecken, kommt daher, daß die englische Bergarbeiterschaft weit besser organisiert ist als z. B. die deutsche. Der hohe Grad von Solidarität, der in der englischen Bergarbeiterschaft vorhanden ist, äußert sich darin, daß bei weitem überwiegenden Teil der Streiks die Bergarbeiter Organisationsorgane leiten, mit Nichtorganisierten zusammen zu arbeiten und fast immer, wenn diese Forderungen den Anlaß des Streiks bildet, der Erfolg bei den Arbeitern ist. So sind erst im Januar wieder zwei größere Bergarbeiterstreiks dadurch beigelegt worden, daß die Nichtorganisierten des fraglichen Bergwerks dem Gewerksverein beitraten. Weit seltener als Organisationsfragen bildeten Lohnfragen im letzten Jahre den Anlaß zu Streiks; ein größerer Kampf sollte im November be-

kommen werden, weil die Arbeiter von der Aufhebung des Kohlenausfuhrzolls, der den Forderungsbefürwortern erhebliche Gewinne brachte, ebenfalls Nutzen haben wollten und dieser ihnen erst versagt worden war. Schließlich bewilligten die Bergwerksbesitzer aber doch eine Reihe Lohnforderungen und so wurde ein Streik vermieden.

Ein Haß der russischen Regierung. Wie bekannt, hat die russische Regierung nach dem bölligen Fehlschlagen ihrer Anleiheversuche in Frankreich unter Umgehung der Grundgesetze eine innere Anleihe von 70 Millionen Rubel durch Auktion, was vom 6. Februar angeordnet. Indes, diese Anleihe hat auf dem russischen Geldmarkt keinen Abzug gefunden und die ersten 30 Millionen Rubel wurden von den staatlichen Sparkassen gedeckt. Wie jetzt die „Wirschetschaja Bedomostsi“ mitteilen, hat die Verwaltung der staatlichen Sparkassen den Bankrott geduldet, für 40 Millionen Rubel ein Konto der durch den Uras vom 6. Februar 1907 genehmigten 70 Millionen-Anleihe anzuwerben. Da die Verwaltung der staatlichen Sparkassen sich in den Händen derselben Regierung befindet, so ist es klar, daß dieser „Bankrott“ nichts anderes ist als eine dreiste Täuschung der öffentlichen Meinung. Die Regierung kann weder auf dem ausländischen, noch dem inneren Geldmarkt ihre Werte unterbringen und in ihrer Bedrängnis steht sie nicht an, die Volkserparnisse, die in den Sparkassen liegen, anzugreifen. Die innere Anleihe vom 6. Februar 1907 hat bereits ein starkes Fallen der Anleihepreise zur Folge gehabt und das Kunststück mit den Sparkassen wird zu einem bedeutenden Abfluß der Gelder aus denselben führen.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen Berlins!

Der Erklärung der Genossin Vaader betreffend Beteiligung an der sogenannten Ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen schließen sich die Unterzeichneten vollständig an.

Die Vertrauenspersonen Berlins.

Christliche und bürgerliche Sozialpolitik.

Die in Betracht kommenden Veranstaltungen dienen nicht der Förderung energischer Sozialpolitik. Bewußt wird darauf hingewirkt, die bestehende Gesellschaftsordnung als eine göttliche, unabänderliche zu rechtfertigen. Damit auch die als Ausfluß jener wirkenden Ausbeutungs- und Unterdrückungssysteme. Dadurch, daß man die Arbeiterklasse mit den bestehenden Verhältnissen auszuföhnen sucht, wird nicht nur die kapitalistische Herrschaft gestärkt, es wird auch die Stohkraft der reformerischen Bewegung abgeschwächt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, eine Bewegung zu führen, die bei allen Forderungen darauf bedacht ist, Privilegien der herrschenden Gesellschaft nicht zu verletzen. Nicht sozialpolitischer Eifer, sondern Haß gegen die Sozialdemokratie ist in erster Linie die treibende Kraft bei allen solchen Veranstaltungen. Die Rücksicht auf die Klassenprivilegien bestimmt für die bürgerlichen Sozialpolitiker die Grenze des Erreichbaren bei sozialpolitischen Forderungen. Mit dem Hinweis auf das Erreichbare und auf die Gütlichkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung unterstellt man jeden scheinbaren Vorteil, selbst wenn er mehr den Interessen des Kapitals als denen der Arbeiterschaft dient, als großen Gewinn. Die ganze christliche sozialpolitische Argumentation läuft darauf hinaus, die Arbeiterschaft in Segnerschaft zu bringen zu den Bestrebungen, welche aus der kapitalistischen Herrschaft hervorgehen sollen. In welcher Weise sich die in solchem Sinn gehaltene Arbeiterschaft mißhandeln läßt, dafür ist die parlamentarische Geschichte des Zentrums reich an Belegen. Die Spuren sollten schreien. Es sei nur an die Behandlung der Novelle zum Vergesetz erinnert, die aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks dem Schoße der Regierung entsproß. Das Zentrum erklärte feierlich, das, was die Regierungsvorlage enthalte, sei das Mindestmaß, von dem man kein Jota sich rauben lassen werde. Und weiter drohte das Zentrum: Wird der Entwurf verhandelt, werden wir den Entwurf zu einem Reichsberggesetz vortragen. — Das waren christliche Worte! Und die Taten? In den Kommissionen war die Novelle so gründlich umgearbeitet worden, daß sie mit Recht den Namen: Arbeitertrug verdient. Selbst die christlichen Gewerkschaftsorgane mühten belennen: die Novelle bietet den Arbeitern „Steine statt Brot!“. Trotzdem war sie den Konservativen vor der letzten Korrektur noch nicht reaktionär genug. Damit die Trugnovelle nicht abgelehnt werde, schlossen die Zentrumsmitglieder mit den Konservativen ein Kompromiß. Auf dieser Grundlage erhielt die Novelle ihre endgültige Fassung. Das Zentrum hatte seine feierliche Erklärung längst vergessen, es befürchtete, daß eventuell die Frage eines Reichsberggesetzes akut werden könnte. Deshalb schloß man mit den Konservativen das Kompromiß und erklärte nachher unbeduldsvoll: mehr war nicht zu erreichen! Man machte aus der Sünde eine Tugend. Und welche blamablen Zeugnisse haben sich nicht schon die bürgerlichen Frauen ausgestellt. Troy aller ihrer Liebesbetreibungen sind sie verraten, zurückgestoßen, mißhandelt, getreten worden von den bürgerlichen Parteien. Trotzdem winkeln sie hinterher um gnädige Aufnahme sie gründen sogar eine liberale Partei, in der ausgesprochenen Absicht, die Frauenbewegung in den Dienst derjenigen Parteien zu stellen, die sich als ihre schärfsten Gegner bekannt haben. Das materielle oder ideelle Interesse an der bestehenden Gesellschaftsordnung ist so groß, daß man unbedenklich alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten läßt. Die bürgerliche Sozialpolitik macht Halt vor den Klasseninteressen und Privilegien, ja sie stellt sich als deren Hüterin und Beschützerin. Da durch jene Bestrebungen die Energie der Arbeiterschaft gelähmt wird, dem Vorwärtsdrängen Fesseln angelegt werden, können wir ihnen irgend welchen Nutzen nicht zusprechen.

Deutscher Verband für Frauenstimmrecht.

Der Verband versendet eine Mitteilung an die Presse, in der er sagt:

„Angesichts der außerordentlichen Anteilnahme, welche die jüngsten politischen Ereignisse in Frauenkreisen gefunden haben, und der regen Mitarbeit bei den Reichstagswahlen, welche Mitglieder des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in allen Teilen des Reiches geleistet haben, wird der Verband demnächst eine große öffentliche Versammlung veranstalten.“

Daß die bürgerlichen Damen auch noch stolz sind auf die der Reaktion geleisteten Dienste, das sollte man sich nicht erwarten. Daß die Damen aber etwa eingesehen haben sollten, daß von den bürgerlichen Parteien eine energische Förderung des Frauenstimmrechts nicht zu erwarten ist, dagegen spricht die Gründung der liberalen Frauenpartei mit dem sozial-national-liberalen Programm.

Für das Frauenstimmrecht in New York wird gegenwärtig eine eifrige Agitation entfaltet. Dem Staatsparlament liegt ein Antrag vor, der verlangt, daß in der Verfassung des Staates New York das Wort „männlich“ bei der Qualifikation der Wähler gestrichen werden solle. Gelangt ein solcher Antrag bei den Gesetzgebern zur Annahme, dann wird er den Bürgern unterbreitet, die sich mit dieser Abänderung der Staatsverfassung erst einverstanden erklären müssen, ehe das Frauenstimmrecht eingeführt werden kann. Die schwerste Arbeit der Agitation würde also dann beginnen, wenn die Legislatur in Albany, der Staatshauptstadt, sich prinzipiell zugunsten der Frauen erklärt hat. In manchem anderen Staat der Union haben die Frauen schlechte Erfahrungen bei Volksabstimmungen gemacht, wenn sie auch im Parlament einen Sieg errungen hätten. Nur in vier Staaten haben die Frauen die gleichen politischen Rechte mit den Männern, nämlich in Colorado, Utah, Iowa und Wyoming. In Kansas haben die Frauen seit 1887 das volle Gemeindegewalt. In vielen Staaten haben die Frauen bei der Wahl der Schulbehörden das aktive und passive Wahlrecht. In einigen Staaten hat man den Frauen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt, wenn es sich um große Anleihen oder Geldbewilligungen für außergewöhnliche Zwecke handelt. — In neuester Zeit hat die

Bewegung unter den Frauen in England auf die Frauenteilnahme in der Vereinigten Staaten eingewirkt und hier und da neue Energie geweckt. Agitatoren sind von London nach New York gekommen und haben die Frauen aufgemuntert, Forderungen zu erheben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumfchulenweg. Dienstag, den 26. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Nohlau, Nießholstr. 35. Vortrag, Herr Julian Vorhardi: „Moderne Erziehungsfragen“.

Köpenick. Mittwoch, den 27. Februar er., abends 8 Uhr, bei Noll, Vortrag, „Mutter- und Säuglingspflege“. Frau Störmer.

Berein für die Interessen der Hausangestellten. Donnerstag, den 28. Februar, 8 1/2 Uhr, bei M. Mülich, Sieglitzerstr. 35. Vortrag, Herr Störmer: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eintag, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Der neue Reichstag. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in Rußland. Von Paul Dange-Roska. (Fortsetzung). — Blamäßige Ausführung der Ueber- und Wälder. Von Hermann Linde (Königsberg). — Das Grubenwagnis auf Jesse „Reben“. Von Joh. Reimprecht. — Lehren aus dem Sozialkampf. Von Heinrich Bufold. — Thüringens Heimarbeitereid. Von Paul Sauerbruch (Wroßbretzenbach). — Bericht des Internationalen Sozialistischen Bureaus für die Monate Dezember 1906 und Januar 1907. — Bericht der Russischen Sozialdemokratischen Partei an das Internationale Sozialistische Bureau über ihre Tätigkeit von Juli bis September 1906. Von Frjo Strota. — Literarische Rundschau: 2. Boden, Sur quelques erreurs de methode dans l'etude de l'homme primitif. Note critiques. Von H. Kautsky. — 2. Frei, Kettenträger. Roman. Von Franz Diederich. — Der Mensch und die Erde.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Witterungsübersicht vom 25. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	761	SW	2	heiter	-0	Doboranda	755	SW	2	bedeckt	-7
Hamburg	763	SW	4	bedeckt	1	Petersburg	755	SW	2	bedeckt	-5
Berlin	761	SW	1	bedeckt	0	Selby	772	SW	2	bedeckt	6
Konstanz	762	SW	4	bedeckt	2	Berben	765	SW	2	bedeckt	7
München	765	SW	7	bedeckt	-4	Paris	769	SW	2	bedeckt	3
Wien	764	DRO	4	bed. Bd.	-1						

Wetterprognose für Dienstag, den 26. Februar 1907.

„Anfänglich noch zeitweise heiteres, später meist trübes Wetter bei mäßigen westlichen Winden und im allgemeinen wenig veränderter Temperatur; geringe Niederschläge.“

Berliner Wetterbureau.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Montagsmorgen 1/8 Uhr wurde durch einen Schlaganfall seiner Familie und seinem Kollegenkreis plötzlich entrisen unser lieber Kollege, der Schriftgießer

Fritz Siewert

geboren am 5. Februar 1855 zu Gölzow i. Pom.

Ein treues Mitglied des Verbandes seit seinem Auslernen im Jahre 1873, hat er es stets verstanden, die Interessen seiner Kollegen nach innen wie nach außen zu vertreten. Nicht nur als zweiter Vorsitzender des Berliner Ganes, sondern auch als Delegierter auf verschiedenen Generalversammlungen ertrug er das Vertrauen der Berliner Kollegen. Seit verschiedenen Jahren war er Mitglied der Vergütungskommission.

Der Berliner Gau verliert in dem Entschlafenen eines seiner treuesten und arbeitsamsten Mitglieder.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Der Gauvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Goldarbeiter

Otto Carsted

am 21. d. M., nachmittags 8 1/2 Uhr, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Osten.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 23. Febr., verstarb unser treuer Kollege

Franciszek Koltyniak.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Glas-Arbeitszuges in Wilmersberg aus statt.

Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer E. H.

Hilflose Berlin XII.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 20. Februar, unser Mitglied, der Schlosser

Paul Galle

im Alter von 35 Jahren nach schwerem Leiden infolge eines Unfalls verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Rote Nelke I

Schöneberg.

Todes-Anzeige.

Am 22. Februar verstarb unser Mitglied, der Mechaniker

Paul Ebert.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Marienfelde (Schöneberg) aus statt.

Um erge Beteiligung erjucht

Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Reinickendorf-Ost.

Nachruf.

Am 22. Februar starb unser treues Mitglied

Albert Dräger

an Herzerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Der Zweigvereins-Vorstand.

Gesangverein „Sangeslust“

Tempelhof.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied und Bundesdelegierter beim Arbeiter-Sängerbund, der Schriftsetzer

Gustav Weiss

durch Unglücksfall plötzlich verstorben ist.

Ehre dem Entschlafenen!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Marienfelde (Schöneberg) aus statt.

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Drechslerführers

August Schmidt

sagen wir allen seinen braven Kollegen, besonders Herrn Zuhörern Ehren für die große Gabe unserer herzlichsten Dank.

1741b

Witwe Schmidt und Verwandte.

Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00
für Teilzahlung leicht oder nach-
weise. Sämtliche Systeme. Brauer,
Lilienthalstr. 30. 4131*

Veilhaus Bringenstr. 28, 1. Trepp.
Ede Kletterstr. Verlässliche Händler.
Gelegenheitskäufe, Goldschmied
Rat, goldene Uhren, verkauft billig.
16629*

Große Diamanten 4,25, Karantani
doppelt 7,50, prima Blau 23,50,
Aventurin - Ertragspreis. Leopoldstr.
Emil Ledere, Drogenstr. 158. *

Teppichhaus Emil Ledere seit
1882 nur Drogenstr. 158, unter-
hält nirgends Filialen. 22058*

Betten, Stand 20 Mark, Kuchel-
betten mit Federmatratzen 38,00,
Niederbett 28,00, Kuchelbett 25,00,
Säulenbetten, geschliffen 34,00,
Sofalisch 15,00, Teppich 8,00, Ver-
schiedenes. Dresdenstr. 38, vorn
II, links. 1672*

Winterpaletots, Romantikangabe,
wenig getragen, von 5 Mark an,
große Auswahl für jede Figur, auch
neue elegante Garben aus erster
Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Fürtzengell, nur Kolen-
thalerstr. 10. Habe keine Filialen.

Pfandleihe! Hermannplatz 10, 10/11
Eckstr. 10, 10/11, 10/12, 10/13, 10/14,
10/15, 10/16, 10/17, 10/18, 10/19,
10/20, 10/21, 10/22, 10/23, 10/24,
10/25, 10/26, 10/27, 10/28, 10/29,
10/30, 10/31, 10/32, 10/33, 10/34,
10/35, 10/36, 10/37, 10/38, 10/39,
10/40, 10/41, 10/42, 10/43, 10/44,
10/45, 10/46, 10/47, 10/48, 10/49,
10/50, 10/51, 10/52, 10/53, 10/54,
10/55, 10/56, 10/57, 10/58, 10/59,
10/60, 10/61, 10/62, 10/63, 10/64,
10/65, 10/66, 10/67, 10/68, 10/69,
10/70, 10/71, 10/72, 10/73, 10/74,
10/75, 10/76, 10/77, 10/78, 10/79,
10/80, 10/81, 10/82, 10/83, 10/84,
10/85, 10/86, 10/87, 10/88, 10/89,
10/90, 10/91, 10/92, 10/93, 10/94,
10/95, 10/96, 10/97, 10/98, 10/99,
10/100, 10/101, 10/102, 10/103,
10/104, 10/105, 10/106, 10/107,
10/108, 10/109, 10/110, 10/111,
10/112, 10/113, 10/114, 10/115,
10/116, 10/117, 10/118, 10/119,
10/120, 10/121, 10/122, 10/123,
10/124, 10/125, 10/126, 10/127,
10/128, 10/129, 10/130, 10/131,
10/132, 10/133, 10/134, 10/135,
10/136, 10/137, 10/138, 10/139,
10/140, 10/141, 10/142, 10/143,
10/144, 10/145, 10/146, 10/147,
10/148, 10/149, 10/150, 10/151,
10/152, 10/153, 10/154, 10/155,
10/156, 10/157, 10/158, 10/159,
10/160, 10/161, 10/162, 10/163,
10/164, 10/165, 10/166, 10/167,
10/168, 10/169, 10/170, 10/171,
10/172, 10/173, 10/174, 10/175,
10/176, 10/177, 10/178, 10/179,
10/180, 10/181, 10/182, 10/183,
10/184, 10/185, 10/186, 10/187,
10/188, 10/189, 10/190, 10/191,
10/192, 10/193, 10/194, 10/195,
10/196, 10/197, 10/198, 10/199,
10/200, 10/201, 10/202, 10/203,
10/204, 10/205, 10/206, 10/207,
10/208, 10/209, 10/210, 10/211,
10/212, 10/213, 10/214, 10/215,
10/216, 10/217, 10/218, 10/219,
10/220, 10/221, 10/222, 10/223,
10/224, 10/225, 10/226, 10/227,
10/228, 10/229, 10/230, 10/231,
10/232, 10/233, 10/234, 10/235,
10/236, 10/237, 10/238, 10/239,
10/240, 10/241, 10/242, 10/243,
10/244, 10/245, 10/246, 10/247,
10/248, 10/249, 10/250, 10/251,
10/252, 10/253, 10/254, 10/255,
10/256, 10/257, 10/258, 10/259,
10/260, 10/261, 10/262, 10/263,
10/264, 10/265, 10/266, 10/267,
10/268, 10/269, 10/270, 10/271,
10/272, 10/273, 10/274, 10/275,
10/276, 10/277, 10/278, 10/279,
10/280, 10/281, 10/282, 10/283,
10/284, 10/285, 10/286, 10/287,
10/288, 10/289, 10/290, 10/291,
10/292, 10/293, 10/294, 10/295,
10/296, 10/297, 10/298, 10/299,
10/300, 10/301, 10/302, 10/303,
10/304, 10/305, 10/306, 10/307,
10/308, 10/309, 10/310, 10/311,
10/312, 10/313, 10/314, 10/315,
10/316, 10/317, 10/318, 10/319,
10/320, 10/321, 10/322, 10/323,
10/324, 10/325, 10/326, 10/327,
10/328, 10/329, 10/330, 10/331,
10/332, 10/333, 10/334, 10/335,
10/336, 10/337, 10/338, 10/339,
10/340, 10/341, 10/342, 10/343,
10/344, 10/345, 10/346, 10/347,
10/348, 10/349, 10/350, 10/351,
10/352, 10/353, 10/354, 10/355,
10/356, 10/357, 10/358, 10/359,
10/360, 10/361, 10/362, 10/363,
10/364, 10/365, 10/366, 10/367,
10/368, 10/369, 10/370, 10/371,
10/372, 10/373, 10/374, 10/375,
10/376, 10/377, 10/378, 10/379,
10/380, 10/381, 10/382, 10/383,
10/384, 10/385, 10/386, 10/387,
10/388, 10/389, 10/390, 10/391,
10/392, 10/393, 10/394, 10/395,
10/396, 10/397, 10/398, 10/399,
10/400, 10/401, 10/402, 10/403,
10/404, 10/405, 10/406, 10/407,
10/408, 10/409, 10/410, 10/411,
10/412, 10/413, 10/414, 10/415,
10/416, 10/417, 10/418, 10/419,
10/420, 10/421, 10/422, 10/423,
10/424, 10/425, 10/426, 10/427,
10/428, 10/429, 10/430, 10/431,
10/432, 10/433, 10/434, 10/435,
10/436, 10/437, 10/438, 10/439,
10/440, 10/441, 10/442, 10/443,
10/444, 10/445, 10/446, 10/447,
10/448, 10/449, 10/450, 10/451,
10/452, 10/453, 10/454, 10/455,
10/456, 10/457, 10/458, 10/459,
10/460, 10/461, 10/462, 10/463,
10/464, 10/465, 10/466, 10/467,
10/468, 10/469, 10/470, 10/471,
10/472, 10/473, 10/474, 10/475,
10/476, 10/477, 10/478, 10/479,
10/480, 10/481, 10/482, 10/483,
10/484, 10/485, 10/486, 10/487,
10/488, 10/489, 10/490, 10/491,
10/492, 10/493, 10/494, 10/495,
10/496, 10/497, 10/498, 10/499,
10/500, 10/501, 10/502, 10/503,
10/504, 10/505, 10/506, 10/507,
10/508, 10/509, 10/510, 10/511,
10/512, 10/513, 10/514, 10/515,
10/516, 10/517, 10/518, 10/519,
10/520, 10/521, 10/522, 10/523,
10/524, 10/525, 10/526, 10/527,
10/528, 10/529, 10/530, 10/531,
10/532, 10/533, 10/534, 10/535,
10/536, 10/537, 10/538, 10/539,
10/540, 10/541, 10/542, 10/543,
10/544, 10/545, 10/546, 10/547,
10/548, 10/549, 10/550, 10/551,
10/552, 10/553, 10/554, 10/555,
10/556, 10/557, 10/558, 10/559,
10/560, 10/561, 10/562, 10/563,
10/564, 10/565, 10/566, 10/567,
10/568, 10/569, 10/570, 10/571,
10/572, 10/573, 10/574, 10/575,
10/576, 10/577, 10/578, 10/579,
10/580, 10/581, 10/582, 10/583,
10/584, 10/585, 10/586, 10/587,
10/588, 10/589, 10/590, 10/591,
10/592, 10/593, 10/594, 10/595,
10/596, 10/597, 10/598, 10/599,
10/600, 10/601, 10/602, 10/603,
10/604, 10/605, 10/606, 10/607,
10/608, 10/609, 10/610, 10/611,
10/612, 10/613, 10/614, 10/615,
10/616, 10/617, 10/618, 10/619,
10/620, 10/621, 10/622, 10/623,
10/624, 10/625, 10/626, 10/627,
10/628, 10/629, 10/630, 10/631,
10/632, 10/633, 10/634, 10/635,
10/636, 10/637, 10/638, 10/639,
10/640, 10/641, 10/642, 10/643,
10/644, 10/645, 10/646, 10/647,
10/648, 10/649, 10/650, 10/651,
10/652, 10/653, 10/654, 10/655,
10/656, 10/657, 10/658, 10/659,
10/660, 10/661, 10/662, 10/663,
10/664, 10/665, 10/666, 10/667,
10/668, 10/669, 10/670, 10/671,
10/672, 10/673, 10/674, 10/675,
10/676, 10/677, 10/678, 10/679,
10/680, 10/681, 10/682, 10/683,
10/684, 10/685, 10/686, 10/687,
10/688, 10/689, 10/690, 10/691,
10/692, 10/693, 10/694, 10/695,
10/696, 10/697, 10/698, 10/699,
10/700, 10/701, 10/702, 10/703,
10/704, 10/705, 10/706, 10/707,
10/708, 10/709, 10/710, 10/711,
10/712, 10/713, 10/714, 10/715,
10/716, 10/717, 10/718, 10/719,
10/720, 10/721, 10/722, 10/723,
10/724, 10/725, 10/726, 10/727,
10/728, 10/729, 10/730, 10/731,
10/732, 10/733, 10/734, 10/735,
10/736, 10/737, 10/738, 10/739,
10/740, 10/741, 10/742, 10/743,
10/744, 10/745, 10/746, 10/747,
10/748, 10/749, 10/750, 10/751,
10/752, 10/753, 10/754, 10/755,
10/756, 10/757, 10/758, 10/759,
10/760, 10/761, 10/762, 10/763,
10/764, 10/765, 10/766, 10/767,
10/768, 10/769, 10/770, 10/771,
10/772, 10/773, 10/774, 10/775,
10/776, 10/777, 10/778, 10/779,
10/780, 10/781, 10/782, 10/783,
10/784, 10/785, 10/786, 10/787,
10/788, 10/789, 10/790, 10/791,
10/792, 10/793, 10/794, 10/795,
10/796, 10/797, 10/798, 10/799,
10/800, 10/801, 10/802, 10/803,
10/804, 10/805, 10/806, 10/807,
10/808, 10/809, 10/810, 10/811,
10/812, 10/813, 10/814, 10/815,
10/816, 10/817, 10/818, 10/819,
10/820, 10/821, 10/822, 10/823,
10/824, 10/825, 10/826, 10/827,
10/828, 10/829, 10/830, 10/831,
10/832, 10/833, 10/834, 10/835,
10/836, 10/837, 10/838, 10/839,
10/840, 10/841, 10/842, 10/843,
10/844, 10/845, 10/846, 10/847,
10/848, 10/849, 10/850, 10/851,
10/852, 10/853, 10/854, 10/855,
10/856, 10/857, 10/858, 10/859,
10/860, 10/861, 10/862, 10/863,
10/864, 10/865, 10/866, 10/867,
10/868, 10/869, 10/870, 10/871,
10/872, 10/873, 10/874, 10/875,
10/876, 10/877, 10/878, 10/879,
10/880, 10/881, 10/882, 10/883,
10/884, 10/885, 10/886, 10/887,
10/888, 10/889, 10/890, 10/891,
10/892, 10/893, 10/894, 10/895,
10/896, 10/897, 10/898, 10/899,
10/900, 10/901, 10/902, 10/903,
10/904, 10/905, 10/906, 10/907,
10/908, 10/909, 10/910, 10/911,
10/912, 10/913, 10/914, 10/915,
10/916, 10/917, 10/918, 10/919,
10/920, 10/921, 10/922, 10/923,
10/924, 10/925, 10/926, 10/927,
10/928, 10/929, 10/930, 10/931,
10/932, 10/933, 10/934, 10/935,
10/936, 10/937, 10/938, 10/939,
10/940, 10/941, 10/942, 10/943,
10/944, 10/945, 10/946, 10/947,
10/948, 10/949, 10/950, 10/951,
10/952, 10/953, 10/954, 10/955,
10/956, 10/957, 10/958, 10/959,
10/960, 10/961, 10/962, 10/963,
10/964, 10/965, 10/966, 10/967,
10/968, 10/969, 10/970, 10/971,
10/972, 10/973, 10/974, 10/975,
10/976, 10/977, 10/978, 10/979,
10/980, 10/981, 10/982, 10/983,
10/984, 10/985, 10/986, 10/987,
10/988, 10/989, 10/990, 10/991,
10/992, 10/993, 10/994, 10/995,
10/996, 10/997, 10/998, 10/999,
10/1000, 10/1001, 10/1002, 10/1003,
10/1004, 10/1005, 10/1006, 10/1007,
10/1008, 10/1009, 10/1010, 10/1011,
10/1012, 10/1013, 10/1014, 10/1015,
10/1016, 10/1017, 10/1018, 10/1019,
10/1020, 10/1021, 10/1022, 10/1023,
10/1024, 10/1025, 10/1026, 10/1027,
10/1028, 10/1029, 10/1030, 10/1031,
10/1032, 10/1033, 10/1034, 10/1035,
10/1036, 10/1037, 10/1038, 10/1039,
10/1040, 10/1041, 10/1042, 10/1043,
10/1044, 10/1045, 10/1046, 10/1047,
10/1048, 10/1049, 10/1050, 10/1051,
10/1052, 10/1053, 10/1054, 10/1055,
10/1056, 10/1057, 10/1058, 10/1059,
10/1060, 10/1061, 10/1062, 10/1063,
10/1064, 10/1065, 10/1066, 10/1067,
10/1068, 10/1069, 10/1070, 10/1071,
10/1072, 10/1073, 10/1074, 10/1075,
10/1076, 10/1077, 10/1078, 10/1079,
10/1080, 10/1081, 10/1082, 10/1083,
10/1084, 10/1085, 10/1086, 10/1087,
10/1088, 10/1089, 10/1090, 10/1091,
10/1092, 10/1093, 10/1094, 10/1095,
10/1096, 10/1097, 10/1098, 10/1099,
10/1100, 10/1101, 10/1102, 10/1103,
10/1104, 10/1105, 10/1106, 10/1107,
10/1108, 10/1109, 10/1110, 10/1111,
10/1112, 10/1113, 10/1114, 10/1115,
10/1116, 10/1117, 10/1118, 10/1119,
10/1120, 10/1121, 10/1122, 10/1123,
10/1124, 10/1125, 10/1126, 10/1127,
10/1128, 10/1129, 10/1130, 10/1131,
10/1132, 10/1133, 10/1134, 10/1135,
10/1136, 10/1137, 10/1138, 10/1139,
10/1140, 10/1141, 10/1142, 10/1143,
10/1144, 10/1145, 10/1146, 10/1147,
10/1148, 10/1149, 10/1150, 10/1151,
10/1152, 10/1153, 10/1154, 10/1155,
10/1156, 10/1157, 10/1158, 10/1159,
10/1160, 10/1161, 10/1162, 10/1163,
10/1164, 10/1165, 10/1166, 10/1167,
10/1168, 10/1169, 10/1170, 10/1171,
10/1172, 10/1173, 10/1174, 10/1175,
10/1176, 10/1177, 10/1178, 10/1179,
10/1180, 10/1181, 10/1182, 10/1183,
10/1184, 10/1185, 10/1186, 10/1187,
10/1188, 10/1189, 10/1190, 10/1191,
10/1192, 10/1193, 10/1194, 10/1195,
10/1196, 10/1197, 10/1198, 10/1199,
10/1200, 10/1201, 10/1202, 10/1203,
10/1204, 10/1205, 10/1206, 10/1207,
10/1208, 10/1209, 10/1210, 10/1211,
10/1212, 10/1213, 10/1214, 10/1215,
10/1216, 10/1217, 10/1218, 10/1219,
10/1220, 10/1221, 10/1222, 10/1223,
10/1224, 10/1225, 10/1226, 10/1227,
10/1228, 10/1229, 10/1230, 10/1231,
10/1232, 10/1233, 10/1234, 10/1235,
10/1236, 10/1237, 10/1238, 10/1239,
10/1240, 10/1241, 10/1242, 10/1243,
10/1244, 10/1245, 10/1246, 10/1247,
10/1248, 10/1249, 10/1250, 10/1251,
10/1252, 10/1253, 10/1254, 10/1255,
10/1256, 10/1257, 10/1258, 10/1259,
10/1260, 10/1261, 10/1262, 10/1263,
10/1264, 10/1265, 10/1266, 10/1267,
10/1268, 10/1269, 10/1270, 10/1271,
10/1272, 10/1273, 10/1274, 10/1275,
10/1276, 10/1277, 10/1278, 10/1279,
10/1280, 10/1281, 10/1282, 10/1283,
10/1284, 10/1285, 10/1286, 10/1287,
10/1288, 10/1289, 10/1290, 10/1291,
10/1292, 10/1293, 10/1294, 10/1295,
10/1296, 10/1297, 10/1298, 10/1299,
10/1300, 10/1301, 10/1302, 10/1303,
10/1304, 10/1305, 10/1306, 10/1307,
10/1308, 10/1309, 10/1310, 10/1311,
10/1312, 10/1313, 10/1314, 10/1315,
10/1316, 10/1317, 10/1318, 10/1319,
10/1320, 10/1321, 10/1322, 10/1323,
10/1324, 10/1325, 10/1326, 10/1327,
10/1328, 10/1329, 10/1330, 10/1331,
10/1332, 10/1333, 10/1334, 10/1335,
10/1336, 10/1337, 10/1338, 10/1339,
10/1340, 10/1341, 10/1342, 10/1343,
10/1344, 10/1345, 10/1346, 10/1347,
10/1348, 10/1349, 10/1350, 10/1351,
10/1352, 10/1353, 10/1354, 10/1355,
10/1356, 10/1357, 10/1358, 10/1359,
10/1360, 10/1361, 10/1362, 10/1363,
10/1364, 10/1365, 10/1366, 10/1367,
10/1368, 10/1369, 10/1370, 10/1371,
10/1372, 10/1373, 10/1374, 10/1375,
10/1376, 10/1377, 10/1378, 10/1379,
10/1380, 10/1381, 10/1382, 10/1383,
10/1384, 10/1385, 10/1386, 10/1387,
10/1388, 10/1389, 10/1390, 10/1391,
10/1392, 10/1393, 10/1394, 10/1395,
10/1396, 10/1397, 10/1398, 10/1399,
10/1400, 10/1401, 10/1402, 10/1403,
10/1404, 10/1405, 10/1406, 10/1

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß heute, abends 8 Uhr, im „City-Hotel“, Dresdenerstraße 52/53, eine Versammlung des Wahlvereins stattfindet, in welcher der Reichstagsabgeordnete Eichhorn-Pforzheim über „Die Lehren der Reichstagswahl“ sprechen wird. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei E. Obft, Reiningersstraße 8, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Funktionäre sowie Neuwahl derselben. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Heute Dienstag abend 7 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden dringend ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirkslokale einzufinden. Niemand darf sich von dieser wichtigen Arbeit ausschließen. Der Vorstand.

Lankwitz. Heute abend 8 Uhr im Restaurant Netzer, Calandrellistraße 27/29, Sitzung des Wahlvereins Lankwitz. Referent Genosse Beremuth: „Die alte und die neue Internationale.“

Weißensee. Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im „Prälaken“, Lehberstraße 122, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Da außer der wichtigen Tagesordnung die Neuwahlen des Vorstandes stattfinden, ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

Reinickendorf-Orl. Heute abend 8 Uhr findet bei Sadan, Residenzstraße 124 (Ede Amendestraße) die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Disziplin. 3. Neuwahl der Funktionäre. 4. Neuwahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Generalversammlung von Groß-Berlin. 5. Verschiedenes. Pflicht jedes Mitgliedes ist es, zu erscheinen! Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3-4, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht aus dem Kreiswahlverein. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Erledigung von Anträgen zu derselben. 3. Bericht der Gemeindevorsteher. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wie man Fürsorgezöglinge behandeln soll.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Freitag, wie schon von uns berichtet wurde, zu einer Debatte über die bisherige Praxis der Fürsorgeerziehungsgesetze. Die Beschwerden, die aus diesem Anlaß ein Redner des Zentrums gegen unsere Berliner Gemeindeverwaltung vortrug, wurden zurückgewiesen von dem freisinnigen Abgeordneten Fischbed, der ja nebenbei auch Stadtrat von Berlin ist. Mit Recht bekämpfte Herr Fischbed die Forderung, daß in der Fürsorgeerziehung das konfessionelle Moment noch stärker betont werden solle. Betont wird es schon jetzt überall — und auch in der Berliner Fürsorgeerziehung — so stark, daß ein Mehr kaum noch möglich ist.

Bedauerlich ist, daß im Abgeordnetenhaus nicht auch die Prügelpädagogik, die leider noch vielen als ein Allheilmittel für Fürsorgezöglinge gilt, in den Kreis der Erörterung gezogen wurde. Wir wären wirklich neugierig zu wissen, was derselbe Herr Fischbed gesagt hätte, wenn da jemand auf die Zustände hingewiesen hätte, die in den Erziehungsheimen der Stadt Berlin, speziell in dem Erziehungsheim für Verwahrloste männlichen Geschlechtes, herrschen. Wenn einer verlangt hätte, daß noch viel mehr gehauen werde, dann hätte Herr Fischbed antworten können: Es wird auch bei uns in der Berliner Fürsorgeerziehung schon so feste gehauen, da uns „zu tun fast nichts mehr übrig bleibt“. Was aber hätte er zur Verteidigung Berlins sagen sollen, wenn einer diese „Erziehungsmethode“ bemängelt hätte? Die Notwendigkeit, die Berliner kommunale Prügelpädagogik zu verteidigen, mußte dem Herrn Stadtrat allerdings schon deshalb erspart bleiben, weil im preussischen Abgeordnetenhaus niemand sitzt, der ernsthaft für Erziehung ohne Prügel eintreten möchte.

Ein vernichtendes Urteil über die Prügelpädagogik, die in Anstalten der Stadt Berlin als zulässig und richtig angesehen wird, ist kürzlich an einer anderen Stelle gefällt worden. Will man wissen, wo? In einem der amtlichen Jahresberichte, die über die einzelnen Zweige der Berliner Gemeindeverwaltung von den betreffenden Verwaltungsdeputationen erstattet und vom Magistrat veröffentlicht werden. Freilich ist es nicht die für die Fürsorgeerziehung verantwortliche Waisenverwaltung selber, die sich etwa zu dem rückhaltlosen Eingeständnis bequemt hätte, daß die bisher von ihr gepriesene Methode, die Fürsorgezöglinge mit Prügeln zu „bessern“, jetzt von ihr als das Allerverlechteste erkannt wird, was man gegen Fürsorgezöglinge tun kann. Es ist nur die Direktion der Epileptikeranstalt „Buhlgarten“, die genug Einsicht besitzt, den Unwert der Gewaltanwendung zu erkennen. Sie äußert sich in dem neuesten Jahresbericht der Irrenpflege-Deputation zu der Tatsache, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge, die als epileptisch krank erkannt werden und wegen physischer Störung oder sonst krankhafter Eigenart an die Anstalt „Buhlgarten“ überwiesen wurden, von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Hierbei hat, so wird in dem Bericht ausgeführt, sich herausgestellt, daß für die Eigenart der seelisch abnormen Fürsorgezöglinge, welche eine weitgehende Individualisierung erfordert, die Einrichtungen dieser Anstalt besonders geeignet sind. Auf der einen Seite konnten die geistkranken und gemeingefährlichen jungen Leute sicher verwahrt und doch einer seelischen Beachtung entgegengeführt werden. Auf der anderen Seite konnten diejenigen Zöglinge, die wegen leichter und mehr vorübergehender Formen geistiger Störung dorthin kamen, bald in den Landhäusern der Anstalt beschützt werden und mittels der reichhaltigen Beschäftigungseinrichtungen ein Handwerk erlernen, ja sogar nach Ablauf eines Jahres entlassen oder unter ärztlicher Aufsicht in Pflege gegeben werden. „Bei den meisten dieser Kranken“, sagt der Bericht, „kamen eigentliche Krampf- oder Schwindelanfälle, die sich bei ihnen unter den Schädlichkeiten und den seelischen Erregungen des freien Lebens und des Zwanges vielfach ausgetreten waren, in der Anstalt nicht mehr zur Beobachtung, ein äußeres Zeichen der eingetretenen Besserung.“

Wir wiederholen: in diesen Ausführungen liegt ein vernichtendes Urteil über die Prügelpädagogik der Erziehungsanstalten

unserer Stadtgemeinde. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß auch gegen diejenigen Fürsorgezöglinge, die schließlich als seelisch abnorm, epileptisch krank usw. erkannt und nach „Buhlgarten“ gebracht wurden, vor der endlichen Feststellung ihres krankhaften Zustandes genau so verfahren worden ist, wie es in den Erziehungsanstalten der Stadt Berlin als zulässig gilt — d. h. daß auch auf sie losgehauen worden ist, wenn sie widerspänstig wurden. Die Waisenverwaltung — deren Vorsitzender, nebenbei bemerkt, nicht etwa Stadtrat Fischbed, sondern Stadtrat v. Friedberg ist — hat ja in der letzten Zeit in ihren Erziehungsanstalten dem Arzt etwas mehr Einfluß als bisher gestattet. Vielleicht überlegt sie es sich einmal, ob es nicht zweckmäßig wäre gegenüber ihren Fürsorgezöglingen grundsätzlich auf die Gewaltpädagogik zu verzichten. Das wäre die einzig richtige Ruhezugang, die sie aus den oben wiedergegebenen Darlegungen der Direktion von „Buhlgarten“ ziehen kann.

Aus der Erleuchtungsdeputation. In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Gastwerke wurde beschlossen, die Kottbuserstraße mit der Kottbuserbrücke mit hängendem Gasgüßlicht zu beleuchten. Die öffentliche Beleuchtung in der Erzbergerstraße und der Torffstraße zwischen Köhlerstraße und dem Kottbuser am Rudolf-Birchow-Krankenhaus soll verstärkt bzw. neu eingerichtet werden.

Mit der gewählten Präzision ging am Sonntag durch die Genossen Groß-Berlins eine Massenverbreitung eines Flugblattes vor sich, das auf Werbung von Mitgliedern für die politische Organisation und auf Gewinnung von Abonnenten auf das Blatt der Berliner Arbeiterschaft, den „Vorwärts“, gerichtet ist.

Der Grunewald im Stachelbrat. Verschiedentlich hat der Fortifikations- und Berliner einen gewissen Vandalismus gegenüber dem Walde zum Vorwurf gemacht. Abgesehen von den genussam orientierten Umherstreunern des Stullenpapiers, soll der Berliner an keiner schönen Blume, keinem schön gefärbten Blatt, keinem mit Blüten besetzten Zweig vorbeigehen können, ohne durch Abreißen dieses Stücks Natur zu verüben. Wenn auch diese Klage leider nicht ganz grundlos ist, so geht es doch wohl zu weit, wenn der erholungsbedürftige Berliner im Grunewald nun auf ein paar Kieswege beschränkt werden soll, während der eigentliche Wald durch ein dichtes Netz von Stachelbratgräben, mit deren Errichtung der Fortifikations schon in nächster Zeit beginnen will, unzugänglich gemacht werden soll. Es ist doch wohl anzunehmen, daß gerade die jetzigen Erörterungen über die Erhaltung des Waldes und weitere wiederholte, eindringliche Hinweise das Publikum von einer solchen Verwüstung in Zukunft abhalten werden; denn auch das Publikum läßt sich erziehen, wenn es nur in verständiger Weise geschieht.

Die städtische höhere Weberschule, Markussstraße 49, beginnt die Unterrichtskurse für das Sommersemester für die Schüler der Abend- und Sonntagsschule am Sonntag, den 14. April d. J., vormittags 9 Uhr. Es sind Kurse eingerichtet für Weber, Wirker, Stricker, Pofamentiere, Strickelsticker und -Stickerinnen, Rusterzeichner und -Zeichnerinnen, Zuschneider und -Zuschneiderinnen, Schneider und Schneiderinnen, sowie für Häberer und Kaufleute. Außer der Abend- und Sonntagsschule besteht an der Anstalt auch eine Tagesschule für die genannten Berufe, für welche folgende Unterrichtskurse eingerichtet sind:

- 1. Kaufmännischer Kursus; 2. Rusterzeichnerkursus (eine Klasse für Weberei und eine Klasse für Strickerei und Pofamentiererei); 3. Konfektionskursus, bestehend aus einer Abteilung zur Herstellung von Wäsche und einer Abteilung zur Herstellung von Frauenkleidung. Diese Abteilung teilt sich in eine Klasse für Konfektionszeichnen und eine Klasse für Zuschneiden usw.; 4. Pofamentier- und Befestigungskursus; 5. Hand- und Maschinenstrickerei-kursus (bestehend aus einer Klasse zur Ausbildung von Geschicklichkeitspersonal und einer Klasse zur Ausbildung von Arbeitspersonal); 6. Wirker- und Strickerkursus; 7. Häbererkursus.

Der Unterricht an der Tagesschule beginnt bereits am Montag, den 8. April, vormittags 8 Uhr. Anmeldungen von Schülern für die Tagesschule wie auch für die Abend- und Sonntagsschule nimmt Herr Direktor G. Weber im Schulhause, Markussstraße 49, entgegen.

Die freie Jugendorganisation und ihre Feinde.

Die allseitige Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung hat nicht vermocht, der Entwicklung derselben Einhalt zu gebieten. Wie energisch die organisierten Jugendlichen ihre Rechte zu verteidigen wissen, zeigte der Verlauf der am letzten Sonntag in den „Arminhallen“ tagenden Generalversammlung. In dieser wurde die neueste Art der Bekämpfung durch den konservativen Abgeordneten Hammer, der bekanntlich kürzlich im Abgeordnetenhaus gegen die freie Jugendorganisation zu Felde zog, einer Kritik unterzogen. Die etwa 800 Versammelten nahmen unter freisinnigem Beifall folgende Resolution einstimmig an: „Die am 24. Februar d. J. in den „Arminhallen“ tagende, zahlreich besuchte Generalversammlung des Vereins der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebend protestiert ganz energisch gegen die Verdächtigungen des konservativen Abgeordneten Hammer im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die freien Jugendorganisationen, insbesondere gegen den Berliner Verein. Den unwahren Behauptungen des Herrn Hammer gegenüber erklärt die Versammlung, daß die freie Jugendorganisation den Bestrebungen keiner politischen Partei, auch nicht der Sozialdemokratie, Vorschub leistet, sondern, frei und unabhängig von jeder politischen Partei, allein die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend zu wahren bestrebt ist. Es dürfte aber dem Herrn Hammer nicht unbekannt sein, daß es in Berlin konservative und jugendliberale Jugendvereine gibt, die den ausgeprochenen Zweck verfolgen, die betreffenden politischen Parteien zu unterstützen. Die Versammlung verurteilt die einseitige, von Sachkenntnis wenig getränkte Stellungnahme gegen die Organisationen der Arbeiterjugend und erklärt, ungeduldet derartigen Anpöbelungen, die Organisationen zu stärken und innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen zum Wohle der arbeitenden Jugend zu wirken.“

Die richtig die in der obigen Resolution ausgesprochene Behauptung ist, daß es gerade die konservative Partei ist, die die Jugendorganisation in den Dienst der politischen Partei stellen will, dürfte unüberleglich aus nachstehendem Bericht hervorgehen, den wir in der „Staatsbürgerzeitung“ vom Freitag fanden. Dort heißt es:

„Die Jugendgruppe des konservativen Bürgervereins Roabit, welche seit ihrem Bestehen unter dem Vorhinein des Rechtsanwalts Ulrich steht, bezweckt die noch nicht wahlfähige Jugend in Liebe zum Vaterlande, zum christlichen Bekenntnis und zum Hohenzollernhaus politisch zu erziehen. Sie will damit ein Gegengewicht, insbesondere gegen die Sozialdemokratie bieten, die sich der Jugend bekanntlich schon von dem Augenblick an zu bemächtigen sucht, wo diese aus der Schule in das Leben hinübertritt. Der gute Zweck, welchen die Jugendgruppe somit verfolgt, muß hiernach in allen gut christlich und moralisch gesinnten Familien Anklang finden. Ihr Bestehen ist aber bisher noch in vielen Kreisen unserer Gesinnungsfreunde in der Reichshauptstadt nicht bekannt gewesen. Es wird deshalb an dieser Stelle öffentlich auf die Jugendgruppe aufmerksam gemacht und es werden insbesondere die Väter noch nicht wahlfähiger Söhne gebeten, ebenso die jungen Leute aber auch selbst, den Arbeiten der Jugendgruppe ihr freundliches Interesse durch

Besuch ihrer Veranstaltungen und Beitritt zu beweisen. Die Jugendgruppe tagt alle Mittwoch im Restaurant Kadob, Wilsnadenstraße 36; Einzelvorträge aus dem Kreise der Mitglieder und von dritter Seite wechseln mit politischen Diskussionsabenden ab. Einmal im Monat findet geistliches Beisammensein mit den Familien der Mitglieder statt. Mit Erreichung des wahlfähigen Alters treten die Mitglieder nach den Sitzungen ohne weiteres in den konservativen Hauptverein über.“

Und dieselben Leute, die sich zur Aufgabe machen, die Jugend der konservativen Partei zuzuführen, wehren in der größten Weise gegen die freien Jugendorganisationen, die in der Erziehung der Jugend zur Mudelei und Stöberei allerdings keinen Nutzen erblicken können. Aber was schert das Herrn Hammer! Er möchte doch wieder einmal etwas von sich hören lassen, und da er nichts weiter mußte, nahm er sich die Jugendorganisation aufs Korn. Die Angegriffenen sind ihm aber die Antwort nicht schuldig geblieben und wir sind gespannt, wie sich der Herr aus der sozialen Situation herauszudenken wird.

Reinemachefrauen auf Bauten haben gewiß keine Genußsüßere Arbeit zu verrichten; sie treten in Aktion, wenn der Maurer oder der Maler einen Bau verlassen hat und müssen dann mit Schrubber und Besen schwer arbeiten, um die Wohnungen von dem starken Schmutz zu reinigen. Leider entspricht in sehr vielen Fällen aber die Entlohnung in keiner Weise der schweren Tätigkeit. Uns werden Fälle berichtet, in welchen pro Tag 2,10 M. gezahlt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß noch 30 bis 40 Pf. Fahrgeld abgehen, so daß für den Tag nur 1,70 M. übrig bleiben. Western schilderten uns zwei Arbeiterfrauen, wie es ihnen bei einem in Wilmersdorf wohnenden Malermeister Schmidt ergangen ist. Der Mann suchte Reinemachefrauen, wofür sich die beiden nach Wilmersdorf bemühten. Dort wurde ihnen gesagt, daß sie Nachricht erhielten, ob sie anfangen könnten. Kaum zu Hause angekommen, erhielten die Frauen von dem Malermeister eine Karte, sich am anderen Tage früh 1/2 Uhr mit Handwerkzeug, Besen und Karre zum Antritt der Arbeit einzufinden. Früh gegen 1/2 Uhr machten sich die beiden Frauen auf den Weg; da sie aber schlechte Bahnverbindung hatten, gelangten sie glücklich um 1/2 Uhr in der Kochstraße an. Das erste war eine Mühe ob des Zustimmens, dann wurden sie nach ihrer Arbeitsstelle nach der Ränsterstraße und Westfälische Straße geschickt, und wieder mußten 10 Pf. Fahrgeld geopfert werden. Dort angekommen, mußten die beiden in Erfahrung bringen, daß Fahrgeld nicht vergütet werde und in der Tat von den 2,10 M. Tageslohn nach Abzug der Fahrgelder nur 1,70 M. übrig blieben. Die Frauen zogen es schließlich vor, unter solchen Umständen lieber nicht erst anzufangen, so notwendig sie Geld brauchten.

Und so fuhren sie wieder heim, um eine Erfahrung reicher. Einen Tag unterwegs, Geld verfahren und infolge des schlechten Wetters naß bis auf die Haut. Sie konnten Betrachter anstellen, wie heute auch die Frauen als ein williges Ausbeutungsobjekt betrachtet werden.

Richtiger wäre es aber, wenn den Frauen bei Antritt der Arbeit ausdrücklich gesagt würde, ob ihnen das Fahrgeld vergütet würde.

Zur Entlastung der Vorortzüge Spandau — Strausberg und der bisher bis Kaulsdorf verlängerten Stadtbahnzüge, werden vom 31. März d. J. ab am Sonn- und Festtagen auf der Strecke Berlin, Schlesischer Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) — Hoppengarten über Lichtenberg, Friedrichsfelde, Friedrichsfelde-Ost, Wiesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf dreizehn neue Zugpaare gefahren werden. Dieselben gehen ab: Berlin, Schlesischer Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) 7.05, 8.05, 9.14, 10.06, 12.05 vormittags, 1.04, 2.05, 3.01, 4.05, 6.09, 8.09, 8.40 und 9.40 nachmittags; ab Hoppengarten 8.03, 9.12, 10.39, 11.03 vormittags, 12.51, 2.02, 3.04, 5.12, 7.12, 7.37, 9.02, 10.05 und 10.33 nachmittags.

Störung auf der Hochbahn. Gestern früh kurz nach 7 Uhr trat auf der Oststraße der Hochbahn zwischen dem Haltestellen Schlesisches Tor und Strausener Tor infolge Auslaufens eines Wagens auf eine Pflanzschleife eine Betriebsstörung ein. Die Pflanze vom Weiten konnten daher zunächst nur bis Kottbuser Tor verkehren; von 1/10 Uhr ab wurde der Verkehr bis Schlesisches Tor durchgeführt. Nach Beseitigung des Schadens erfolgte die Wiederaufnahme des vollen Betriebes mittags 1/10 Uhr.

Vollständig festgenommen wurde am Sonnabend der 31 Jahre alte Redakteur der „Deutschen Beamtenzeitung“ Dr. phil. Adolf Henke vor der Redaktion seines Blattes, weil er wegen eines Vergehens vom November vorigen Jahres her eine achtstägige Freiheitsstrafe zu verbüßen hat. Dazu stellte er sich nicht und entzog sich der Ergreifung, indem er sich als unbekannt verziehen abmeldete ließ und nicht aufzufinden war.

Auf dem Tempelhofer Felde — ertrunken. Der „Tempelhofer See“, ein flacher Tümpel, der sich vor etwa acht Tagen infolge der Schneeschmelze bei der einfallenden Gabel auf dem Tempelhofer Felde bildete, hat ein Opfer gefordert. Der Seher Gustav Weiß aus Tempelhof besuchte in der Nacht zum vorletzten Sonntag einen Turnerball in Berlin in der Nähe eines Schützenplatzes. In der Nacht veräußerte er die letzte Geldscheine und wanderte nun heim über das Feld. In der Nähe der Gabel muß er dann vom Flade abgeschrieben sein. Er geriet in den See, ging unter und ertrank. Erst jetzt, nachdem sich das Gewässer verlaufen hatte, kamen die Stiefelablässe des Ertrunkenen zum Vorschein. Ein Hund machte durch Gebell seinen Herrn auf den Hund aufmerksam und so wurde das geheimnisvolle Verschwinden des Sehers aufgeklärt.

Ueber den Bohlschwingschen Sammler, dessen gemeingefährliches Treiben wir in unserer Sonntagsnummer schilderten, geht uns noch eine weitere Nachricht zu, nach der er noch andere Frauen attackierte, und zwar aus demselben Hause in der Müllerstraße, in welchem sich das schon am Sonntag mitgeteilte Vorkommnis abspielte. Auch in diesem Falle hat sich der treue Patron nach Decken der Wohnung sofort in dieselbe gedrängt und sich gleich in die Kasse gegeben. Als die allein in der Wohnung anwesende übrigens kranke Frau es ablehnte, etwas für die Arbeiterkolonien zu opfern, wollte sich der unverschämte Bursche als Spender betätigen. Er wollte drei Mark opfern, wenn — die Frau ihm zu Willen sei. Es wurde ihm aber die richtige Antwort, die drei Mark lieber dem Verein, für den er sammelte, zu spenden und nicht Leute mit seinen Vetteleien zu belästigen. Als der aufdringliche Kerl merkte, daß er an die falsche Adresse gekommen war und die Frau mit dem Wessensstiel drohte, entfernte er sich.

Es wird die höchste Zeit, daß diesem gemeingefährlichen Treiben ein Ende gemacht wird, die beste Hilfe dürfte wohl Selbsthilfe sein.

Unter tragischen Begleitumständen hat gestern der Kaufmann Ernst Stobbe aus der Volzgerstr. 37 Selbstmord verübt. Morgens in der achten Stunde hatte sich St. von seinen Angehörigen entfernt und die letzteren vermuteten nichts anderes, als daß er wie gewöhnlich sein Geschäft in der Webersstr. 42 aufsuche. Wenige Stunden später erhielt jedoch die Ehefrau einen eingeschriebenen Brief und als sie ihn öffnete, mußte sie eine niederschmetternde Mitteilung lesen. Der Mann schrieb ihr, daß er in dem Augenblick, in dem sie den Brief lese, nicht mehr unter den Lebenden wecke; man brauche nicht nach ihm zu suchen, denn er habe Selbstmord verübt. Es wurde nun die Polizei benachrichtigt und diese fand St. auf dem Hausboden erhängt vor. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. In hinterlassenen Briefen gibt der Lebensmüde an, er habe wegen großer Nahrungsjorgen Selbstmord verübt. St. hinterläßt eine kranke Frau und fünf kleine Kinder.

Ein Einbruch wurde am Sonntag, den 24. Februar im Hause Königstraße 48/44, in dem Goldwarengeschäft von D. Reolin verübt. Die Diebe drangen durch den Keller in den Laden und nahmen in aller Eile eine sorgfältige Auswahl vor. Der Schaden beträgt nach vorläufiger Schätzung circa 80 000 bis 100 000 Mark.

Einbrecher staketen am Sonntag in den Nachmittagsstunden der Wohnung der Bureauvorsteherin Frau G. Neuenburgerstr. 28, einen Besuch ab und erbeuteten Schmuckgegenstände, Wäffel usw. im Werte von circa 150 M. Von da aus gingen die Diebe weiter nach der Alexandrinenstraße, wo sie bei einer Witwe gleichfalls einbrachen, aber nur 5 M. erbeuteten. Die Kästen der gestohlenen Wäffel hatten die Diebe in der Alexandrinenstraße auf dem Hofe weggeworfen und sind dieselben leer gestern der Frau G. durch die Polizei wieder ausgehändigt worden.

Durch Rauchgas zu töten versuchte sich am Sonnabendnachmittag die Heilbronnerstr. 80 wohnhafte Witwe Blumenthal. Einem schnell herbeigerufenen Arzte sowie den Samaritern der Feuerwehr gelang es nicht mehr, die Lebensmüde am Leben zu erhalten. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist sie den Wirkungen des Giftes erlegen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe, wobei drei Personen verletzt wurden, hat sich am Sonnabendabend an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Rosenstraße zugezogen. Ein Rollwagen fuhr an der erwähnten Stelle mit solcher Gewalt gegen einen Anhänger der Straßenbahnlinie Nr. 47, daß der Hinterrad vollständig fortgerissen wurde. Die Fahrgäste, die auf der Plattform standen, wurden sämtlich auf den Fahrdamm geschleudert. Drei derselben zogen sich bei dem Sturz Verletzungen zu. Der Hilfsarbeiter Emil Wilro, Kopenhagenerstr. 42 wohnhaft, erlitt schwere Quetschungen, der Kaufmann Sorgenfrei, ebenfalls aus der Kopenhagenerstraße, klagte über starke Schmerzen im Rücken, und der Händler Leitreiter trug gleichfalls erhebliche Quetschungen davon.

Die Leichen zweier Selbstmörder sind gestern aus dem Landwehrkanal gelandet worden. An der kleinen Stralauerstraße wurde ein toter Mann aus dem Wasser gezogen, der bereits lange dort gelegen. Der linke Fuß war von der Leiche abgetrennt. Vermutlich ist er durch eine Schiffschraube vom Körper getrennt worden. Der Selbstmörder heißt jedenfalls Krenn, denn dieser Name war in der Wäsche eingeklebt. Das Taschentuch enthielt das Monogramm B. A. — Eine zweite männliche Leiche wurde an der Weidenbrücke geborgen. Sie war nur mit Hose und Stiefeln bekleidet. Papiere, die zur Identifizierung führen könnten, wurden bei dem Toten nicht vorgefunden.

Rache und Eifersucht waren die Triebfedern zu einem blutigen Drama, das sich in der Wiesenstr. 30 abspielte hat. Dort versuchte der 25 jährige Arbeiter Matthes den 28 jährigen Brauereiarbeiter Richard Kasper aus der Grünhaldenstr. 5 zu töten. In fast hoffnungslosem Zustande wurde R. in die Charité eingeliefert. Der Täter wurde noch am selben Abend verhaftet.

Doppelmord im Walde. In der Forst bei Buch wurden am Sonnabendabend zwei Personen, ein junges Mädchen und ein Mann, leblos aufgefunden. Es handelt sich um das 17 jährige Geschäftsräulein Elise Wicht und den 40 jährigen Kaufmann Tomastke, die in Berlin wohnen und in einem Fabrikationsgeschäft seit Jahren angestellt waren. Sie hatten Infos getrunken. Die sofort angestellten Wiederbelebungversuche waren bei dem Mann ohne Erfolg. Das Mädchen erlangte jedoch nach längeren Bemühungen das Bewußtsein wieder und wurde in bedenklichem Zustande nach der Irrenanstalt in Buch geschafft. Welche Umstände beide zu der Tat veranlaßt haben, ist noch nicht ermittelt.

Ein dreier Straßensraub ist Sonntag nachmittag in der neuen Schönhauserstraße verübt worden. Ein 19 jähriger Bursche trat an einen Herrn heran und bat diesen um Auskunft, wie spät es sei. Als der Herr seine Uhr hervorholte, um die Frage zu beantworten, erfaßte der Räuber das Werkstück, riß es von der Kette los und ergriff die Flucht. Er kam jedoch mit seiner Beute nicht weit. An der Ecke der Alten Schönhauserstraße gelang es dem dort Posten stehenden Schuttmann, den Flüchtigen festzuhalten, der nach der Polizeiwache in der Großen Hamburgerstraße gebracht wurde. Der jugendliche Räuber, der obdachlose Arbeitsburche B., ist schon mehrfach, darunter auch wegen Leihensflederei, vorbestraft.

Eine allgemeine Ausstellung in Werder a. O. (Berliner Vorortverkehr) wird zurzeit der Baumblüte 1907 (vom 20. April bis 21. Mai) veranstaltet. Dieselbe wird umfassen: Obstbau und Obstverwertung mit ihren Hilfsmitteln, Garten- und Ackerbau, Nahrungs- und Genussmittel, Gewerbe, Handwerk, Volkswohlfahrt und Volksbelustigung.

„Menschenleben in Gefahr!“ Dieser Ruf alarmierte Sonntag nachmittag um 5 1/2 Uhr die Feuerwehr. In der Spreestraße, eine der ältesten Gassen von Köpenick, war in dem uraltten zweistöckigen Hause 14 und 15, das von zahlreichen Parteien bewohnt wird und im Laufe der Jahre so verfault ist, daß ein Fremder sich am hellen Tage kaum darin zurechtfindet, aus noch nicht ermittelter Ursache im 1. Stock Feuer ausgebrochen. Es brannte das Stübchen einer Frau Schmidt, die beim Ausbruch des Brandes ausgegangen war. Statt sofort die Feuerwehr zu benachrichtigen, ging ein Hausbewohner erst nach einem Polizeirevier, das vermutlich die Feuermeldung nicht sofort weitergegeben hat. Als die Wehr an der Brandstelle erschien, hatte man bereits die Tür zu der brennenden Wohnung eingeschlagen, wodurch dem Unheil ungehindeter Abzug in das Haus gewährt wurde. Die Situation war daher für sämtliche Hausbewohner eine sehr kritische. Der Rauch füllte die sehr niedrigen Räume und Treppen vollständig. Ein Teil der Mieter flüchtete über die Dächer der Hinterhäuser. Andere, besonders alte Frauen, blieben in ihren Stübchen. Brandinspektor Kohnsod ließ sofort Mannschaften über die verqualmten Treppen, über einen Gassenleitgang und über eine große mechanische Leiter vorgehen. Aus dem 2. Stock wurde aus der Wohnung des Musikers Schlegel dessen Frau und beide Kinder, die vierjährige Ette und der dreijährige Alfred Schlegel, gerettet. Das Befinden dieser 3 Personen war gestern Abend, den Umständen angemessen, befriedigend. Die übrigen Hausbewohner wurden von der Feuerwehr in ihren Wohnungen belassen, nachdem man die Türen geschlossen und für frische Luft gesorgt hatte. Der Wohnungsbrand konnte durch kräftiges Wassergeben mit 2 Schlauchleitungen auf das 1. Stockwerk beschränkt werden. Während die Wehr schon die Personen gerettet hatte, wurde überraschenderweise noch „Mittelfeuer“ gemeldet, worauf Branddirektor Reichel mit einem halben Dutzend Abschlägen ausrückte, die dann aber sofort wieder abrückten konnten. Der entstandene Schaden ist nicht erheblich. Bei der Feststellung desselben wurde der Wunsch geäußert, daß nimmermehr diese alte lebensgefährliche „Wube“ verschwinden möchte.

Am Sonntag mittag wurde der 12. Zug nach der Ausstellungshalle im Zoologischen Garten gerufen. Dort war durch Offenstehenlassen eines Rahmens an einer Hochmaschine eine Explosion entstanden. Am Planufer 30 hatte die Feuerweh mit der Löschung eines Brandes zu tun, der in einem Automobilschuppen entstanden war. Bei Anfuhr der Wehr brannten Schalbeden, Bretterwände und darüber im 1. Stock die Küche mit dem Zwischengewölbe. Der 11. Zug hatte längere Zeit zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. Vor dem Hause Friedrichstraße 171 brannte eine Automobilmaschine und in der Gollnowstraße 18 eine Tischleier.

Reigen gesucht. Die beiden Kofelager, die am Sonnabend, den 16. Februar, in der Barbarossastr. 14 die Gasse aufgetaut haben und ein Dienstmädchen aus der Wohnung ihrer Herrschaft befreiten, worden gebeten, ihre Adresse abzugeben Neue Königstr. 90 bei R. Richter. Unkosten werden gern vergütet.

Gesperret. Die von den Grundstücken Amalienstr. 4 bis 8 und 13 bis 16 sowie Büchlerstr. 5 bis 11 und 13 bis 16 liegenden Straßenstücke werden wegen Häuserabbruchs vom 25. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußgänger, Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Gleichzeitig wird die bereits erfolgte Sperrung eines Teils des Kolonnenstraßen auf den Fußgängerverkehr aufrechterhalten.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr bis 8 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Jürgens in der St. Marien-Kirche ein Passionskonzert unter Mitwirkung von Fräulein Illi Renar (Soprano), Herrn A. N. Dargen-Müller (Bass) und Herrn Heinz Meyer (Cello). Orgelkompositionen von Bach, Wolfrum und B. Gerhardt. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. Am Montag wurde an der Ecke der Wilso- und Potsdamerstraße ein Mann von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren. Die deshalb alarmierte Feuerwehr konnte bald wieder abrücken. Fast gleichzeitig erfolgten zwei Alarmer nach der Neuen Königstraße 18 wegen der Explosion eines Bierfasses. In dem jetzt abgebrannten Hause Köpcke-Str. 10 (Schneckenviertel) brannten Balken, Schalbeden, Fußböden und Betten. Der erste Zug mußte längere Zeit löschen, um die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Vor dem Hause Schillingstr. 29 brannte Gas aus einer ungesicherten Gaslaterne und in der Dronkenstr. 25 Kleider, Röcke u. a. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Mantuffelstr. 75, Vogelhagenstr. 25 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Verlängerung der Arbeitszeit für städtische Arbeiter? Am 1. Februar 1905 hatte die Stadtverordnetenversammlung nach langwierigen Beratungen einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung eines Maximalarbeitstages von zehn Stunden für die städtischen Arbeiter in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und des freisinnigen Stadtverordneten Dr. Kengig abgelehnt. Um aber wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob etwas geschieht, hatte die Versammlung gleichzeitig den Magistrat ersucht, Erhebungen darüber anzustellen, welchen Betrag die Löhne für täglich zehnstündige Arbeitszeit im Tage- resp. Wochen- und Monatslohn in den städtischen Betrieben erreichten.

In Friedigung dieses Wunsches hat nun der Magistrat durch sämtliche Verwaltungsdeputationen, die Arbeiter beschäftigen, Erhebungen anstellen lassen, welchen Betrag die Löhne für täglich zehnstündige Arbeitszeit in den gesamten städtischen Betrieben erreichten. Das Ergebnis ist folgendes. Es wurden gezahlt:

im Monatslohn	588 542 M.
im Wochenlohn	81 250 „
im Tageslohn	47 025 „
im Stundenlohn	898 624 „
Zusammen	1 551 041 M. Löhne.

Da nach Ansicht des Magistrats eine gleichmäßig 10stündige Arbeitszeit bei der Verschiedenartigkeit der Betriebe nicht durchweg innegehalten werden kann, sind in der Zusammenfassung die Löhne der Arbeiter, die 9 1/2, 10 Stunden und darüber bis 12 Stunden arbeiten, aufgenommen. Die Löhne der nur 9 1/2 Stunden Arbeitenden einerseits und der 10 1/2 und 11 Stunden Arbeitenden andererseits stehen sich annähernd gleich, so daß für diese Arbeiter bei der Berechnung der Mehrausgaben bei neunstündiger Arbeitszeit ebenfalls eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10 Stunden angenommen werden kann. Dagegen sind abweichend zu behandeln die Arbeiter mit 11 1/2 und 12stündiger Arbeitszeit, an die 15 750 M. Löhne gezahlt werden. Diese Summe muß also besonders zur Berechnung gezogen werden. Nicht mit aufgenommen sind in die Berechnung die Löhne der Feuerwehr, da hier eine völlig abweichende Arbeitsteilung besteht. Einige Arbeitergruppen, deren Arbeitszeit nur etwa 9 1/2 Stunden beträgt, sind ebenfalls nicht mit berücksichtigt. Es sind dies die Außenarbeiter der Tiefbauverwaltung, die mit ihrer Arbeitszeit von der Jahreszeit abhängig sind.

Wird nun bei der Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden bei den Arbeitern mit durchschnittlich zehnstündiger Arbeitszeit eine Mehrausgabe von 1/10 bei denen mit 11 1/2 bis 12stündiger Arbeitszeit eine Mehrausgabe von 1/4 der Löhne angenommen, so ergibt sich folgende Berechnung:

1 551 041 M. — 15 750 M. = 1 535 291 M. : 10 = 153 529,10 M.
15 750 „ : 4 = 3 937,50 „
zusammen 157 466,60 M.

Hiervon gehen ab 1/10 von 82 400 M. Löhnen für die Feuerleute und Abschläger der Gasanstalten, bei denen durch Verlängerung der Schichten keine Mehrkosten entstehen, mit 8 240,00 M. bleiben Mehrkosten 149 226,60 M.

Die Mehrkosten bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden würden also nur etwa 150 000 M. und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Vermehrung der Arbeiter höchstens 100 000 M. betragen. Doch die Stadt Charlottenburg sich diese im Verhältnis zu ihrem Etat geringe Mehrausgabe leisten kann, bedarf keines Beweises. In Wirklichkeit dürfte ja die Mehrausgabe noch geringer sein, da der Magistrat bei seiner Berechnung den einen wichtigen Faktor ganz außer acht gelassen hat, daß in der zehnten beziehungsweise elften oder zwölften Arbeitsstunde weit weniger Arbeit geleistet wird als in den ersten Stunden. Alle privaten Unternehmer, die sich zu einer Verlängerung der Arbeitszeit entschlossen haben, haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Jedenfalls ist durch die Erhebungen des Magistrats der Beweis für die Durchführbarkeit des sozialdemokratischen Antrages erbracht. Von dem guten Willen der städtischen Körperschaften wird es abhängen, ob sie endlich einen Schritt vorwärts auf dem Wege praktischer kommunaler Sozialpolitik tun wollen.

Ein Pöhlhänger. Die sogenannte freisinnige Charlottenburger „Neue Zeit“ tobt gegen die Sozialdemokratie aus Leibestäften. Schon vor den Reichstagswahlen erklärte das Blatt eine Ehre darin, seine Leser mit Stoff aus der Kasse des Lügenwörterbuchs zu sättigen. Seit dieser Zeit dürfte fast kein Tag vergehen, an welchem nicht irgend ein Pamphlet gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht wird. In seiner Sonnabendnummer benutzte es den Fall Bernhard, um die Redaktion des „Vorwärts“ in edler Postmanier anzuspödeln. Auf eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Blatt ist nicht zu rechnen, da ihm das Lügen und Verleumbden zur zweiten Natur geworden zu sein scheint. Es genügt, wenn wir unseren Lesern hin und wieder einmal eine kleine Verleumdungs- und Schimpfnote mitteilen. Nachdem es inhaltlich von der Bernhard'schen Erklärung in der „Volks-Zeitung“ Mitteilung gemacht, fährt es fort:

„Was hier über das Pöhlhänger des sozialdemokratischen „Vorwärts“ ausgeführt wird, ist nicht neu; die Goldschreiber und Sigredaktoren der Herren Singer und Genossen haben sich vielmehr oft genug noch ganz andere Dinge sagen lassen müssen. Immerhin ist es interessant, daß auch ein sozialdemokratischer Führer jetzt erklärt, das Recht der freien Meinungsäußerung werde vom Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes nicht anerkannt.“

Das ist eines der Wälder, die sich oft nicht genug über den Ton in der sozialdemokratischen Presse entläßt. Nichts geht doch über Freisinnsmoral. Wie es scheint, haben die Dienste für den Reichstagsverband bei den Schmierheben des Blattes jedes Empfinden für Anstand und Moral vernichtet.

Schöneberg.

Eine neue Fraktion hat sich in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung unter dem Namen „Freie Fraktion“ gebildet. Sie verfolgt den Zweck, „zu dem Uebergewicht der „Unabhängigen Fraktion“ (Hausbesitzerfraktion), die einen unbellvollen Einfluss ausübt und nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung Schönebergs handelt, ein Gegengewicht zu bilden“. Zurzeit gehören dieser neuen Fraktion 12 Mitglieder an. Die Herren haben aber eingesehen, daß sie allein doch zu schwach sind, den Kampf gegen die „Unabhängige Fraktion“ aufzunehmen, weshalb sie sich

mit der aus sieben Mitgliedern bestehenden Gruppe der Liberalen ins Einvernehmen setzten, um bei entscheidenden Abstimmungen im Stadiparlament und bei den Kommunalwahlen zusammen zu gehen. — Ohne sozialdemokratische Hilfe werden aber selbst beide Gruppen nicht gegen die „Unabhängige Fraktion“ ausrichten können. Es wird sehr häufig zu kommen, daß die Herren gemeinsam mit der „Unabhängigen Fraktion“ die Anträge der Sozialdemokraten zu Fall bringen werden.

Lebhafte Klagen führen die Hausbesitzer über den Haushaltsplan der Stadt Schöneberg. In einer Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins haben sie ihrem Herzen Luft gemacht und erklärt, daß die Steuerlast für sie jetzt eine unerträgliche geworden sei. Sie ziehen vor allem zu Felde gegen die vor einigen Monaten vorgenommene Gehalts- und Lohnaufbesserung der städtischen Beamten und Arbeiter. Die Durchführung dieser Erhöhungen sei ihrer Meinung nach nur möglich gewesen, weil eine große Anzahl von Hausbesitzern in der Stadtverordnetenversammlung seinerzeit nicht anwesend waren. Es ist außerordentlich wertvoll, daß dies einmal offen ausgesprochen wird. Sonst reden die Herren immer, daß man es nur ihnen zu verdanken habe, wenn die Gehaltserhöhungen zur Annahme gekommen sind. Auch die Aufwendungen für die Gemeindefschulen müssen herhalten. Auf diesem Gebiete fordern sie eine möglichst geringe Arbeiter-Bevölkerung, damit für feuerkräftige Mieter Platz gemacht werde, die in der Lage seien, ihre Kinder statt in die kostenlose Gemeindefschule in die höheren Schulen zu schicken. Die Herren vergessen aber dabei, daß der einzelne Schüler der höheren Schulen ihnen teurer zu stehen kommt, als der Gemeindefschüler. — Um dieser angeleglichen Ueberlastung der Haus- und Grundbesitzer Einhalt zu gebieten, forderte man die Versammlungsbesucher auf, getreu wie im Reiche die Partei der Nichtwähler an die Urne gedrückt sei, in Schöneberg die große Menge derjenigen Hausbesitzer aufzurühren, die noch schlafen. Dieser Massenaufstellung der Hausbesitzer werden unsere Parteigenossen getrost entgegensehen. Bei den im kommenden Herbst vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen wird es sich ja zeigen, wer die Mehrheit der Schöneberger Einwohnerschaft hinter sich hat.

Brix.

Was lehren uns die Reichstagswahlen? lautele das Thema, das Genosse Schröder in der Generalversammlung des Wahlvereins behandelte. In großen Zügen ließ der Redner noch einmal die Ari des Kampfes unserer Gegner Revue passieren und folgerte daraus, daß die Lügen und Verleumdungen, mit denen sie gegen die Sozialdemokratie gearbeitet, bei den indifferenten Massen anfangs gefunden haben. Aber auch in unserer Partei sei nicht immer in der glücklichsten Weise gekämpft worden, soweit das Austragen von Meinungsverschiedenheiten in Betracht komme. Hier manches zu vermeiden, müsse ein Gebot der Pflicht für jeden einzelnen sein. Mehr auf die Verbreitung der sozialistischen Ideen als auf das Austragen von Privatigkeiten müsse das Denken eines jeden gerichtet sein. Vor allem aber sei es notwendig, die Idee des politischen Massenstreiks nicht aus dem Auge zu verlieren. An der sehr regen Diskussion beteiligten sich die Genossen Händel, Himmrich, Baumgarten, Soldner, Ernst, Krause, Jonas, Vogt und Beutmann meist in zustimmendem Sinne. Es wurde außerdem das Gebaren der Gegner an Ort kritisiert. Besonders verurteilt wurde, daß der Gemeindevorstand nicht auch Sonntags, wie dies allenthalben geschehen sei, die Wählerlisten habe auslegen lassen. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Beutmann als erster, Richter zweiter Vorsitzender; Kassierer Dumke, Schriftführer Biple, Beisitzer Soldner; Revisoren: Vogt, Händel und Helling; Bibliothekskommission: Weimann, Jonas und Werner; Lokalkommission: Landmann, Jonas und Helling. Als Bezirksführer wurden ernannt: I. Bezirk Wäfling, II. Friedrich, III. Heine IV. Renke, V. Vogt, für Duxow als VI. Genosse Habamed.

Som Thema darf nicht gesprochen werden.

Diese Aeußerung eines in der Versammlung überwachenden Polizeibeamten in Soehsen kam uns in Erinnerung, als wir nachstehenden Bericht über das Benehmen eines Besonderen erzielten, der eine am Sonntag in Brix stattgehabte öffentliche Frauenversammlung zu überwachen hatte. In derselben gab die Kreis-Vertrauensperson Genossin Thiel-Tempelhof den Jahresbericht. Unter anderem erwähnte sie, daß ihr und noch zwei Frauen die Ausführung des Auftrages der Briger Frauen, am Grabe des verstorbenen Genossen Weniger einen Kranz niederzulegen, einen Strafbefehl von je 30 M. eingehandelt habe. Bei dieser Mitteilung erhob sich der überwachende Beamte und forderte von der Genossin Thiel, hierüber nicht weiter zu reden, das gehöre nicht zur Sache. Genosse Böcke legte sofort Verwahrung gegen das Vorgehen des Beamten ein, er handele ungeschicklich; der Beamte habe das Recht, die Versammlungsammlung zu kontrollieren, die Versammlung zu überwachen, und wenn Ungeheuerlichkeiten vorkämen, die Versammlung aufzulösen, aber nicht hineinzureden und die Versammlung dadurch zu stören; der Beamte habe nicht zu entscheiden, was zur Sache gehört. Diese Verleumdung unseres Genossen Böcke sollte ein neuer Grund sein, die Versammlung aufzulösen. Die Vorsitzende kam aber dem zuvor und vertagte die Versammlung auf 10 Minuten. Nach Wiederauöffnung derselben kritisierte Genosse Böcke das ungeschickliche Eingreifen des Beamten. Er habe zwar Frau Thiel und Genossen zu den Strafbefehlen verholten, darüber soll aber erst das Gericht entscheiden. Deshalb sei ihm das Erwähnen wohl nicht recht angenehm, übrigens sei es nicht das erste Mal, daß derselbe Beamte in Versammlungen sich selbst das Wort nimmt, zwischen redet, Bravo rufen verbietet usw. Da auch in Brix das preussische Vereinsgesetz maßgebend sei, so hätte sich auch ein Briger Beamter daran zu halten. Diese Erläuterung hatte gesuchet. Die imposante Versammlung verließ sodann ohne weiteren Zwischenfall.

Königs-Wusterhausen.

In eine entscheidende Lage geriet gestern nachmittag der Chauffee-auffeher Ulrich, der auf einer Dienstreife begriffen, mit seinem Zweirade die Berliner Chauffee bei Neus Mühle entlang fuhr. Bei der Glatte stürzte er mit dem Rade und fiel so unglücklich, daß er sich nicht zu erheben vermochte und benimmungslos liegen blieb. Als U. nach einiger Zeit zum Bewußtsein kam, rief er um Hilfe, doch verhalten seine Rufe auf der an Wintersonntagen fast menschenleeren Chauffee ungehört. So blieb der Unglückliche, der einen Verbruch und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten hatte, über zwei Stunden hilflos auf dem kalten Chauffeeplatz liegen, bis er endlich von zwei Berliner Radfahrern, die von Königs-Wusterhausen kamen, aufgefunden wurde. Während der eine bei dem schon fast Erfarrten blieb, fuhr der zweite nach Neus Mühle, um von dort Hilfe zu holen. Ulrich wurde mittels Wagens nach dem Stranthenhause in Königs-Wusterhausen gebracht.

Zehndorf.

Große Aufregung rief am Sonntagnachmittag ein Unfall bei der Vererdigung der verstorbenen Witwe Werdermann unter den Teilnehmern am Grabe hervor. Kaum hatten die sechs Träger mit dem schweren Sarg die beiden Laufflöhen an den Rängsseiten der Grube betreten, als das eine der morschen Bretter brach. Der Sarg fiel in die Grube, drei der Leichenträger unter sich begraben. Nachdem der Sarg wieder aus der Grube herausgehoben war, konnten die drei in die Grube Gestärkten aus ihrer unheimlichen Lage befreit werden und die Verstorbenen endlich, nachdem man neue Bohlen beschafft und der Sarg auf Verlangen der Angehörigen der Verstorbenen noch einmal geöffnet worden war, zur letzten Ruhe gebracht werden. Die drei Verunglückten hatten zum Glück nur leichte Verletzungen erhalten.

Weißensee.

Nach dem Bericht des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurden beim Gewerbegericht 337 Klagen erhoben, 10 Klagen wurden vom Vorjahre aus unerledigt übernommen. Die Zahl der Klagen belief sich auf 333; hiervon entfallen auf männliche Kläger einschließlich Lehrlinge 335, auf Frauen und Mädchen 18, von den Klage-

find erhoben worden von Arbeitern gegen Arbeitgeber 332, von Arbeitgebern gegen Arbeiter 15. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 M. bei 150 Klagen, von 20 bis 50 M. bei 93 Klagen, von 50 bis 100 M. bei 55 Klagen, von mehr als 100 M. bei 27 Klagen. Bei 13 Klagen war ein Wert nicht festgestellt. Von den Rechtsstreiten sind erledigt durch Zurücknahme 51, durch Vergleich 84, durch Anerkenntnis 30, durch rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen Kläger 14, gegen Beklagte 39, durch Endurteil 59. Von den Endurteilen fielen aus zugunsten der Arbeitgeber 34 und zugunsten der Arbeiter 23, während in 2 Sachen teilweise Verteilung stattfand. Als Einigungsamt trat das Gewerbeamt nicht in Tätigkeit. Beim Kaufmannsgericht wurden 18 Klagen erhoben, die in 26 Terminen ohne Zuziehung und in 8 Terminen mit Zuziehung der Richter erledigt wurden. Es ergingen 10 Urteile, 10 Beschlüsse und wurden 11 Zeugen vernommen. Sämtliche Klagen waren erhoben von Handlungsgehilfen gegen Kaufleute. Alle Klagen betrafen Gehalts- und Entschädigungsforderungen. Erledigt wurden durch Vergleich 13, durch Zurücknahme 1, durch Versäumnisurteil 1, durch Endurteil 3 Klagen. Die geringste Klagesumme war 9 M., die höchste 471,20 M. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht nicht in Tätigkeit. Gutachten sind ebenfalls nicht zur Abgabe gelangt. Ein Antrag, welcher die Aenderung des § 63 G. O. B. bezweckt, ist zur Abgabe an die gesetzgebenden Körperschaften gelangt. Ferner wurde ein Antrag an den Gemeindevorstand gestellt, welcher die Einführung der Sonntagsruhe und des Achtuhr-Abend schlusses im hiesigen Handelsgewerbe bezweckt.

Röpenid.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Wolf den Geschäftsbericht. Es fanden im Berichtsjahre 15 Mitgliederbesprechungen, 6 Volksversammlungen sowie 22 Vorstandssitzungen statt. Schiedsgerichte mußten in zwei Fällen in Kraft treten. Die Mitgliederzahl, welche am Jahresanfang 614 betrug, liegt auf 978. Wegen restierender Beiträge wurden 91 Mitglieder gestrichen. Gewerkschaftlich organisiert sind von diesen 978 Genossen 620. Ueber die im Frühjahr und im Herbst ausgenommene Statistik, betreffend Zeitunglesen usw., sowie die Beteiligung der Mitglieder an der Reichstagswahl, desgleichen Stadtvorordnetenwahl wird in einer der nächsten Versammlungen eingehend berichtet werden, da es nicht möglich war, diese fertig zu stellen. In dem Agitationsbezirk des Vereines — Frauen — ist ebenfalls ein Wahlverein gegründet worden. An der Weisener beteiligten sich 9000 Parteianghörige. Den Massenbericht erstattete Genosse Heintze, diesem ist zu entnehmen, daß die Einnahme im Berichtsjahre 4512,02 M. und die Ausgabe 4509,74 M. betrug. Den Bericht der Parteipredigten gab Genosse Wolf, monach 1018 „Vorwärts“-Abonnenten vorhanden waren. Die Diskussion war eine sehr eingehende und wurde namentlich die Mandatniederlegung des Genossen Helling als Stadtvorordneter einer Erörterung unterzogen. Des weiteren wurde es gerügt, daß die Anwesenheit betreffend Ausschusses derjenigen Mitglieder, welche bei dem vorjährigen Kampfe bei der Weltfirma Spindler als Streikbrecher fungierten, noch nicht zum Abschluß gebracht ist.

Eine Aussprache über den Ausfall der letzten Reichstagswahl soll in einer besonderen Versammlung erfolgen. Die Neuwahl der Funktionäre hatte folgendes Ergebnis: 1. bezw. 2. Vorsitzender die Genossen Wolf und Lafabre, Schriftführer Kiehl, 1. bezw. 2. Kassierer Heintze und Otto Diegener, Revisor Hermann Damm. Als Revisoren wurden die Genossen Klotz, Berner und Dittmann bestimmt. Als Parteisekretär bestimmte die Versammlung wieder den Genossen Wolf, während als Rechnungs-Kommissionsmitglieder die Genossen Wilh. Krüger, G. Müller und Tauchert gewählt wurden. Die Lokal-Kommission besteht aus den Genossen Herm. Lehmann, Weber und Bloch. Ein Antrag, letztere Kommission zu verstärken, konnte nicht zur Verhandlung gelangen, da bereits die Wahl der Kommission vollzogen war. Als Delegierte zur nächsten Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Dittmann und Jahnke bestimmt. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder beträgt 23. Genosse Hilliges bringt einen Auspruch des bürgerlichen Stadtvorordneten Schubert in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache, wonach derselbe die Verurteilung Röpenids seit 1890 auf das Konto der Arbeiterschaft legt, und wandert sich, daß von der sozialdemokratischen Fraktion kein Protest in dieser Sitzung erhoben ist. Die Genossen Herbst und Tauchert, als Mitglieder der Fraktion, erklärten, daß hier ein Verstummen des Genossen Hilliges vorliege. Ein Antrag der Genossen Jahnke und Schüller, der eine intensive Agitation gegen die bürgerliche Lokalpresse fordert, wurde zurückgestellt.

Gerichts-Zeitung.

Die Prostituierte anscheuet werden.

In den Geschäftsbetrieb eines Bankiers der Demimonde" gehalten eine Verhandlung, die gestern von der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, verschiedene interessante Einblicke. Wegen Betruges, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung in 23 Fällen war der Händler Sally James Robby Emil Chorinsky angeklagt. Der in New York geborene Angeklagte hat vor nicht allzulanger Zeit unter Prostituierten, die die Friedrichstraße frequentieren, eine gewisse Rolle gespielt. Im Anschluß hieran wurde er wiederholt wegen Rupperei und Körperverletzung bestraft, zuletzt mit 2 1/2 Jahren Gefängnis. Ingesamt hat er jetzt sechs Jahre wegen dieser Delikte im Gefängnis zugebracht. Nach Verbüßung der letzten Strafe beschloß der Angeklagte in Gemeinschaft mit einem Händler Steichhan, der sich ebenfalls über zwei Jahre wegen ähnlicher Delikte im Gefängnis befunden hatte, die Ausbeutung der bedauernswerten Geschöpfe durch Geldverleihschäfte zu betreiben. Seine Handlung bestand lediglich aus Damen der Demimonde, denen infolge eines schlechten Geschäftsganges das Geld knapp geworden war. Der Angeklagte wurde von Steichhan sofort als Kassierer engagiert. Ueber seine Tätigkeit bei E. machte der Angeklagte folgende Angaben. Steichhan habe nur Geld an „Damen“ verliehen, die es dann ratenweise zurückzahlten. Um den hohen Zinssatz zu vermeiden, wären die Geschäfte in Form eines Leihvertrages abgemittelt worden. Für ein Darlehen von 40 M. sei zum Beispiel in dem Vertrage als angebliches Objekt des Geschäftes ein Kostüm zum Preise von 80 M. ausgesetzt worden. Der Jahresumsatz habe mindestens 30 000 M. betragen, er selbst habe pro Tag 60 bis 80 M. von Damen eingulassieren gehabt. Für eine neue Kundin erhielt der Angeklagte, der zugleich als Agent tätig war, eine gewisse Provision. Nach der Anklage hat Chorinsky nun 22 dieser Verträge angefertigt und die Unter-schriften gefälscht, um auf diese Weise in den Besitz des Geldes und zugleich der Provision zu kommen. Steichhan will hierdurch um über 1800 M. geschädigt worden sein. Außerdem betätigte sich der Angeklagte auf einem anderen Gebiete in sehr erfolgreicher Weise. Er entnahm bei zahlreichen Pfandleihern goldene Schmuckstücke, Uhren und Brillanten unter der Angabe, er könne diese mit gutem Profit an die Damen, bei denen er zu laffieren hatte, weiterverkaufen. Es wurden ihm von verschiedenen Pfandleihern und Juwelenschmiedern auch Schmuckstücke von erheblichem Werte kommissionarweise ausgehändigt, die er sofort weiterverkauft und den Erlös hieraus in die eigene Tasche steckte. Ingesamt erbeutete der Angeklagte durch diesen Geschäftsbetrieb über 5000 M.; ein Pfandleiher Lebz ist allein um Schmuckstücke im Werte von 2100 M. betrogen worden. Vor Gericht war der Angeklagte nur teilweise geständig. Der Staats-anwalt hielt ihn jedoch im Sinne der Anklage für überführt und beantragte mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen eine Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren. Die Strafkammer erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft. Ob gegen ihn und Steichhan auch wegen Wuchers Anklage erhoben werden wird, ließ die Verhandlung nicht erkennen.

Wegert Gärtnern des Betretens des Kirchhofes frei?

In dem in unserer Sonntagsnummer unter dieser Ueberschrift enthaltenen Gerichtsbericht teilt uns Herr Jantowitsch mit, daß er lediglich wegen Hausfriedensbruchs angeklagt und wie wir mitteilten, von dieser Anklage freigesprochen ist. Wegen Verleumdung war nur Bruno Wählich, nicht Jantowitsch, angeklagt und zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Streit über die Verletzung des Kirchhofes zu betreten, entstand anlässlich der Dekoration des Grabes eines Leutnants. Die Dekoration hatte die Ehefrau des Verstorbenen angeordnet.

Objektives Verfahren wegen Majestätsbeleidigung.

Nach § 42 des Strafgesetzbuchs ist es zulässig, in den Fällen, in denen der Inhalt einer Schrift usw. strafbar ist, in denen aber die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist, auf Eingiehung der Schrift usw. ohne Verurteilung eines Täters zu erkennen. Solches Verfahren nennt man „objektives Verfahren“. Um ein solches handelte es sich in einem gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelten Verfahren wegen Majestätsbeleidigung. Die Staatsanwaltschaft richtete sich gegen eine von John Bayer in New York herausgegebene Broschüre „Der preussische Hochadel, ein Beitrag zur Geschichtskritik desselben“. In einigen zur Verlesung gebrachten Stellen wurde das Vergehen der Majestätsbeleidigung erblickt. Das Gericht erkannte auf Eingiehung der Broschüre in allen vorfindlichen Exemplaren.

Vermischtes.

Zum Untergang der „Imperatrix“.

Einem Telegramm aus Hoel van Holland zufolge sind von dem Wrack der „Imperatrix“ noch 15 Leichen geborgen worden, darunter die eines Kindes. Die Leichen der Personen, die zur Befahrung gehört haben, werden heute nach England übergeführt werden, die der übrigen Personen sollen am Montag oder Dienstag befristet werden. Befehls späterer Relognosierung werden dieselben vorher photographiert. Unter den relognosierten Leichen befinden sich die des Kindes Weinberg, sowie der Herren A. Rank und Dr. Ernst Schickhold und vermutlich die der Frau Pettram.

Nach einer Meldung aus Harwich vom gestrigen Tage ist der Dampfer „Vienna“ gestern morgen mit 16 weiteren Leichen des Dampfers „Imperatrix“ dort angekommen. Die Zahl der nach Harwich gebrachten Leichen erhöhte sich nunmehr auf 36.

Hoel van Holland, 25. Februar. Unter den geborgenen Leichen wurde heute eine als die der Opernsängerin Hermine Lehmann aus Stettin relognosiert.

Das neue Schiffungsglück.

In unserer Sonntagsnummer teilten wir bereits mit, daß der Dampfer „Imperatrix“ vom österreichischen Lloyd in der Nähe von Areta gestrandet ist. Das Schiff hatte 120 Mann Besatzung und 20 Passagiere an Bord. Neuen Meldungen zufolge beträgt die Zahl der ertrunkenen Personen vierzig. Das Schiff selbst soll verloren sein. Ein Telegramm aus Subabai (Areta) vom 24. d. M. meldet folgendes: Ein russisches Torpedoboot, das gestern abend mit dem russischen Stationär nach der Strandungsstelle des österreichischen Dampfers „Imperatrix“ ausgefahren und heute zurückgekommen ist, berichtet: Das Hinterteil des „Imperatrix“ ist unter Wasser, das Vordersteil ragt aus dem Meere hervor. Augenblicklich sind der französische Kreuzer „Jacon“, der russische Kreuzer „Giboiny“ und das italienische Schulschiff „Curtatone“ bei gutem Wetter am Werke, um Hilfe zu leisten. Es sind bereits eine Anzahl Personen gerettet; sie sind jedoch in einer Verfassung, daß sie Einzelheiten nicht berichten können. Man befürchtet, daß das Schiffglück, da es in der Nacht eintrat, viele Opfer gefordert hat.

Der Vertreter des österreichischen Lloyd in Canoa, der an der Hilfsaktion des Dampfers „Castore“ teilgenommen hat, berichtet: Der Kapitän des „Imperatrix“ ist mit allen Offizieren und allen Chargen mit Ausnahme des dritten Maschinisten, sowie mit allen Passagieren und einem großen Teile der Mannschaft in Canoa eingetroffen. Von dem Personal sind 39 Personen, darunter acht arabische Seizer, ertrunken. Das Schiff selbst gilt als unrettbar verloren; die Ladung ist bis auf einen kleinen Teil vernichtet. Die Geretteten sollen mit dem „Castore“ weiter befördert werden.

Canoa, 24. Februar. Das italienische, französische und russische Kriegsschiff sowie der österreichische Lloyd-Dampfer „Castore“ trafen mit 104 Ueberlebenden des Dampfers „Imperatrix“ hier ein. Die Passagiere sind sämtlich gerettet. Die Gesamtzahl der ertrunkenen Personen beträgt vierzig.

Triest, 25. Februar. Wie aus Canoa berichtet wird, ist die Stimmung der geretteten Passagiere des gescheiterten Dampfers „Imperatrix“ sehr ruhig. Die Offiziere wie auch die Mannschaft haben Kaltblütigkeit bewiesen und ihr Hauptaugenmerk auf die Rettung der Passagiere gerichtet. Die unmittelbare Ursache der Katastrophe ist noch unbekannt; man nimmt an, daß die „Imperatrix“ bei Nacht und Nebel durch Sturm vom Kurse abgedrängt und auf das Riff geschleudert worden sei.

Gerettet. Die gerettete, aus 22 Personen bestehende Mannschaft des englischen Dampfers „Coralie“, welcher, wie gemeldet, in der Nordsee untergegangen ist, traf in der letzten Nacht in Hamburg ein und wurde in einem Hotel untergebracht. Bis auf den Bootsmann, welcher bei den Rettungsarbeiten einen Weinbruch erlitt, sind alle gesund; sie werden in den nächsten Tagen nach Vernehmung durch den englischen Generalkonsul nach Hull zurückbefördert werden. Der Dampfer „Coralie“ gehörte der Firma W. S. Codrington u. Co. in Hull.

Der Rhein fällt. Der Wasserstand des Rheins betrug wie aus Köln berichtet wird, gestern 4,86 Meter. Er ist seit Sonnabend um 44 Zentimeter gefallen.

Genickstöße. In Glasgow mehrten sich die Fälle von Genickstöße fortwährend. Seit Sonnabend sind zwölf Todesfälle und zwölf Erkrankungen vorgekommen.

Eisenbahnzusammenstoß. Im Dorf Petersburg in Böhmen fand am Sonntagmorgen ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem auf der Station stehenden Güterzuge statt, wobei 3 Personen schwer und etwa 20 Personen, unter ihnen drei Bahn- und drei Postbedienstete, leicht verletzt worden sind.

Schwere Verletzungen. Wie ein Telegramm aus Manila berichtet, ein heftiger Zyklon auf den Südpazifik hervor. Zweihundert Personen sollen umgekommen sein, während tausend obdachlos sind.

Durch Schneewege festgerissen worden ist nach einer Meldung aus Dyrbyrn am Nordfjord das Gefäß Lunod. Dabei sind acht Menschen umgekommen. Ein Schneesturz traf auch das Gefäß Hotebäl in Givanger. In dem Hause befanden sich zehn Personen, Frauen und Kinder, und es besteht wenig Hoffnung, daß sie gerettet werden können.

Lohnende Diebstähle. In einem großen Hotel in Garmen wurden gestern der Gattin eines Londoner Bankiers Juwelen im Werte von 300 000 Franz geblasen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Im Chicagoer Untersuchungsamt der Vereinigten Staaten sind während der letzten Woche 200 000 Dollar geraubt worden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Briefhalten der Redaktion.

Die juristische Bechtholde findet Friedrichstr. 16. Aufgang 4. eine Zeitschrift (Handelsrecht, Besondere, Durchgang und Abgangstr. 101), wochentlich von 7 bis 9 Uhr abends heraus. Gedruckt 2 Mal. Sonnabends beginnt die Erscheinung um 9 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezeichnung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Gütige Fragen trage man in der Bechtholde vor.

Widerrufsklage. Widerspruch wäre vorzulegen, wenn die dortige Denkschrift die Aufhebung vorschreibt. — B. G. 15. Sie können nur auf Erteilung der Bereinbarung und auf Schadenersatz klagen; ein Recht, einseitig den Vertrag zu lösen, steht Ihnen nicht zu. — C. Wetter. Aus Donnerstag. — A. 2. 107. 1. Sie sollten einen Antrag auf Unfallsrente an die Polizeidirektion richten. 2. Erkennen Sie schriftlich an, was Ihrer Frau gehört, und nehmen Sie das Testament zurück. Dann bleibt Ihrer Frau ihr Eigentum und sie erbt ein Viertel. 3. Die Wahlrechtsstellung ist die alte. — B. A. 105. Wenn Klagen Sie beim Gewerbeamt auf Zahlung Ihrer Forderung gegen Heranzgabe der Höhe. — Wiener 1873. 1. Rein. 2. Ja, wenn das Jahresgehalt 2000 M. nicht übersteigt. 3. Die polizeiliche Erlaubnis war erforderlich. 4. Rein. — B. G. Kurzebrad. Die Steuer ist von Ihnen für die Zeit vom 1. Oktober 1903 ab zu entrichten. Sie müssen eventuell reklamieren. — 2. 23. In den meisten Gemeinden von 1500 M. an. — B. G. 15. Die angerechnete Löhner erst ebenso wie die eheliche, hinter ihrer Mutter. — C. 2. 6. Uns nicht bekannt. — B. G. 65. Sie müssen es ablehnen, aber Fallament oder Maßnahme des Bestreits zu einem Verein zu urteilen. — A. 2. Cuvyrtrage. Ein solches Monopol erklärt nicht, legen Sie genauer dar, was Sie wissen wollen. — A. R. 5. Eine Klage würde Aussicht auf Erfolg haben. Dieselbe ist an den Magistrat (Gewerbeverwaltung) zu richten. — B. G. 7. Soweit aus Ihrer Darlegung ersichtlich ist, ist Ihre Tätigkeit nicht die eines selbständigen Werkführers, sondern die eines Gewerbetreibers. Ihnen stünde also nur die dreizehntägige Kündigungsfrist zu. 2. Das Gewerbeamt ist für die Klagen der Gehilfen völlig zuständig. 3. Die Wertenerklärung würde in Ihrem Fall das Amtsgericht angehen, weil das Gehalt 3000 M. übersteigt. — W. J. 1. Rein. — 2. 37. Das Testament kann geändert werden. In welcher Weise die Summe zu zahlen ist, richtet sich nach dem Inhalt des Testaments. Ein Grund zur Erhebung und Bereinbarung liegt nicht vor. — A. 2. 1. Wenn weder Ausschlagung noch Anerkennung erfolgt ist, ja. — A. 2. 43. Koller Wilhelmstr. 46. — A. R. 30. Solche gibt es nicht, besuchen Sie die juristische Bechtholde. — B. G. 2. 2. Die Firma müßte erst klagen, auch Sie könnten auf Vornahme der Reparatur klagen. — C. G. 88. Ja. — 500. Weitere Schritte wären völlig erfolglos. — A. R. 88. Rein. Sie können nur auf Beilegung des Mißstandes klagen bezw. den Mißstand selbst beilegen und die Kosten einlagen. — A. W. 90. — Testament 12. 1. Wenn die Form gewahrt ist, ja. 2. und 3. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — W. 2. Richter. Leber nein. — A. 23. 25. 1. Das ist möglich, Sie müssen sich an die Schuldverwaltung wenden. 2. Herbst 1907. 3. Ja. Der Plan der Fortbildungsschule wird auch von uns von Zeit zu Zeit veröffentlicht. — Staatsrat. Wenden Sie sich an eine Scholastikensanstellung. — G. 24. 100. Ohne Einsicht in den Vertrag sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. — 1000 M. M. 1. Ja. Voraussetzung ist monatliche Mitgliedschaft. 2. 200. Das Weiterleben ist vorläufig. — W. 2. 31. Wenn Sie bemerken können, daß die betreffenden Summen nur als Darlehen gegeben sind, so gehören die Forderungen zum Nachschuß. Ihnen würde die Hilfe zufließen, wegen Beschuldigung müßten Sie sich an das Amtsgericht wenden. — G. 23. 4. Die Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre. Ein Anspruch auf Rückzahlung besteht aber nach zutreffender Ansicht nicht. Eventuell hätten die Erben. — G. 1. Beides ist nicht gesetzlich vorgeschrieben, richtet sich also nach dem Inhalt des Vertrages. — Freitag. 46. — Taufend. Ja. — A. 100. Ihr Ansd gilt nicht als Offizient, Sie müßten für daselbe antworten. Steuer müssen Sie aber bis Ausgang dieses Jahres für sich zahlen. — B. 230. Wenn der Richter annimmt, daß das Mädchen schuldhaft gehandelt hat, so steht selber der Herrschaft das Recht auf Aufsehung gegen den Lohn zu. — 23. Vienna. 1. Ohne Einsicht in das Statut nicht zu beantworten. 2. Ja. — A. 2. 12. 1. Ja. 2. Rein. 3. Das Mädchen kann die Forderung sofort verlangen. — W. 2. 17. 1. Nach zutreffender Ansicht ja. 2. Klage beim Gewerbeamt. — Georg 20. Der Gläubiger könnte klagen. — 2. 71. 1. Bis Ende dieses Jahres. 2. Ja, Sie müssen dem Sohn aber den Mißstand lassen. 3. Der Mißstand beträgt die Hälfte des gesetzlichen Teils. 4. und 5. Aufteilung und Beispiele für Testamenten finden Sie auf den letzten Seiten des „Arbeiterrecht“ beigefügten „Führer“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — A. R. 4. Ihren Anspruch müßten Sie innerhalb eines Jahres durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht geltend machen. Der Anspruch hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. — G. R. 157. Der Vormund ist hierzu berechtigt. — A. 2. 12. 1. Rein. 2. Stellen Sie einen schriftlichen Antrag oder begeben Sie sich auf das Polizeigebäude. 3. Eventuell wäre Beschwerde einzulegen. 4. u. Kochen. — G. 3. 34. Wenden Sie das Betreffende zunächst an. — Arbeitervertreteramt 56. Nach zutreffender aber beschleunigter Ansicht steht dem Arbeiter vollen Schadenersatzanspruch zu. — Karl G. R. 142. Wenden Sie sich an einen Mägenhändler: etwa eine Karb. — A. 100. Ja. — 2. G. 32. Mit einer Klage auf Aufhebung eines Vertrages würden Sie schwerlich durchdringen. Verlangen Sie die Beilegung des Mißstandes, broken Sie an, daß Sie eventuell auf Kosten des Wertes den Mißstand selbst beilegen würden, läßt Sie Ihre Forderung aus und klagen Sie die Kosten ein.

Haberer 66. Ja, aber der Fall ist böder als die ganze Ware. Wenden Sie sich eventuell an die Steuerdirektion um die nähere Auskunft. — D. G. 111. Wenn Sie nicht vereinbaren, daß der Vertrag weiterlaufen soll, so ist er mit dem 1. April erloschen. — G. G. 73. Gerichtlicher Einspruch wäre in Ihrem Falle ohne jede Aussicht auf Erfolg. Anders würde es liegen, wenn Sie etwa von den Geschäftskonten beantragt wären. — Danach 1. 1. Das Testament hat Gültigkeit. 2. Ja. — G. 33. Sie müßten von neuem einen Schiedsrichter beauftragen und von neuem laden. — A. R. 33. Ja. — A. 107. Zum Schadenersatz wäre der Betreffende nur dann verpflichtet, wenn nach Ansicht des Richters ein Verschulden trifft. — W. 2. 500. Rein. — 2. 3. 94. 1. Ja. 2. Man kann beide Ausdrücke gebrauchen. — B. G. 2. 12. Ohne Einsicht in die Police unmöglich zu beantworten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandl.) Stande bis 88-75 per 100 Wb. Ha 62-67, Ma 56-61, IVa 48-54, Van. Vulkan 60-65, Ha 0,00, Ralbfleisch, Doppelwälder 110-125, Ia 82-90, Ha 72-80, Ma 52-68, Soland 52-58, Van 60-68, Hammelfleisch Ia 67-76, Ha 50-65, Schweinefleisch 50-58, Rehwild, m. Wildschaffel 1. Wb. 0,60-1,15, Rehwild Ia 0,52, Rothwild Ia 0,00, Damwild 0,40-0,57, do. Wilder 0,00, Wildschweine 0,48, Ferkel 0,00, Kaninchen per Stück 0,50-0,85, Wildenten per Stück 0,00, Hühner, alte per Stück 1,30-2,00, do. Ha 0,80-1,25, do. junge per Stück 1,60-1,90, Tauben per Stück 0,60-0,92, junge kleine 0,00, Hähnchen 1,05, Enten per Stück 2,00-2,50, blass Hamburger junge per Stück 3,25-4,00, Gänse, Hamburger per Hund 0,85-1,20, Ha 0,50-0,55, Heute per 100 Pfund 88-91, groß 0,00, klein 0,00, Gander 91, do. mittel 0,00, do. klein 0,00, Schlei, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. klein Ha 0,00, Kete, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wüsten, kein 0,00, do. groß 0,00, do. 0,00, Kruppen, über 0,00, do. 40-50er 60-61, do. 10er 0,00, Hele 0,00, Aland 0,00, Bunte Fische 0,00, Barsch, matt 0,00, do. 0,00, Karusschen 71-80, Sichel 0,00, Weiss 0,00, Unappen 0,00, Amerikanischer Raich Ia neuer per 100 Wb. 110-120, do. Ha neuer 90-100, do. Ma neuer 75, Seelachs 25-30, Spotteln, Kieler, Ball 1,00, Danziger, Ralle 1,30, Rundern, Kieler, Stige Ia 3-4, do. mittel per Riste 2-3, Hamb. Stige 4-6, halbe Riste 1,50-2, Bücklinge, per Ball Kieler 3,50-5,00, Straubinger 0,00, Raie, groß per Wb. 1,10-1,30, mittelgroß 0,60-1,00, klein 0,50-0,60, Feringe per Schod 5-9, Egelwäse Riste 5-6, do. 4, Riste 3,00, Rablwin, p. 100 Wb. 25-30, Perlmut 0,00, Sardellen, 1902er per 100er 95, 1904er 93, 1906er 90, 1908er 75-80, Schwedische Rosteringe 1905 0,00, large 44-45, full 38-40, med. 35-42, deutsche 37-44, Feringe, neue Raies, per 1/2, 1/2, 60-120, Gardinen, russ., Pak 1,50-1,80, Drahteringe, Ränge (4 Meter) 1,50-1,75, Remouagen, Schafschaf 11, keine 5-6, Kieler 14, Vier. Land, per Schod 5,50, Butter per 100 Wb. Ia 114-116, Ha 110-114, Ma 107, abfallende 65-100, Saure Gurken Schod 4,10-4,50, Pfefferkörner 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Wb. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberische 2,50-2,75, Rollen 0,00, weiße 2,25-2,50, Salzkartoffeln 6,00-7,00, Erdma per 100 Pfund 25-30, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, Heringe, per Schod 4,00-8,00, do. pommerische 9,00-10,00, Soleheile große, per 100 Wb. 4,00-4,50, do. kleine 3,25-4,00, do. kleine (Berl-) 0,00, Charlotten 0,00, Petersille, grün, Schodbund 1,50-2,00, Rostbrat per Schod 0,00, Kettig, bair., per Schod 2,40-3,80, Rostbraten per 100 Pfund 3,50-4,50, Teltower Rübren per 100 Wb. 8-10, Weiße Rübren, große 0,00, kleine 0,00, rote Rübren 2,50-3,00, Rübenknoll, ital. per 100 2,50-2,75, Rostbraten per Schod 2-2,50, Würstchen, per 100 Wb. 2,25-3,00, Rostbrat per 100 Wb. 3,25-4,00, Weichholz 100 Wb. 2,25-3,50, Rosenholz per 100 Wb. 25-35, Gränholz per 100 Wb. 5,00-7,00, Khabarber, 100 Wb. 7,00-12,00, Birnen, per 100 Wb. Heilige 0,00, böhm. 10-20, ital. 30-35, Apfel, per 100 Wb., Heilige 7-30, Orangensteiner 0,00, Äpfel in Äpfeln 0,00, Riste 32-40, Amerik. 20-30, Birnen, Weisna, 200 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 9,00-12,00, 200 Stück 9-13, Äpfelstein, Böhm., per Riste 0,00, Murcia 200er Riste 8-10, do. 300er 9-10, Valencia 400er Riste 15-20, do. 714er 18-22, Weisna, 10er, 11,50-12,00, do. 200er 10,00-12,50, do. 300er 10-12, 100er 7,50-9, do. 150er 7,50-9,50, do. 80er 9-10, Äpfel in Rübren per 100 Wb. 0,00, Wandarinen, Riste 0,75-2,00, do. in Rübren per 100 Wb. 30-32.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 25. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgl. Cpenhand. Das war ich. — Der Postillon von Lonjumeau.
Sgl. Schauspielhaus. Torquato Tasso.
Deutsches. Romeo und Julia. Kammerstücke. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Selling. Wiege und Maria. Weihen. Die Zauberflöte. Vorhang. Martha.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Minna von Barnhelm.
Schiller-Theater Charlottenburg. Im bunten Rock.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Die von Hochstetel.
Romische Oper. Pariser Leben.
Berliner. Der Hund von Baskerville.

Zentral. Der Milliardär.
Neues Schauspielhaus. Torquato Tasso.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Le Détour.
Kessels. Haben Sie nichts zu verzeihen?
Lustspielhaus. Infanzfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelhebe.
Luisen. Der Erbe von Baskerville.
Trianon. Fr. Josette — meine Frau.

Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrnfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Sahara. Spezialitäten.
Apollo. Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kasino. Ledige Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Im Café Abelles.
Ein Kabriolprolog.
Vossage. Spezialitäten.
Prater-Theater. Die Elfe vom Erlenhof.

Figaro. Hochzeitsnacht. Sein Ideal.
Katastrophe. Unterm Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausendstrafe 18/19.
8 Uhr: Dr. B. Donath: Mechanik und Wellenlehre.
8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

8 Uhr: Dr. Thesing: Weitere Bemerkungen für die Abstammungslehre.
Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.
Ferdinand Bonn. Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Mittwoch: Der Hund von Baskerville.
Donnerstag: Sherlock Holmes.

Neues Schauspielhaus
Dienstag, den 26. Februar 1907:
Gastspiel Josef Kainz:
Torquato Tasso.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch (Gastspiel): Torquato Tasso.
Neues Theater.
Gastspiel Suzanne Després:
Le Détour.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: L'Aïno. Gastsp. Suzanne Després.
Donnerstag: Rosine. Gastsp. Suzanne Després.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kralle.
Mittwoch zum 172. Male: Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Die Kralle.
Freitag zum 173. Male: Ein idealer Gatte.

Lortzing-Theater
Bellevueallee 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Martha.
Abonnement gültig!
Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Infanzfieber.
Zentral-Theater.
(Operette) 8 Uhr:
Der Milliardär.
Mittwoch keine Preise: Nanon.

Apollo Theater
Rechte Woche! Letzte Woche!
Bernhard Mörbitz
als Gaukler auf der Wanderbahn.
Außerdem die Attraktionen des großen Spezialitäten-Programms.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (keine Preise): Doppel-Vorstellung mit neuem Programm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
6 Uhr Dr. B. Donath: Mechanik und Wellenlehre.
8 Uhr Dr. Thesing: Weitere Bemerkungen für die Abstammungslehre.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwant in 3 Akten v. F. Hennequin und Pierre Heber.
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Der Erbe von Baskerville.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Billetvorverkauf ohne Vorverkaufsgebühr täglich von 10-11 Uhr an der Theaterkasse und bei Bertheim.
Morgen: Sherlock Holmes.

WINTER GARTEN
Nur noch
2 Vorstellungen
des
Februar-Programms.
Otto Reutter.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauhen überall gestattet.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die räusisch bejandete Novität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr. D. halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockell und Die letzte Ehre mit H. und D. Herrnfeld.

Deutsch-Amerikanisches Theater
J. Abend 8 Uhr bis Donnerstag inkl.:
Der Sorgenbrecher.
Freitag, den 1. März, u. folg. Tage:
Gastspiel des Theaters des Westens.
„Cousin Bobby“.
Edm. Löwe u. G.
Sonntag 3 Uhr, halbe Preise:
Zar und Zimmermann.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Saumenstr. 16.
Carmen.
Schausp. u. d. bekannt. Opernrollen.
Ricarda: Rosa Gordon-Gerle u. G.
Don José: Felix Glutz u. G.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch 3. letztmal: Eine Familie.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag (Kottbuser-Entenle) zum 1. Male:
Deborah.
Volkschauspiel in 4 Akten von Rosenfeld.
Sonnt. u. Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger.
Sonnt. u. Donnerst. 5 u. 8 Uhr.

Parkett 1 Mark
Parkettfautouil . 2 Mk.
Balkon 3 Mk.
Stehplätze . . . 50 Pf.
Billets bei Boto & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Deborah.
Volkschauspiel in 4 Akten von Rosenfeld.
Sonnt. u. Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger.
Sonnt. u. Donnerst. 5 u. 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Manello-Morini-Truppe.
Akrobaten.
The Novellos
Indien in Europa.
Außerdem: Herr Postill, Schütze, Herr Ernst Schumann, Reudessuren, Pieten-Quadrille. Die urkomischen Glomms Webr. Fratellinis als Saw Day.
Um 9 1/2 Uhr: ROM.
Gr. Orig. Ausstattung. Pantomime in 7 Bildern.
Besonders hervorzuheben: Die Todesfahrt über die zerbr. Brücke.

Passage-Theater.
Heute Dienstag, 26. Februar, zum 21. Male:
Mal was Anderes!
Wolfe von Leop. Eld. Josefina Dora, Georg Kaiser, Martin Bondix, Ernst Kottner.
Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Ledige Leute
und das brillante Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Winter Gräber.
Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Büro.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders, Könige der Luft, Grete Füllgraf, jüngste Verwandlungskünstlerin. Vom Wittwenball. Schwant.
Familienarten, mochtags zum halben Kassenpreis gültig. In Barbier, Friseur u. Zigarengeschäften gratis.
Prater-Theater
Kassanten-Allee 7-9.
Heute abends 8 Uhr:
Die Elfe vom Erlenhof.
Vollständ. in 5 Akten von G. Staud.
Morgen:
Philippine Welser.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Friedrich v. Schlicht.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, prägte 7 1/2 Uhr:
Extra Gala-Vorstellung
zugunsten des Zentralkomitees Deutscher Bercine vom Roten Kreuz behufs Bewilligung freier Brunnen- und Badefuren für die Teilnehmer an den Feiertagen 1904, 1906, 1870/71.
Zu dieser Veranstaltung sind die allerhöchsten und höchsten Herrschaften eingeladen und haben bis jetzt zugelangt: Seine Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Leopold von Preußen.
Elite Gala-Programm, sämtliche Spezialitäten.
Mr. Richard Sawades
melberühmte
Raubtier-Gruppe.
Dir. Albert Schumanns hervorragendsten Schul- und Freizeitspielen und das größte Prater-Manegehausstück
St. Hubertus
mit sämtlichen Einlagen.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Verführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichts, daher täglich neueste Bilder.
Don ganzen Tag Vorstellung.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Liebeschankel.
Goltzstr. 9 Schöneberg, Goltzstr. 9
Gustav Behrens Theater
früher Schöneberger Wintergarten.

Ausstellungen-Hallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
MONTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Folies Caprice.
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Wittgift.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionszimmer.
Verkauf an der Theaterkasse und bei Bertheim.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allerlei Ueberraschungen.

Buggenhagen
Moritz-Platz.
Täglich:
Urteile Stimmung.
Doppel-Konzert.
Schuhplattler.
Umzug des Zirkusdirektors a. d. J. 1840.
Die Kluge Pauline.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allerlei Ueberraschungen.

Buggenhagen
Moritz-Platz.
Täglich:
Urteile Stimmung.
Doppel-Konzert.
Schuhplattler.
Umzug des Zirkusdirektors a. d. J. 1840.
Die Kluge Pauline.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allerlei Ueberraschungen.

Buggenhagen
Moritz-Platz.
Täglich:
Urteile Stimmung.
Doppel-Konzert.
Schuhplattler.
Umzug des Zirkusdirektors a. d. J. 1840.
Die Kluge Pauline.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Vollständig mit Gesang in 5 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krüger & Oberbeck, Kasanienallee 1.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Walhalla-Varieté-Theater.
Seidenbergweg 19/20, Rosenstr. Tor.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.